Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



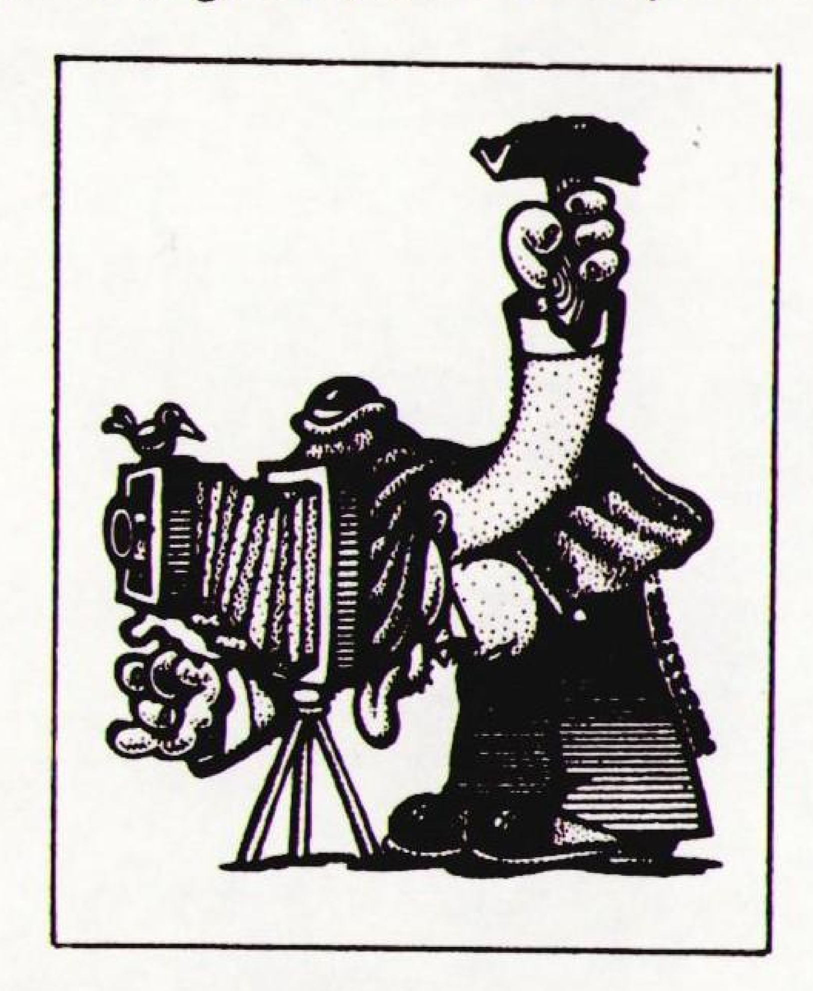
ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 268 10. FEBRUAR 1979 1,50 DM (incl. 6% MwSt) D 1870 CX

LIBEREZ CROISSANT

STUTTGART
5. FEBRUAR

Nach dem Plädoyer des Staatsanwaltes Udo Heisler (der dreieinhalb Jahre Gefängnis beantragte, siehe ID 267), plädierten die Anwälte im Prozeß gegen den Stuttgarter Rechtsanwalt Croissant. Am Dienstag hielt Croissant sein Schlußwort als Angeklagter (der Text lag uns bei Redaktionsschluß noch nicht vor). Zum Ende des Prozesses stellten sich links im Verhandlungssaal junge Leute vom belgischen Solidaritätskomitee für Klaus Croissant auf. Auf ihren weißen T-shirts prangten die roten Buchstaben „LIBEREZ CROISSANT".

Die Aktion fand — zumindest beim Publikum — ungemeinen Beifall. Unser ständiger Korrespondent Max Watts berichtete am Telefon: „Die Atmosphäre ist entspannt. Nicht zu vergleichen mit der in Stuttgart/Stammheim zu Zeiten von Prinzings Residenz." In der Vorhalle gab es später eine kleine Rangelei, als die Polizisten später die Belgier nach der Personalienfeststellung aus der Tür drängelten, ansonsten passierte nichts.



AUS DEM BILDERDIENST

„Libérez Croissant": Die Fotomontage ist in jeder beliebigen Größe zu haben (Bei einer Bestellung also genaue Angaben). Es sind auch andere Variationen zu haben. „Wer hat Angst vor Astrid Proll", Bilder einer Aktion in Frankfurt. Ebenso haben wir Bilder einer Aktion aus Anlaß der Milchversäuchung.
Wie immer die Bestellbedingungen:
Tel.: 70 43 52 oder Postfach 900 343 ID-Bilderdienst
6 Frankfurt 90

"DIE TAUBE" – NOCH EINE NEUE ZEITUNG

LÜNEBURG

Auch in Lüneburg gibt es eine Alternativzeitung. Sie heißt "Die Taube", leidet zur Zeit noch an Mitarbeitermangel und schreibt in ihrer Nr. 6 z.B. über die Grohnde—Prozesse, Nato—Manöver und Arbeitslose.

Kontakt: T. Küntzel, Schröderstr. 16, 2120 Lüneburg

ARBEITSTAGUNG POLIZEI: NEUER TERMIN

MAINZ
Februar

Auf den 17./18.Februar verlegt wurde die Arbeitstagung über Polizeimaßnahmen, -entwicklung und -gesetzgebung in Mainz (siehe ID 266).
Arbeitsgruppen: Konzepte der „Inneren Sicherheit" / Zentralisierung der Polizei / Umrüstung der Polizei / Schusswaffengebrauch und gezielter Todesschuß / Überwachung und Kontrolle / Atomstaat - Polizeistaat? / Justiz und Polizei / Der Alternativentwurf zum Musterentwurf — Reform oder Illusion?

Ort: **Evangelische Studentengemeinde, am Gonsenheimer Spieß 1; Samstag 14.oo Uhr/Sonntag 9.3o Uhr.**
Broschüren zur Vorbereitung der Tagung bei ESG erhältlich (06131 / 31078) oder den Arbeitsgruppen (zum Beispiel: Ffm. Initiative gegen das Einheitlicher Polizeigesetz **c/o E.Waldaestel, Dahlmannstraße 10, 6000 Frankfurt)**

iß ser änising rong in jörmänii?

WERNER HOPPE IST FREI

Hamburg
8. Februar 79

Seit heute, 8. Februar, ist Werner Hoppe wieder ein freier Mann. Das heißt, der Haftbefehl gegen ihn ist ausgesetzt und die Bewachung vor seiner Krankenzimmertür auf der Intensivstation des Allgemeinen Krankenhauses Altona ist abgezogen worden. Werner Hoppe, der noch immer sehr krank ist, muß jedoch weiter in der Klinik bleiben.

Zur Vorgeschichte: Werner Hoppe war am 4 Januar bereits von Prof. Dr. Meyer für haftunfähig erklärt worden. Das Strafvollzugsamt forderte jedoch ein zweites medizinisches Gutachten von Prof. Dr. Freyberger von der Medizinischen Hochschule Hannover an. Auch dieser Gutachter kam zu dem Ergebnis, daß Werner Hoppe freigelassen werden muß. Hoppes Anwalt Hartmut Scharmer kündigte an, er werde Strafanzeige wegen versuchter Tötung gegen den Hamburger Justizsenator Frank Dahrendorf stellen, wenn Hoppe nicht freigelassen werde.

IN FREIHEIT: SYLVIA HERZINGER

FRANKFURT
6. Februar 79

Sylvia Herzinger, die am 13. Dezember 1978 verhaftet worden war und seitdem in Ffm-Preungesheim in isolierter Untersuchungshaft saß, ist heute freigelassen worden. Für die angebliche Unterstützung terroristischer Vereinigungen (Paragraph 129a) gab es keinen hinreichenden Tatverdacht mehr...
Sylvia mußte ihren Ausweis abgeben und eine Bankbürgschaft über 60.000 DM stellen. Sie muß sich bis auf weiteres jeden Tag bei den Bullen melden.

Kontakt: Sylvia Herzinger, Eppsteiner Str. 22, 6 Frankfurt 1.

NEVILLE IST NOCH DA !

Fortsetzung zum Bericht im ID 267, Seite 18

FRANKFURT
8. Februar 79

Neville P., der seit über einem Jahrzehnt in Frankfurt lebt und arbeitet, jetzt gerade an seiner Doktorarbeit schreibt, soll ausgewiesen werden. Neville ist Jamaicaner. Er soll am 25. November 78 während der nationalen Demonstration gegen das Schah-Regime in Frankfurt den Chef des Politischen Kommissariats der Polizei, Eddy Panitz, gejagt haben. So sagt es Oberbürgermeister Wallmann, der damit gleich eine Abschiebungsverfügung verknüpft hat. Die Anordnung sollte sofort vollzogen werden, das heißt, der Rechtsweg sollte ausgeschlossen sein und Neville sollte bis zum 7. Februar die Bundesrepublik verlassen haben.
Er ist noch hier. Nach komplizierten juristischem Geplänkel war für den Morgen des 7. Februar doch noch eine Gerichtsverhandlung angesetzt worden. Als Neville und sein Anwalt Heinz Funke zu dem Termin erschienen, erfuhren sie zu ihrem Erstaunen, daß der Termin verschoben sei. Leute, die nicht die Frankfurter Rundschau lesen, sondern vielleicht die Frankfurter Allgemeine Zeitung wußten es vorher — denn dort stand es wunderbarerweise schon vor der Bekanntgabe im Gerichtssaal.

KOMMANDOMELDUNG

BERLIN, Ende Januar 79

Ein Kommando meldet, es habe in den letzten Januarwochen aus Freundschaft zum iranischen Volk "mercedes benz angezündelt". Die Gruppe, die sich "Freunde des iranischen Volkes" nennt, schreibt dazu u.a.:

wir in westberlin haben damit begonnen, unserer wut und unserer hoffnung ausdruck zu verleihen. deshalb ist unser brennender beitrag bei mercedes ein stück solidarität mit dem iranischen volk. – genauso, wie die eingeknallten fensterscheiben beim chemiekonzern hoechst und der firma wella in der sylvesternacht 78/79. es war ein prost neujahr für das iranische volk!"

SPENDENKONTO FÜR BORVIN WULF'S FAMILIE

RENDSBURG
5. Februar

Im ID 266 vom 27.1.79 hatten wir einen offenen Brief von Borvin Wulf veröffentlicht, in dem er begründet, warum er untergetaucht ist.

In 2370 Rendsburg gibt es eine Unterstützungsgruppe c/o Fritz Tonn, Fockbeker Chausee 25, die auch ein Spendenkonto einß gerichtet haben:

202 322–208 PschA Hamburg AK Ökologie, Stichwort Borvin oder Spar– und Leihkasse Rendsburg, Konto 417 198, Fritz Tonn, Stichwort Borvin

GEGEN FASCHISTEN-PAROLEN AN DER BERLINER MAUER

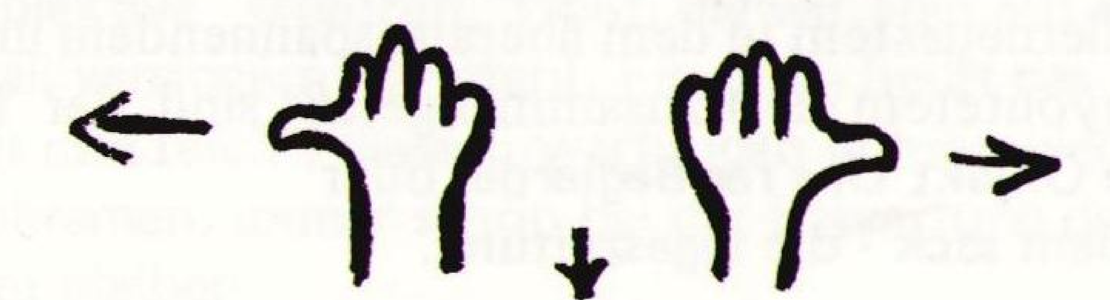
WESTBERLIN
4. Februar 79

Die Antifaschistische Front schreibt:

„Wir, über 50 Antifaschisten, haben heute um halb drei die Berliner Mauer am Potsdamer Platz von faschistischen Parolen gesäubert. Zum Beispiel: ‚NSDAP', SS-Zeichen, ‚Juden ins KZ', ‚Es grüßen die Kameraden der Westfront', Wir grüßen die Reichshauptstadt' ... Gegen 15 Uhr kamen britische und deutsche Polizei, woraufhin wir langsam in Richtung Postsdamer Straße gingen. Auf dem Weg wurden bereits Einzelne ohne ersichtlichen Grund unter Schlagstockeinsatz aus der Gruppe herausgerissen und festgenommen. In einer Seitenstraße wurden etwa zwölf Leute von der Polizei umstellt, sämtliche Personalien aufgenommen und zehn Leute wurden festgenommen.

Während noch Senatspolitiker auffordern, über Holocaust zu DISKUTIEREN, werden Antifaschisten von der Polizei verhaftet, zusammengeschlagen und festgenommen."

Antifaschistische Front, Treffpunkt im Georg-v.-Rauch-Haus, Mariannenplatz 1a, 1 Berlin 36, jeden Samstag um 15 Uhr.



WIEDER EIN NEUES REGIONALBLATT

DARMSTADT
hier & heute

„Liebe IDler,
nachdem die Mainzer die Existenz ihres Regionalblattes im ID angekündigt haben, wollen wir Darmstädter nun mit der ganzen Wahrheit rausrücken und euch mitteilen, daß die hiesige taz-Initiative ebenfalls begonnen hat, die Bevölkerung durch ein Darmstädter Regionalblatt zu unterwandern. Bis jetzt ist eine Nummer dieses subwersiven Machwerkes erschienen, die zweite erscheint – so der Verfassungsschutz will – am 7.2.79. Wer das Ding haben will, wende sich an:

Peter Hetzler, Rhöηring 95, 61 Darmstadt, oder ‚Regionalblatt', Maydalenenstr. 17.

Übrigens: unser Regionalblatt erscheint – soweit uns der Konkursverwalter dazu Zeit läßt – monatlich."

MATERIAL ÜBER U–HAFT GESUCHT

FRANKENTHAL
5. Februar

Der Gefangene Heinz Schümann schreibt, daß er eine Dokumentation über die Haftbedingungen von Untersuchungs–Häftlingen machen will. Ein bißchen Material hat er auch schon gesammelt. Er bittet Gefangene und andere Menschen mit Erfahrung auf diesem Gebiet, ihm zu schreiben.

Kontakt: Heinz Schümann, JVA, Ludwigshafener Str. 20, 6710 Frankenthal

FESTIVAL FÜR IMPROVISIERTE MUSIK

HEIDELBERG
6. Februar

Frank vom Mobilen Einsatz Orchester (MEO) schreibt:

Wie schon letztes Jahr veranstaltet das Mobile Einsatz Orchester, trotz der ganzen Widerstände, wieder ein 2-tägiges Festival für improvisierte Musik. Letztes Jahr war das noch im Collegium Academicum (ihr habt ja über die gewaltsame Schließung und Räumung des für uns so wichtigen Hauses durch die Polizei im ID gelesen). Die Situation in Heidelberg: Rauswurf aus dem CA, Verbot unseres Musikfestes auf der Thingstätte, Behinderung des Theater- und Musikvereins durch Stadt, Uni und Kultusministerium, Asta-Liquidierung. Es geht halt schwer weiter, aber es geht!

Das Festival ist als Alternative zum herkömmlichen Jazz- und Rockalltag gedacht. Es spielen hauptsächlich junge Musiker, die versuchen, neue Formen ihrer Musik auszuprobieren. Es wird neben Rock auch Rock-Jazz und Free-Jazz zu hören sein: Grumpff (Gießen), Reh Lachs (Schwetzingen), Meo (Heidelberg), Atrium (Worms), Extempore (Köln), Clockwork-Orange (Ludwigshafen), Allen Blairman Unit (Heidelberg). Einen besseren Platz als das Gesellschaftshaus im Pfaffengrund (Storchenweg 2) fanden wir nicht. - Das eingenommene Geld wird unter den Gruppen aufgeteilt.

Und einen Gruß an Martin in Josbach, der auf den Frühling wartet!

Kontakt: MEO, Bussemergasse 2, 6900 Heidelberg

„STATTBUCH" SUCHT NOCH NOTIZEN

STUTTGART
7. Februar 79

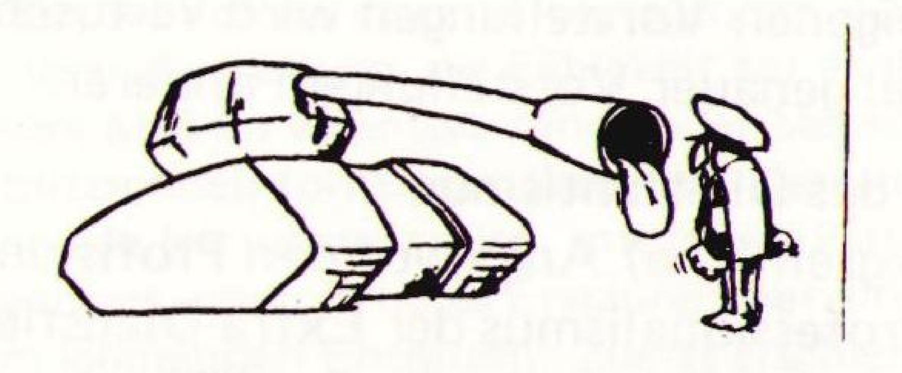
Die Macher vom „Stuttgarter Stattbuch" haben ihren Redaktionsschluß auf den 15. Februar gelegt. Bis dahin können noch Meldungen und Adressen abgegeben werden. Das Stattbuch, das weniger als 10 Mark kosten soll, kann bestellt werden bei: Peter Grohmann, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1.

ATOM-STADTPLAN VON GÖTTINGEN

GÖTTINGEN
5. Februar 79

Zum dritten bundesdeutschen Gorleben-Aktionswochenende mit Schwerpunkt Information am 19., 20., 21. Januar veröffentlichte der Freundeskreis Göttingen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg einen „Atomaren Stadtplan für Göttingen und Umgebung". In diesem Plan werden die Verflechtungen von Göttinger Betrieben und Institutionen zur atomaren Infrastruktur aufgezeigt.

Kontakt: Göttinger Freundeskreis der BI Lüchow-Dannenberg, c/o Sonja A. Schreiner, Keplerstr. 32, 34 Göttingen, Tel.: 0551/ 5 86 91.



NEU ERARBEITET – "NICARAGUA"

"KONTAKT" – Nr. 3 – NICARAGUA; Poster A 2, Rückseite: aktuelle Informationen zu bestellen bei: Lateinamerika-Komitee München, c/o H. Cano, Orleansstr. 15, 8 München 80 Briefmarken 0.80 DM (einschl. Porto) beilegen.

"KONTAKT" – Nr. 4 – PERU
Poster (Motiv Chavon-Kultur) – Rückseite: Geschichte - Deutsche "Hilfe" – aktuelle Lage; zu bestellen siehe oben.

Bei Mehrfachbestellungen bitten entsprechenden Betrag vorher auf Postscheckkonto: R. Machowiak, 8 München, Nr.: 2805 89 - 805 überweisen.



BEOBACHTUNGEN, THESEN ZUM STAND DES PROJEKTS TAGESZEITUNG

Joachim Schmid,
1. Februar 1979

1 Die Macht der Floppy Discs
Das Projekt Tageszeitung bezieht seine Legitimation zur Zeit faktisch aus seinem Eigentum an Produktionsmitteln. Die investierten Summen scheinen es unmöglich zu machen, grundsätzlich (politisch) über das Projekt nachzudenken.
Ökonomische Argumente waren willkommen für die unausgesprochen hintergründig politische Entscheidung, die Frankfurter durch Entzug von Produktionsmitteln zu entmachten.

Diskussionen um die organisatorische und technische Ausstattung des Projekts werden zu einem Zeitpunkt geführt, zu dem inhaltliche und methodische Widersprüche der Mitarbeitenden und Interessierten höchstens zur Kenntnis genommen, aber nicht diskutiert werden.

2 Pluralistisches Grau statt konzeptionellem Schwarz-Weiß im Projekt vorhandene unterschiedliche Vorstellungen über links/basisdemokratische/linksradikale/radikal-demokratische Politik und deren mediale Verarbeitung/Umsetzung über thematische und methodische Schwerpunkte politischer/medialer Arbeit werden weder als komplementär begriffen noch ausschließlich diskutiert.
Sie werden einfach hingenommen. Irgendwie wird's sich schon regeln oder so. Und sei's durch verbale Machtkämpfe kurz vor Redaktionsschluß, durch Intrigen und Zufalls(?)anwesenheiten.

Eine gemeinsame Vorstellung von Zeitung existiert im Projekt nicht, allenfalls gemeinsame inhaltliche Vorstellungen einzelner Arbeitsgruppen, die sich in der jeweils anstehenden Nullnummer möglichst viel Platz freiboxen, meist durch Mehrheitsentscheidungen der gerade Anwesenden oder schnell herbeigerufenen Lobbyisten.
Der Mangel an eigenen Vorstellungen wird vertuscht durch die Kritik am Mangel genauer Vorstellungen anderer.

3 Idealisierung des Dilettantismus
Die (teilweise begreifliche) Angst vor den Profis und die Abgrenzung zum Professionalismus der Extra-Dienstler schaffen ein Klima, in dem es schwerfällt, die Qualifikation der Redakteure zu problematisieren.
Linke und alternative Männer und Frauen wurden gerufen, sich am Projekt Tageszeitung zu beteiligen. Und sie kamen zuhauf. Aus diffusem Interesse? aus Langeweile? um alternative Karriere im größten Scene-Projekt aller Zeiten zu machen? auf der Suche nach einem Arbeitsplatz? wer weiß. Ich hab auch mal einen getroffen, der machte aus Spaß an der Sache mit. Das war aber auch der einzige. (Joachim,sag das nicht.Bin ich nicht eine, die immer - trotz allem- verliebt ist? G.,die auch und gerade im ID composert.)
Jedenfalls lässt sich an den bisherigen Produkten ablesen, daß die Diskrepanz zwischen ungeklärtem Wollen und Können immens ist.

Klar, schreiben kann jeder. Aber ob jeder schreiben kann? Und haben die, die schreiben können, überhaupt was zu sagen?
Fotografieren kann dank Kodak auch jeder.
Und jeder hat zwei Augen, kann also ins Kino gehen, kann also was über Film schreiben, da jeder schreiben kann.
Und jede Frau ist prädestiniert für die Frauenredaktion.
Vielleicht sind die Internationalisten nur deshalb welche, weil sie öfter im Urlaub waren als die aus dem Ressort „Nationale Politik"?
Ich zweifle die Kompetenz eines zufällig existierenden Haufens potentiell unqualifizierter Leute an, der sich anmaßt, über die Qualifikation zukünftiger Mitarbeiter zu urteilen.

4 Die verschiedenen Formen alternativer Ehen oder Die Zentralredaktion, das polygame Wesen
DasVerhältnis der Zentrale zu den Initiativen und geplanten Regionalredaktionen (kurz ZR zu Inis und RRs) hat die seltsame Anmutung ehelicher Beziehungen.
„Wir müssen uns mal wieder mit unseren Inis in Verbindung setzen" klingt wie die pflichtbewußte Bemerkung des untreuen Ehemanns zur (illegalen) Geliebten „Ich muß mal wieder meine Frau anrufen".
Die Geliebte selbst sitzt in der Zentrale, die Initiativen schöpfen Verdacht und nun muß eben ein Ehevertrag her, da die Zentrale ihre Inis vielleicht nochmal brauchen könnte, und außerdem, wie steht man da vor der alternativen Öffentlichkeit, wenn sowas ans Licht kommt? Die Frage ist nur: Gütertrennung — ja oder nein? und wer verfügt über die Schlüssel?
Das Gerangel um den Vertrag drängt die eigentlich wichtigeren Fragen nach Sinn und Zweck der Liaison in den Hintergrund.

..aber das sei alles nicht konstruktiv, hieß es und würde uns nicht vorwärts bringen.
Wenn nur mal diskutiert würde, wo vorne ist.
Schönen Gruß Joachim."

HINWEIS:
Diese Bemerkungen zur TAZ von Joachim sind die konsequente Fortführung der Diskussion um die Tageszeitung/zur Tageszeitung, die seit allerneuestem in dem überaus spannendem und zauberhaft gelayoutetem Heft zusammengefaßt sind; der Titel:
Dieses Obskure Objekt Uns'rer Begierde oder
der mann mit dem sack - die tageszeitung.

Die Herausgeber schreiben: *„Wir denken, daß im letzten Jahr viel zu wenig öffentlich über das Zustandekommen der ‚Tageszeitung' geredet wurde. Zum einen lag das sicher daran, daß wir, als an dem Projekt Beteiligte, zu wenig von dem internen Diskussionsprozeß veröffentlicht haben. Diesen Mangel wollen wir mit dieser Materialbroschüre ausgleichen. Wir haben darin die wichtigsten internen Diskussionspapiere und Leserbriefe, die wir erhalten haben, abgedruckt.*
Zum anderen hing das mit dem Desinteresse bzw. der abwartenden Haltung vieler Linker der ‚Tageszeitung' gegenüber zusammen. Dieses Schicksal teilte die TAZ mit anderen Initiativen, die seit dem Herbst '77 in Gang gesetzt wurden. Ob Russel-Tribunal oder Grüne Liste — die öffentliche Auseinandersetzung war minimal — zugleich ein Grund, die ‚Tageszeitung' zu machen.

Diese Materialbroschüre hat 68 Seiten, kostet 4,5o DM,ist vom Sumpf-Verlag herausgegeben und zu beziehen über
Prolit Buchvertrieb, Daubringer Straße 32, 6304 Lollar

hier geht's weiter

Gedanken zur 'taz'

Nun gut, ihr Kritiker, ihr Macher und Nicht—Macher: ihr habt's geschafft, daß ich mich aus der alltäglichen Langeweile der Semesterferien aufraffe und die Gelegenheit ergreife, meinen Senf zum Essen zu geben (das eh nicht mehr schmeckt). Worum es mir geht, bezieht sich hier zwar auf die taz usw., betrifft aber alles, was wir — die Linken, oder wer wir sonst sind (und wer sind wir schon, oder: wer ist schon wir?) — machen.

Ich stelle also fest:

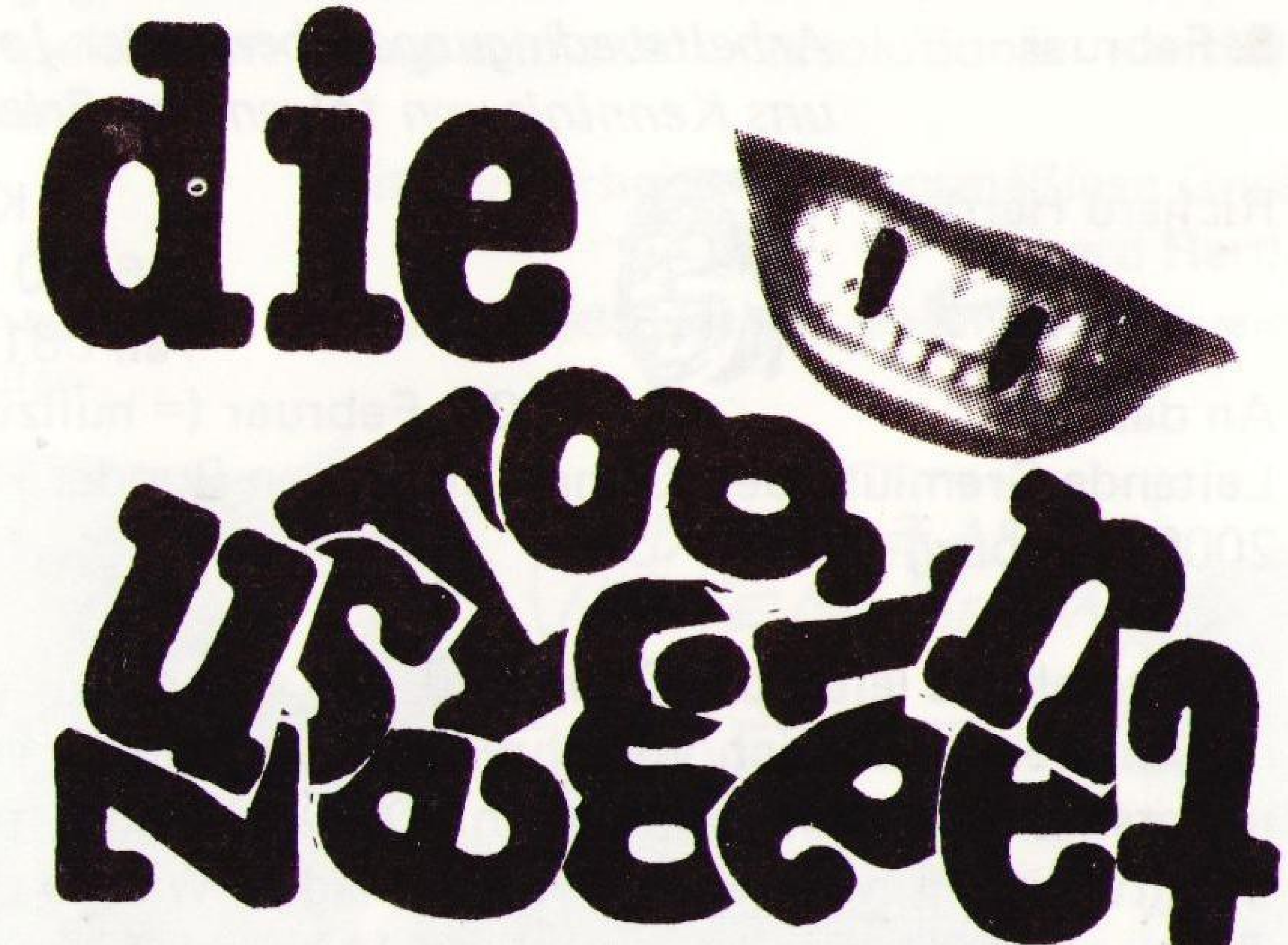
— Erwartungen sind Gedanken, die die Wirklichkeit bewerten; sie lassen die Wirklichkeit in einem bestimmten Licht erscheinen, in unserem persönlichen: unsere Sichtweise von der Wirklichkeit;

— Erwartungen sind Gedanken und Gedanken können die Wirklichkeit nicht bewegen (zur Bewegung bringen), sondern nur zu dieser oder jener Bewegung anregen: Gedanken bewerten und können — je nach Bewertung — anregend sein;

— Erwartungen regen zur Bewegung an, bewegen aber selbst nicht; nur Handlungen bewegen die Wirklichkeit, da nur sie Bewegung in sich beinhalten: Handlungen sind Bewegungen der Wirklichkeit;

— Schlußfolgerung: wenn ich die Wirklichkeit bewegen will, muß ich mich durch Erwartungen zu Handlungen anregen.

Gut, haben wir schon alles gewußt, ja? Nichts Neues? Weiter im Text:



Auf die taz bezogen heißt das für mich, daß genug Erwartungen da sind, die möglichst alle erfüllt werden sollten (was auf objektive "Grenzen" stößt, die wir aber auf ein akzeptables Maß verringern könnten). Für mich heißt das aber auch, daß es nun reicht, diese Erwartungen immer wieder neu hervorzukramen, immer schön bei der Bewertung der Wirklichkeit zu bleiben.

Für mich ist die taz im Moment so, wie sie ist (wie, das haben schon andere richtig gesagt) — und sie ist Wirklichkeit. Und diese Wirklichkeit, diese taz, kann nicht verändert (bewegt) werden, indem wir nur stöhnen und (an)klagen. Sie wird nur verändert werden, indem wir die Zeitung machen und nicht von anderen machen lassen: Wenn die taz eine Zeitung für uns (die Linke, meinetwegen auch für's Volk) sein soll, dann muß sie auch von uns kommen. Hört sich gut an, nicht? Fragt sich nur: Wie?

Auch dazu fällt mir was ein, was zwar nicht auf der großen übergreifenden Ebene der Zentralredaktion, der Verlage und Vertreiberunternehmen liegt, aber immerhin ein bißchen meinem Streben nach größeren Dingen entgegenkommt (außerdem entspricht es meinem regional begrenzten Vorstellungsvermögen): Es gibt inzwischen Redaktionen in der BRD und es werden mehr werden. Und genau dort, in diesen Städten, regional bezogen, kann jeder, jeder von uns, was machen. Folgenden Möglichkeiten sehe ich:

— Artikel schreiben über Vorgänge, die wir selbst miterleben oder irgendwie mitbekommen; den Lokalredakteur davon unterrichten, so daß er für andere Aufgaben frei ist; den Artikel tippen in den entsprechenden Größen (Spaltenbreiten usw.) und bei der Redaktion frühzeitig abgeben;

— Leute, die viel mitbekommen (Informationsmonopole: z.B. Gemeinwesenarbeiter, Presseleute, Pfarrer, Leiter von Einrichtungen, Gewerkschafter, Dozenten, Eltern) über persönliche oder berufliche Beziehungen um Informationen bitten;

Leute ansprechen, die in interessanten Bereichen (Energie, Polizei, Planung) arbeiten, bzw. mit ihnen über ihre Probleme sprechen;

— im Monat zwei Stunden (oder mehr) für den Verkauf der taz bereitstellen; Koordination wer wann wo Käufer wirbt, müßte von der Redaktion geleistet werden; Devise: freiwillig aber verlässslich; in dem Stadtteil verkaufen, in dem man wohnt;

— mit den Verkäufern von Kiosken, Zeitungs- und Zigarrenläden, bei denen man ständig kauft, über den Verkauf der taz reden.

Sicherlich, alles ist es wahrscheinlich nicht, mehr fällt mir aber im Moment beim besten Willen nicht ein. Trotzdem: diese Kleinarbeit wird durch ihre Wirkung Einfluß auf die taz haben, so können wir bestimmen, wie sie auszusehen hat (denn: wir haben einen nicht zu unterschätzenden Teil des für die Zeitung notwendigen Informations- und Verteilungsmonopols). Weitere Möglichkeiten der Einflußnahme sind sicherlich auch: ständige hauptberufliche Mitarbeit, ständige Kritik, nicht saufen und auf bessere Zeiten warten. Das dürfte aber nicht jederfraus und jedermanns Sache sein.
Also auf zum nächsten Zeitungsbüro.
Schönes Wetter für euch alle,

Volker van den Boom, Düsseldorf, Kölner Str. 328

Presse (...?)

Prozeß gegen die Bonner 'Stadtzeitung'
HAU DE PÜTSCH, SCHNÜSS*

BONN
8. Februar 79

Heute war der erste Prozeßtermin gegen 'de schnüss'. Der Bonner Alternativzeitung wird von der Anklage vorgeworfen, falsch über einen Polizeieinsatz am 1. Mai 1978 berichtet und damit die Polizei verunglimpft zu haben. So hatte es in 'de schnüss' vom 1. Juni 1978 gestanden:

„... hatten sich wie jedes Jahr auch sechs oder sieben Aktivisten des 'Kommunistischen Bundes Westdeutschland' mit der Hoffnung eingefunden, an ihrem Büchertisch wenigstens ein oder zwei Bücher an die nahende Schar zu verkaufen und ihre Sicht der Dinge an den Mann zu bringen. (Klospruch in einer einschlägigen Bonner Kneipe: „Schafft das Volk ab, der KBW soll selbst entscheiden!") Hier von einer 60 Mann starken 'Demonstration linker Gruppen' zu sprechen, ist eine bösartige Unterstellung — wie in den letzten Jahren ließ sich niemand von der Anwesenheit des KBW stören.

Doch plötzlich kam es anders.
Wenige Minuten vor dem Eintreffen der Demonstration bewies eine Einsatzstaffel der Bonner Polizei ihren hervorragenden Ausbildungsstand, die Zuverlässigkeit ihrer Ausrüstung, die Fähigkeit zur exakten Zeitplanung und das besondere Maß an verantwortungsvoller Menschenführung. Irgendwoher aus der blitzschnell formierten Wagenburg erscholl plötzlich die Aufforderung an alle Herumstehenden, sofort den Platz zu räumen, was allgemein ungläubiges, doch heiteres Erstaunen hervorrief. Das wandelte sich schnell zum lähmenden Entsetzen: Zuerst erschien ein Polizist, der alle Anwesenden fotografierte, ihm folgten rund drei Dutzend kräftiger uniformierter und dezent zivil gekleideter Herren, die zielstrebig auf den KBW-Büchertisch zusteuerten, diesen in Stücke schlugen und dabei 'zufällig' die Trümmer einem Schnüss-Redaktionsmitglied in den Bauch rammten. Gleichzeitig schnappten sie sich jeweils zu dritt oder viert vier KBWler und ein Mitglied der 'Bürgerinitiative Umweltschutz Bonn', das zufällig in der Nähe stand. Die fünf wurden an Armen und Beinen gepackt zu den wartenden Wagen geschleppt, wobei man sie laut übereinstimmenden Augenzeugenberichten zur Ermunterung an den Haaren zerrte und in die Genitalien trat. Durch einen Kordon von mit 'chemischen Keulen' bewaffneten Beamten auf Distanz gehalten, konnten dieselben Augenzeugen dennoch beobachten (und hören), wie man sie dort zwecks weiterer Ermunterung heftig mit dem Kopf gegen das Autoblech stieß. Während sich einige Beamte durch besondere Brutalität profilierten, stand ein junger Polizist hilflos über das sinnlos aggressive Vorgehen weinend am Rand der Szenerie. Man führte ihn dann später ab, wohl zur psychologisen Aufrichtung.

Überflüssig zu sagen, daß bei der Aktion auch ein Tisch der 'Bürgerinitiative Umweltschutz' und ein Tisch der 'Frauen gegen § 218' zu Bruch gingen und einem Fotografen der Film aus der Kamera entwendet wurde, obwohl Polizisten in Dienstausübung ausdrücklich fotografiert werden dürfen.
Natürlich weigerte sich auch der Einsatzleiter, ein schmächtiger, aber lederbejackter Herr mit großer Schnauze („Wir können euch auch alle mitnehmen!"), seinen Namen und die Dienstnummer herauszugeben."

Die 'Schnüss'-Redaktion fordert zu einer Unterschriftenaktion auf. Besonders merkwürdig ist in dem Prozeß, daß das Verfahren gegen die Beteiligten („Widerstand gegen die Staatsgewalt") mit dem gegen die 'Schnüss' („Presseinhaltsdelikt") kurzerhand (und bisher einmalig!) zusammengelegt wurde. Die 'Schnüss'-Leute schreiben:

„Wieder einmal wird von der Polizei ein Strafprozeß angestrengt, weil sie sich beleidigt und verleumdet fühlt.
Wieder einmal soll eine Zeitung auf der Anklagebank sitzen, weil sie sich kritisch über einen Polizeieinsatz äußerte.

Was ist geschehen?
In ihrer Juni-Ausgabe berichtete die Bonner Stadtzeitung 'de schnüss' über den Einsatz von Polizeibeamten am 1. Mai gegen einen Info-Stand vor der Beethovenhalle. Als Augenzeugen mußten wir zusehen, wie Menschen, die versuchten, mit den Beamten zu diskutieren, wegen angeblicher Gefangenenbefreiung unter Schlägen verhaftet wurden. Wir hielten es für unsere Pflicht, über diese Vorfälle zu berichten und das Vorgehen der Polizei scharf zu kritisieren. Doch auch dies soll jetzt strafbar sein: Vierzehn Polizeibeamte stellen Strafanzeige wegen Verleumdung gegen den presserechtlich Verantwortlichen der 'schnüss'. Wird 'de schnüss' in diesem Verfahren verurteilt, so wäre dies das Ende kritischer Berichterstattung über Polizeieinsätze, ein Maulkorb für jeden engagierten Journalismus.

Außerdem zeigt dieses Verfahren, wie die Justiz mit zweierlei Maß mißt: Gegen die kritischen Reportagen des 'stern' zu den Methoden der Polizei und des Verfassungsschutzes, die zum Teil noch weitergehende Anschuldigungen enthielten, wurde kein Verfahren eingeleitet. Ein Prozeß gegen einen solchen 'Gegner' hätte wohl eine zu negative Publicity. Dieses 'Risiko' besteht bei einer relativ kleinen, lokalen Zeitung wie 'de schnüss' nicht: Im Gegenteil, durch einen solchen Prozeß wird zusätzlich deren finanzielle Existenz gefährdet, ein unliebsamer Kritiker endgültig mundtot gemacht. Würden solche Prozesse zur Regel, so sind dem opportunistischen Journalismus Tor und Tür geöffnet, Angst und Selbstzensur in den deutschen Redaktionsstuben würden weiter gestärkt.

Eine Verschärfung unseres Verfahrens sehen wir außerdem in der Zusammenlegung unserer Pressesache mit dem Prozeß gegen drei der am 1. Mai Verhafteten, die wegen 'Widerstandes gegen die Staatsgewalt' angeklagt sind. Seit wann ist es üblich, daß Journalisten, die über einen Fall berichten, auf derselben Anklagebank sitzen wie die, die in den Fall verwickelt sind?

Wenn 'de schnüss' in diesem Prozeß verurteilt wird, bedeutet dies nicht nur die Bedrohung einer Stadtzeitung, sondern auch eine weitere Einschränkung der Pressefreiheit in der brd. Es ist dann nur noch eine Frage der Zeit, bis auch größere Zeitungen in solche Prozesse verwickelt werden.
Um dies zu vermeiden, braucht 'de schnüss' die Solidarität ihrer Leser und einer breiten Öffentlichkeit, die gegen diese Form der Pressezensur protestiert und sich für die Einstellung des Verfahrens einsetzt.

Wer sich mit der 'Schnüss' solidarisiert, soll die folgende Protesterklärung unterschreiben:

Ich protestiere gegen den Versuch, die Berichterstattung der Bonner Stattzeitung DE SCHNÜSS einzuschränken und fordere die sofortige Einstellung des Verfahrens – 39 c LS/50 IS 208/78 (K48/78) – gegen den presserechtlich Verantwortlichen der SCHNÜSS, Manfred Krämer

....
(Name) (Adresse)

....
(Beruf, Funktion) (Unterschrift)

Schickt sie an 'de schnüss', Wilhelmstr. 3. Tel.: 02221/65.07.66. Bisher haben schon viele Leute, u.a. aus der SPD (darunter der Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing), der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der Deutschen Friedensgesellschaft, unterschrieben.

Im Prozeß hat der Anwalt der 'Schnüss', Jürgen Schick, beim Bundesverfassungsgericht eine Einstweilige Verfügung beantragt; die beiden Verfahren sollen getrennt werden, weil durch die Zusammenlegung Entlastungszeugen ausfallen, denn als selbst Beschuldigte können sie nicht gleichzeitig Zeugen sein.

Weitere Prozeßtermine sind am Dienstag, 13.2., und Donnerstag, 15.2.79, jeweils um 8.30 Uhr im Amtsgericht Bonn, Wilhelmstr. 23, II. Stock, Saal 226.

Spenden auf das Postscheckkonto Nr. 251 306-504, Postscheckamt Köln, des Vereins zur Förderung alternativer Medien e.V., Stichwort: SCHNÜSS-Prozeß.

* Die Überschrift ist echt rheinisch und heißt: Schnüss, halt's Maul!

VORWÄRTS IM KAMPF GEGEN DEN STRESS IN DER JOURNALISTISCHEN ARBEIT!

FRANKFURT 5. Februar *Ein leidenschaftlich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bemühter Journalist gab uns Kenntnis von folgendem Briefwechsel:*

Richard Herding → ER

Klüberstr. 16
6000 Frankfurt 1
Tel. 0611/72 47 82

05. Februar (= nullzwoter) 1979

An das
Leitende Gremium des Kommunistischen Bundes
2000 Hamburg

Sehr verehrtes leitendes Gremium!
mit Interesse habe ich von Ihrer Presseerklärung vom zehnten nullersten Kenntnis genommen. Die nullersten nullfünf Abschnitte ließen mein Herz höher schlagen. War da doch endlich Gelegenheit in meinem armseligen Leben als bürgerlicher Journalist (als solcher muß ich mich einstufen, da ein Blick auf meine Garderobe mich als ausgesprochen nicht-feudal, aber - da landlos - auch nicht bäuerlich, und ein Blick auf meine bisherige Lebensbahn von kümmerlichen Ferienjobs unterbrochen, mich kaum als proletarisch ausweist, ich mich schließlich auch nicht den Jägern und Sammlern zurechnen kann) - also da war die fürstliche Gelegenheit, bestimmt fünf Tage (da schon der Vor-Kongreß "mehrtägig" war, wie Sie bedeutungsvoll schreiben, wie wird da erst der eigentliche Kongreß "meist-tägig" werden müssen!) auf meinem Hintern zu sitzen, selig zu schnarchen; endlich den langverschobenen Brief an das portugiesische Ferienliebchen zu schreiben, die Schöne, und zu fragen, wie es ihr jetzt in Brasilien geht; am Coca Cola zu schlürfen; und das Kongreßmaterial mit Ausrufezeichen zu bekritzeln; mit meiner Redaktion Unsummen von Spesen abrechnen, fürstliche Pfingstzuschläge zumal, dazu Wochenend-, Überstunden-, Nachtzuschläge (im bürgerlichen Journalismus ist nur allzu bekannt, daß allein in später Nacht und auf den Wandelgängen der Kongresse die eigentlichen Hintergründe sich erschließen– - und nichts abzuliefern als die knappe, doch umso bedeutungsvollere Meldung:

NULLERSTER PFINGSTKONGRESS BEENDET

HAMBURG, 7. Juni
Mit der Verabschiedung programmatischer Resolutionen und Theses-Papiere endete heute nach meisttägiger Dauer der 01. Kongreß des KB. Auch über ein neues Statut wurde beraten und ein solches beschlossen. Bestehende Minderheitsmeinungen wurden dabei als solche eben ebenfalls berücksichtigt. Gastdelegierte aus dem gesamten Spektrum der westdeutschen Linken bekamen zu Beginn des Kongresses und nach Abschluß der Arbeiten des Kongresses Gelegenheit zu kurzen Ansprachen an den Kongreß und die Arbeit des Kongresses sowie die Abschlüsse des Kongresses.

Wahrhaftig: viel Spesen winkten für wenig Arbeit. Klar: eine kommunistische Organisation. Sie gönnt jedem nach seinen Bedürfnissen; kein Wunder. Nichts wie hin, Pfingsten nach Hamburg!

Da trifft mich wie ein Keulenschlag der nulletzte, der nullsechste Abschnitt. Bürgerliche Journalisten sind nicht erwünscht, heißt es da — und Sie zitieren zur Bestätigung einen Artikel in einem von Ihnen völlig unabhängigegn Blatt, ja sogar einem ORGAN!, der glatt zum gleichen Schluß kommt wie Sie selber —, denn sie würden dort nur ihre Zeit absitzen, und selbst bei subjektiv bestem Willen würden sie über den inhaltlichen Ablauf des Kongresses nichts schreiben können (es heißt nicht "dürfen", es heißt "können"). Ich fürchte ja, Sie haben recht (ich habe solche Kongresse mehrfach miterlebt) — aber ich frage Sie: wie wollen Sie jemals die begeisterte Zustimmung der Massen zu Ihren programmatischen Positionen erringen, wenn Sie erst diese einzigartige Möglichkeit ausmalen, sich fernab von jedem Streß einmal vom drückenden Alltag der kapitalistischen Lohnschreibsklaverei zu erholen, dann aber die massenhaft dorthin Strebenden roh wieder abweisen.

Ich appelliere an Sie: Machen Sie die Türen Ihres Kongresses weit, weit auf — für alle, die den subjektiv guten Willen mitbringen, gegen den schrecklichen Arbeitsstreß endlich gründlich perspektivisch programmatisch resolutionär meisttägig vorzugehen!

Mit minderheitsmeinungsmäßigen Grüßen
Richard Herding

P.S.: Nichts hindert Sie daran, 1980 das auf diesem Wege Erreichte zu überprüfen . . .



im ID, wie immer spannungsreich die freudvollen trimmer von spaß & ernst äh, richard und uwe äh... WAS?

PLÖTZLICH WOLLTE DER SENAT VON LIBERALISIERUNG NICHTS MEHR WISSEN

HAMBURG
30. JANUAR

Uwe Maeffert, der sogenannte Radikale in Berufsverboteprozessen verteidigt, schreibt in einer Presseerklärung:

Es ist schon merkwürdig. Hamburgs Oberbürgermeister Ulrich Klose profiliert sich überall als Verfechter liberaler Prinzipien, Teile der SPD ziehen nach, Ende 1978 wird in Hamburg und anderswo aus Regierungsmitte erklärt: Der Radikalenerlaß ist vom Tisch. Die Hamburger CDU mobilisiert dagegen mit einer Unterschriftenaktion. Doch die vom Radikalenerlaß Betroffenen merken nichts von der behaupteten Liberalisierung — gerade in Hamburg nicht. Das Verbot für Lehrer, die Anti-AKW-Plakette auch in den Schulen zu tragen, besteht weiter — gegen ein Urteil des Arbeitsgerichtes. Der Hamburger Verfassungsschutz fällt durch eine Vielzahl von „Traube-Abhöraktionen" im Jahre 1978 auf — gegen ein Votum des Innenministers.

Nun hat die 4. Kammer des Landesarbeitsgerichtes Hamburg das Gerede um die Liberalisierung ernst genommen und sieht sich im Widerspruch zum Senat. Das LAG hat am 29. Januar den Senat dazu verurteilt, den Lehramtsbewerber U. K. für die Dauer der Lehrerausbildung im Schuldienst zu beschäftigen. Schulbehörde und Senat hatten vor Jahren die Bewerbung von U. K. wegen behaupteter Mitgliedschaft in der KPD abgelehnt. Das Arbeitsgericht hatte die Klage abgewiesen. Nachdem die mündliche Verhandlung im Berufungsverfahren geschlossen worden war, verkündete das LAG am 13. 12. 1978 folgenden Beschluß:

> „Der Beklagten (= der Schulbehörde) wird aufgrund der Presse- und Rundfunkveröffentlichungen vom 11. 12. 78 auferlegt, bis zum 15. 1. 79 mitzuteilen, wie sie die Einstellungspraxis am Januar 1979 handhabt Dabei sind die entsprechenden Einstellungsrichtlinien im einzelnen anzugeben."

Der Senat dachte nicht daran, dieser Auflage des Gerichtes nachzukommen. Am 20. 12. 78 ließ er vortragen:

> „Die Auflage des Gerichts hat die Beklagte mit Verwunderung zur Kenntnis genommen . . . Die im Beschluß vom 13. 12. 78 ohne Fundstellenangabe erwähnten Presse- und Rundfunkveröffentlichungen vom 11. 12. 78 können — was immer ihr Inhalt sein mag — das weitere Hinausschieben der Entscheidung . . . in dem Rechtsstreit sicher nicht rechtfertigen, da das Gericht gemäß Art. 20 III Grundgesetz doch nach Gesetz und Recht zu entscheiden hat und insoweit weder eine Änderung weder eingetreten ist, noch bevorsteht. Die Auflage . . . ist unverständlich, nachdem Senat . . . indem Fall des Klägers eine klare Aussage gemacht hat."

War diese Regierungsantwort an die Adresse der Justiz unerhört oder nur sachlich zutreffend? Jedenfalls definiert sie in prägnanter Kürze „Gesetz und Recht" als den jeweils konkreten Willen der Regierung im Einzelfall und die Bindung der Justiz an Gesetz und Recht als den Auftrag zur Unterwerfung unter diesen Willen.

Am 9. 1. 78 kündigte die Hamburger Schulbehörde das Arbeitsverhältnis mit der Lehrerin S. D., machdem sie schriftlich gefordert hatte, in das Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Als wesentlicher Kündigungsgrund wurde die Verteilung eines Flugblattes des Kommunistischen Bundes Westdeutschland im Sommer 1977 angegeben. Im Rechtsstreit über die verweigerte Beamtenernennung schrieb im November 1978 das Verwaltungsgericht in Kenntnis aller die Kündigung tragenden Gründe an den Senat:

> „Es wird angefragt, ob aufgrund der jüngsten Verlautbarungen des Ersten Bürgermeisters die Klägerin klaglos gestellt werden soll."


Der Senat lehnte ab. Im Berufungsverfahren über die Kündigung ließ der Senat durch seine Anwälte am 23. 1. 79 unter anderem vortragen:

> „. . . kann die Klägerin schon deshalb nicht weiter beschäftigt werden, weil sie das vom Parlament verabschiedete Schulverfassungsgesetz als undemokratisch bezeichnet und sich auch für die Abschaffung des Beamtengesetzes einsetzt. Die Klägerin hat damit gezeigt, daß sie kein positives Verhältnis zu den Grundprinzipien unserer Verfassung besitzt, dann dazu gehört natürlich eine Anerkennung der Gewaltenteilung, nach der die Parlamente Gesetze beschließen und Kontrolle erforderlichenfalls durch das Bundesverfassungsgericht ausgeübt wird. Die Klägerin bekennt sich — was natürlich ihr gutes Recht ist — zum Programm des KBW (behauptet der Senat zum ersten Mal im Berufungsverfahren ohne Tatsachengrundlage; Anm. Maeffert), das auf Seite 16 zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und zur Erkämpfung der Macht mit Waffengewalt auffordert.. Daß ein solcher Arbeitnehmer nicht gerade in dem Staat, den er in der geschilderten Weise bekämpfen will, beschäftigt werden muß, und daß insbesondere ein solcher Arbeitnehmer nicht die Anforderungen des § 8 Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) erfüllt, bedarf keiner weiteren Darlegung."

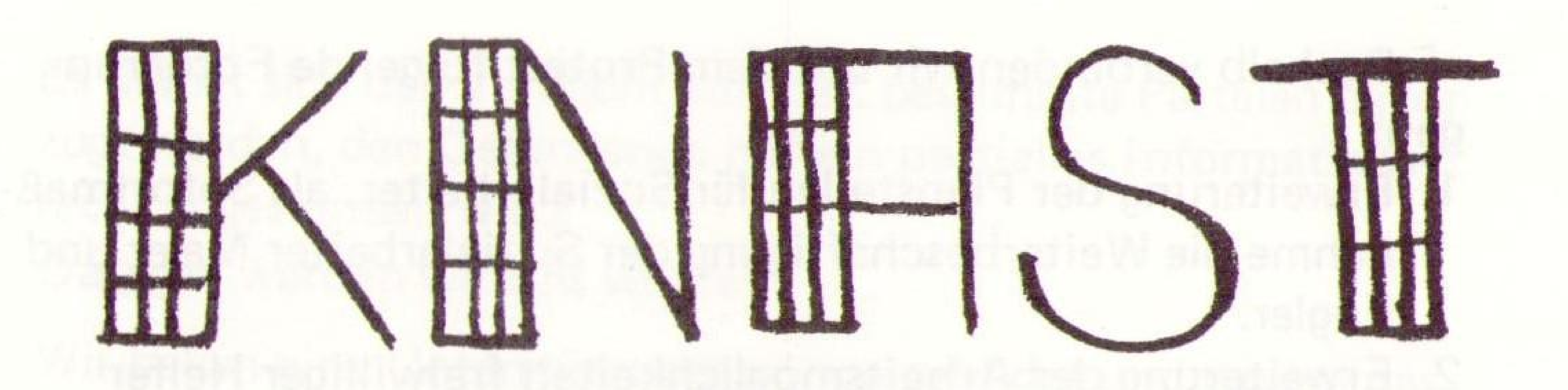
Liberalisierung des Radikalenerlasses im öffentlichen Dienst? ... Es ist an der Zeit, die behauptete Liberalisierung des Radikalenerlasses und den Widerstand seitens der CDU und einzelner Sozialdemokraten öffentlich als das zu brandmarken, was sie tatsächlich sind: Betrugsmanöver und Scheingefechte.

Der Prozeßtermin für S.D. ist am 14. Februar, 8.30 Uhr, im Saal 1106 des Hamburger Landesarbeitsgerichts am Altonaer Bahnhofsplatz.

Kontakt über: Rechtsanwalt Uwe Maeffert, Bahrenfelder Str.93, 2000 Hamburg 50, Tel. (040) 39 16 15 / 14.



DAS
RECHTS
SCHUTZ
TOKA
WER HAT ANGST VOR ASTRID PROLL?
EINMAL
WAR SCHON ZUVIEL!



GÜNTER SONNENBERG NACH BRUCHSAL VERLEGT

BRUCHSAL
5. Februar

Wie Phillipp Heinisch, Verteidiger von Günter Sonnenberg mitteilt, wurde dieser am 25.1.79 von der JVA Stammheim in die JVA Bruchsal verlegt. Diese Maßnahme war so überraschend, daß nicht einmal die Anstalt Stammheim drei Stunden vor deren Vollzug darüber informiert war. In der JVA Bruchsal befindet sich Sonnenberg als einziger Gefangener in der Krankenstation, ist mithin total isoliert, sieht man einmal davon ab, daß ein einziger Gefangener bisher ein einziges Mal mit ihm Hofgang hatte. Diese Bedingungen sind untragbar.

In einem "Offenen Brief" an den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg bittet der Anwalt darum, Sonnenberg entweder wie jeden anderen Strafgefangenen auch im Normalvollzug zu behandeln oder ihn zurück nach Stammheim zu verlegen.

Weitere Informationen über: P. Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1 Berlin 30, Tel. 030/2622023/24

ZUM PROZESS GEGEN CHRISTINE KUBY

HAMBURG
7. FEBRUAR

Gegen Christine Kuby wird seit dem 18. Januar vor dem Oberlandesgericht in Hamburg verhandelt. Sie wurde am 21. 1. 78 am Winterhuder Marktplatz in Hamburg festgenommen, als sie aus einer Apotheke einige bestellte Medikamente abholen wollte. Bei einem Schußwechsel wurde ein Polizeist verletzt. Christine Kuby kam mit zwei Schußverletzungen ins Lazarett des Untersuchungsgefängnisses.

Christine Kuby ließ sich nach dem zweiten Verhandlungstag von der Verhandlung ausschließen. Der Prozeß ist vorerst bis zum 2. März terminiert. Er findet jeweils Montag, Mittwoch und Donnerstag, 9.30 Uhr, vor dem Oberlandesgericht, Hamburg Sievekingplatz, statt.

Gegen Christine Kuby wird inzwischen auch wegen der Schleyer-Entführung ermittelt. Drei Zeugen wollen sie angeblich erkannt haben.

Kontakt: RA Axel Galette, Stephan Claus, Iltisstr. 33, 2300 Kiel 14

SICHERUNGSVERWAHRUNG STATT LEBENSLÄNGLICH

Neues vom Drenkmann/Lorenz-Prozeß in Berlin

BERLIN
1. FEBRUAR

„Am 30.Januar tat das Gericht, was es schon in der vorherigen Woche angedeutet hatte: Es drohte fünf der sechs Angeklagten (außer Andreas Vogel, der Heranwachsender ist) Sicherungsverwahrung an. Es zog damit die Konsequenz aus der bisherigen Beweisaufnahme im Komplex Drenkmann, wo bei den meisten Angeklagten mit Freisprüchen zu rechenen ist.

Die für die Verteidigung der Angeklagten völlig überraschende Androhung der Sicherungsverwahrung gründet sich auf § 66 StGB. Danach kann auch ohne vorherige Verurteilung gegen jemanden Sicherungsverwahrung angedroht werden, wenn er wegen drei vorsätzlichen Straftaten zu Strafen von mindestens je 1 bzw. 3 Jahren verurteilt wird und er „infolge eines Hangs zu erheblichen Straftaten für die Allgemeinheit gefährlich ist."

Die Verteidigung beantragte Aussetzung, da nunmehr eine neue Lage eingetreten sei.

In diesem Zusammenhang führt Rechtsanwalt Wieland aus, daß in der Geschichte der bundesrepublikanischen Justiz noch niemals eine solche Maßnahme gegen einen politisch motivierten Angeklagten verhängt worden sei.

Das sei auch der Grund dafür gewesen, daß nach der Schleyer-Entführung im Bundestag die Diskussion der Sicherheitsverwahrung einsetzte. Dem Gericht wurde vorgeworfen, daß es nunmehr auf kaltem Wege die Sicherheitsverwahrung einführe, nachdem die interessierten politischen Stellen vor einem Jahr eine solche gesetzliche Regelung — gerade auch im Hinblick auf das Ausland — nicht durchsetzen konnten.

Dies sei umso erschreckender, als grundsätzlich nur dann Sicherungsverwahrung angeordnet werden könne, wenn jemand schon mindestens 2 Jahre Freiheitsstrafe verbüßt hat, diese Voraussetzung erfüllt keiner der Angeklagten im Lorenz-Drenkmann-Prozeß.

Allerdings wies Rechtsanwalt Wieland daraufhin, daß Bestrebungen, den politischen Gegner und Angeklagten zu psychiatrisieren, nicht ganz neu sind. So waren bereits im Prozeß gegen das Sozialistische Patientenkollektiv Heidelberg Überlegungen angestellt worden, die dortigen Angeklagten als psychopathologische und neurotische „Hangtäter" zu psychiatrisieren. Rechtsanwalt Wieland wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Bewertung politisch oppositioneller Gesinnung als krankhaft, worüber dann zwingend vorgeschrieben in der Hauptverhandlung ein medizinischer Gutachter zu hören sei, man bisher vor allen Dingen aus der Sowjetunion kenne.

Die Bundesanwaltschaft antwortete lakonisch, daß sich der Rechtsstaat gegen Angeklagte schützen müsse, die das Eigentum, Leben und Freiheit der Mitbürger bedrohten.

Fritz Teufel antwortete, daß der heutige Staat die Gesundheit und Sachen der Mitbürger vernichte und daß er gerade deswegen diesen Staat bekämpfe. Gerald Klöpper meinte in einer Erklärung, den Angeklagten drohe allein deswegen lebenslängliche Sicherungsverwahrung, da die Drenkmann-Anklage gegen die meisten Angeklagten zusammengebrochen sei. Hauptsache sei für das Gericht, es käme lebenslänglich raus, auf welchem Weg auch immer.

Das Gericht lehnte den Antrag der Verteidigung ab, das Verfahren zu unterbrechen, damit die Verteidigung sich auf die neue Situation der angedrohten Sicherungsverwahrung einstellen könne."

"ÜBERALL DAS GLEICHE"

WIEN
Dez. 78

Von Waltraud Boock, einer deutschen Gefangenen aus der RAF, die in Wien wegen angeblicher Beteiligung an einem Bankraub einsitzt, stammen die folgenden Passagen. Sie sind Teil eines längeren Briefes zu ihren Haftbedingungen:

"Von der Außenwelt bin ich nach wie vor nahezu total abgeschnitten. Selbst die Bewilligung zum schriftlichen Kontakt mit meinem Ehemann konnte nur nach Interventionen und nachdem ich für den Fall, daß mir der Kontakt zu Familienangehörigen verweigert wird, einem sofortigen Durst- und Hungerstreik angekündigt hatte, durchgesetzt werden. Konkret heißt das, daß ich nur mit einer Person sporadischen Kontakt habe, daß der Kontakt durch die weite Entfernung BRD - Wien zusätzlich erschwert ist und sich mein Briefverkehr auf 2 Personen beschränkt. Meine soziale Isolation und die Unmöglichkeit zu Auseinandersetzungen, die mir etwas bringen und zu politischer Arbeit im konkreten kollektiven Lebenszusammenhang wirkt sich so aus, daß ich das, was ich z.B. lese, nicht richtig verarbeiten kann, und ein Großteil relativ schnell wieder vergesse.

weil mein Kurzzeitgedächtnis sehr schlecht ist und die Konzentrationsfähigkeit auch immer mieser wird. Fast total auf mich selbst zurückgeworfen, ohne äußere Impulse, pendele ich zwischen Schlaffheit und überhöhter Nervosität, zwischen momentanen gedanklichen Leerphasen, zwischen kurzzeitiger starker Müdigkeit bzw. Schlafsucht und Schlafstörung. Offensichtlich zielt die Behandlung darauf, mich zum geistig-psychischen Krüppel zu machen. ...
Meine realtiv geringen Kontaktmöglichkeiten zu anderen Gefangenen werden zwecks möglichst weitgehender sozialer Isolation und Erhaltung der Friedhofsruhe systematisch boykottiert. Das sieht so aus, daß z.B. Gefangene, die den Hofgang mit mir machen und mit denen ich mal gemeinsam Dauerlauf gemacht habe, unter Druck gesetzt werden. Sie wurden von den Wachteln angemacht, 'sie sollen mir nicht alles nachmachen, seien nicht im Kindergarten' und überhaupt würde es nicht gern gesehen, wenn sie beim Hofgang mit mir zusammen sind und im Übrigen wären wir zu laut. Außerdem werden die Frauen ausgehorcht. Die Schließer wollen wissen, warum sie mit mir sprechen und was. Um Solidarisierungen zu vermeiden, wird versucht, die Frauen einzuschüchtern, mit Gebrüll und damit, daß mit Absetzung von der Arbeit gedroht wird, oder es werden sog. 'Vergünstigungen' gestrichen wegen angeblich 'schlechter Führung' in dem Moment also, in dem das stumme, entmenschlichte Vieh überhaupt und vor allem kollevtiv (wenn auch noch so geringen) Lebensäußerungen zeigt, versuchen sie den Frauen die Luft abzudrehen...."

Kontakt: Waltraud Boock, Landesgericht I, Landesgerichtsstr. 11, A-1082 Wien.



JUGENDLICHE GEFANGENE IM HUNGERSTREIK

NEUMÜNSTER
7. FEBRUAR

Eine Gruppe von ca. 30 jugendlichen Gefangenen in der JVA Neumünster protestierte mit einem auf drei Tage befristeten Hungerstreik (31.1. bis 2.2. 79). Die Aktion richtete sich gegen „die Zersetzung des Strafvollzugsgesetzes durch die Behörden, die eigentlich für die Verwirklichung dieses Gesetzes sorgen sollen". Die Jugendlichen schreiben:

„Ausgelöst wurde dieser Protest durch die Entlassung von zwei Sozialarbeitern, die nach Ablauf ihres befristeten Arbeitsvertrages „aus Geldmangel" nicht weiterbeschäftigt werden. Dies ist ein Schritt, der in krassem Gegensatz zum Behandlungs- und Resozialisierungsgedanken des Strafvollzugsgesetzes steht. Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung „Schließfachvollzug", den wir nicht untätig hinnehmen wollen.

Zwei Sozialarbeiter für mehr als dreihundert jugendliche Gefangene sind zu wenig.

Deshalb verbinden wir mit dem Protest folgende Forderungen:

1. Erweiterung der Planstellen für Sozialarbeiter, als Sofortmaßnahme die Weiterbeschäftigung der Sozialarbeiter Maier und Engler.
2. Erweiterung der Arbeitsmöglichkeiten freiwilliger Helfer im Strafvollzug bei der Gruppenbetreuung.
3. Bildung von verantwortlichen Gefangenenselbsthilfegruppen.
4. Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den Justizbehörden und den Gefangenen und auch zwischen den Gefangenen und der Öffentlichkeit.
5. Schaffung eines selbstverantwortlichen Mediums der Gefangeneninformation.

Kontakt: Knastgruppe Kiel, c/o Jens Marxen, Schönhorst b. Flintbek, Flintbekerstr. 9

GEFANGENE UND DIE ALTERNATIVE LISTE

BERLIN
7. Februar 79

Der Gefangene Bernd Grigat informiert über Wahlkampfbehinderungen in der JVA Tegel:

„Die Anstaltsleitung des Tegeler Verwahr- und Drogenhauses II betreibt massive Wahlkampfbehinderung – und setzt gleichzeitig auf's CDU-Wahlpferd: Wahlbroschüren der „Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz" wurden angehalten, Kandidaten politischer Parteien dürfen sich nicht persönlich vorstellen. Doch seit langem zieren CDU-Wahlkleber Beamtenschränke ...

Den 'guten Rat zum Schluß' (Ziffer 5 des Anhangs meiner Verfügung vom 19. Januar 1979) des Leiters der Teilanstalt II in Berlin-Tegel habe ich besonders aufmerksam gelesen:

„Sie sollten, bevor Sie einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen oder Dienstaufsichtsbeschwerde erheben, in aller Ruhe darüber nachdenken, ob die Entscheidung, mit der Sie nicht einverstanden sind, nicht doch sachgerecht ist. Die Erfahrung hat gezeigt, daß manche Entscheidung am nächsten Tag in einem anderen Licht erscheint."

Und immer noch kein 'anderes Licht'!

Es handelt sich um „derart grob entstellende Behauptungen über Polizei, Strafjustiz und Justizvollzug", deren Verbreitung die Sicherheit & Ordnung der Anstalt... Was denn diesmal? ID, BLATT, Bayern-Kurier? Nein, diesmal wurde eine ergänzende Wahlbroschüre der 'Alternativen Liste' angehalten. Sie ist eine zu den Berliner Wahlen am 18.3.1979 zugelassene Partei. Die Broschüre wurde vom Arbeitsbereich 'Demokratische Rechte' erarbeitet und stellt u.a. ungeschminkt bestehende katastrophale Tegeler Anstaltsverhältnisse dar.

Unsere erste Reaktion: Antrag auf Einstweilige Anordnung mit der Forderung um Herausgabe, Beschwerde. Aber Teilanstaltsleiter Ober dreht den Hahn noch kräftiger zu:

„Kandidaten und Vertreter politischer Parteien werden in der Vorwahlzeit keine Gelegenheit erhalten, sich in den Anstalten ihren Wählern persönlich zu präsentieren." Doch gerade gegen diesen Bescheid vom 25.1. werden wir uns mit aller Kraft wehren.

Wahlkampfmaterial der SPD, CDU, FDP und sogar der SEW passierte ungehindert die Schnüffelschranke und erreichte die inhaftierten Interessenten. Auch unsere Vollzugsroboter zeigen nun ihr christlich-demokratisches Gesicht: Seit Wochen hängen an Beamtenschränken der sogenannten Hauskammer dieser JVA – und nicht zu übersehen! – Wahlkleber der CDU; seit einigen Tagen sind diese auch im Büro der Station 7 der TA II zu finden und auf dem Schreibtisch liegen bunte CDU-Kugelschreiber aus.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß bestimmte Parteien bevorzugt werden, den Gefangenen nur ein partielles Informationsrecht zugestanden wird.
Dagegen werden wir uns wehren!
Wir haben eine Unterstützungsgruppe gebildet und wollen das Informationsrecht zur Wahl voll ausschöpfen: mit Druckschriften, mit Diskussionen, mit Kandidaten!"

Kontakt über: Bernd Grigat, TA II, Seidelstr. 39, 1000 Berlin 27 oder: AL-Wahlbüro, Kuno-Fischer-Str. 15, 1000 Berlin 19.






ROTE TUSCHE AUF DEN VERMODERTEN SCHREIBTISCH

MÜNCHEN
6.Februar

Das Kollektiv Rote Hilfe München schreibt:
„Dieter Klett wurde am 12.Mai 1977 zu 4 Jahren Knast wegen fahrlässigen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion, Urkundenfälschung und unerlaubten Führens einer Schußwaffe verurteilt.
Drei Tage später erhielt er nochmal 10 Monate wegen Beleidigung. Er schrieb aus der damaligen U-Haft,in der er total isoliert wurde, schmeichelhafte Briefe an den zuständigen Richter und Staatsanwalt. Außerdem bespritzte er in der ersten Hauptverhandlung den Staatsanwalt mit roter Tusche. Dafür also noch mal 10 Monate.

Dieter wurde in der Haft mit etlichen Schikanen bedacht; anderthalb Jahre Isolation, Kontaktsperre, Besuchsüberwachung durch das Landeskriminalamt, Trennscheibe bei privaten Besuchen, und seit Juli 1978 auch bei Anwaltsbesuchen. Dieter wurde in das Kontaktsperregesetz einbezogen, obwohl das rechtlich unzulässig war. Der Bundesgerichtshof hat dies nach der Durchführung auch per Beschluß bestätigt. Ihm wurden sämtliche Bemühungen um Ausbildungsplätze oder sonstige Fortbildungsmöglichkeiten permanent verweigert. Er und sein Anwalt stellten jetzt Antrag auf Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung.

Wir meinen, daß es für uns hier die Möglichkeit gibt, Dieter Klett massiv in seinem Antrag zu unterstützen. Dies ist nötig, weil alles darauf hindeutet, daß von Seiten des Justizministeriums versucht wird, die Aussetzung der Strafe zu verhindern. Obwohl die Anstaltsleitung positiv Stellung bezogen hat, spricht sich die berüchtigte Münchner Staatsanwaltschaft gegen die Strafaussetzung zur Bewährung aus, mit der zynischen Begründung, Dieter habe keine Vorstellungen über sein zukünftiges Leben entwickelt.
Wie sollte er, wenn ihm seit drei Jahren jede Ausbildung verwehrt wurde? Um diesem Lügengesabber der Staatsanwaltschaft den Saft abzudrehen, halten wir es für angebracht,eine fette Briefladung auf des Richters vermoderten Schreibtisch loszulassen, damit der mal spannt, daß er da nicht so rummauscheln kann, wie ihm das grade paßt. Makaber ist, daß ausgerechnet der Richter über die Strafaussetzung entscheidet, der vor zwei Jahren der Beleidigte war.

So ist es also wahnsinnig wichtig und notwendig, wenn mensch folgenden Text an **Richter Stöckle, Amtsgericht Nymphenburger Straße 16, 8000 München 21** schickt:

Hiermit unterstützen wir/ich den Antrag von Herrn Dieter Kett und seinem Rechtsanwalt auf Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung. Nach uns/mir vorliegenden Informationen, halten wir/ich die Aussetzung für geboten.

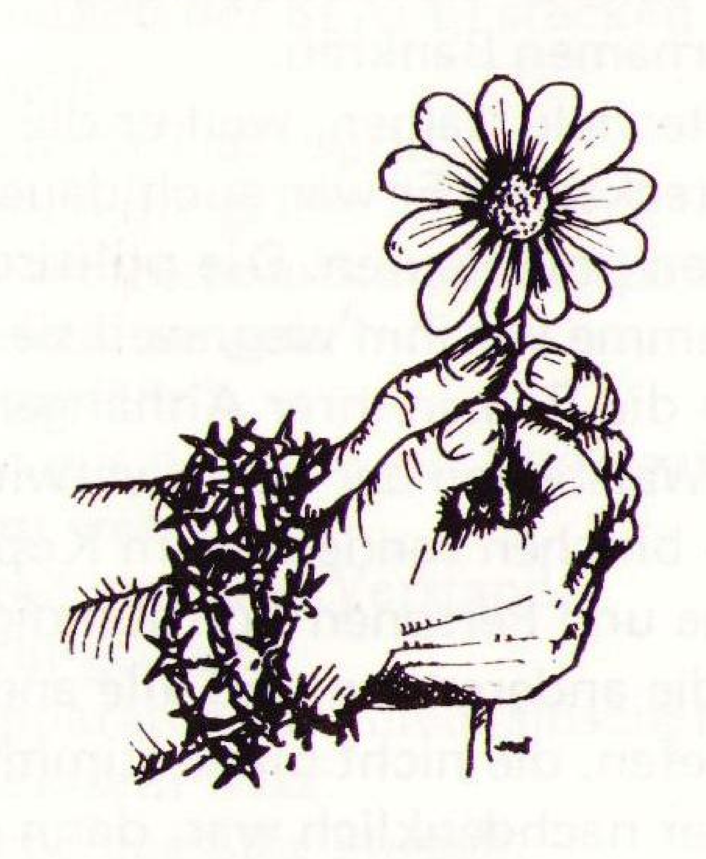
Dies alles mit Datum, eigener Adresse und Unterschrift."

KARL-HEINZ DELLWO IM HUNGERSTREIK

FRANKFURT

CELLE
5. Feb.

Karl-Heinz Dellwo befindet sich seit dem 1. Feb. 1979 erneut im Hungerstreik. Er fordert die unverzügliche Integration in den Normalvollzug und die Einhaltung der Zusagen vom 7.11.78 hilfsweise die Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen zu einer interaktionsfähigen Gruppe. Karl-Heinz Dellwo ist am 7.11.78 – einen Tag nach der Besetzung des dpa-Büros in Frankfurt, wo gerade auch auf seine Haftbedingungen aufmerksam gemacht werden sollte – in der JVA Köln-Ossendorf die verbindliche Zusage gemacht worden, ihn in den Normalvollzug zu integrieren. Nachdem dies etwa einen Monat lang in der JVA Köln-Ossendorf auch praktiziert worden war, wurde er am 8. 12.78 in die JVA Celle verlegt. Dort blieb von den ihm gegebenen Zusagen nur noch die totale Isolation übrig! Das zuständige Strafvollzugsamt in Celle hat auf Anweisung des niedersächsischen Justizministeriums – trotz gegenteiliger positiver Stellungnahme der Anstaltsleitung – in einem Widerspruchsbescheid vom 18. Januar 79 ausgeführt, daß "die unausgesetzte Absonderung in Einzelhaft vielmehr von vorneherein die einzig richtige und verhältnismäßige Maßnahme der Anstalt darstellt"! Daraufhin ist Karl-Heinz Dellwo in den unbefristeten Hungerstreik getreten.
Weitere Informationen über:
Rechtsanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6 Frankfurt/M.
Tel 0611/490392



AMNESTIE

Fritz Teufel, seine Familie, der Unsinn und die Spaßguerilla, von ihm selbst im O-Ton, oder auch U-Ton.

DAS MÄRCHEN VOM BÄR UND VOM SPASSMACHER

Es war einmal ein Bär und ein Spaßmacher. Der Bär war ein



richtiger Bär. Er war gutmütig und stark und mutig. Er liebte die Kinder und den Honig. Und wurde nur böse, wenn man ihn reizte. Und der Spaßmacher war ein richtiger Spaßmacher. Er war nicht so stark und mutig wie der Bär, aber gutmütig und voller Einfälle, über die er manchmal selber lachen mußte, weil er keinen anderen fand, der darüber gelacht hätte. Auch der Spaßmacher liebte die Kinder und wurde nur traurig, wenn er sie weinen sah.

Der Bär und der Spaßmacher waren Brüder, die viele Streiche gemeinsam ausführten. Vieles was schwierig schien, wurde gut, wenn der Mut und die Stärke des Bären und die Einfälle und die gute Laune des Spaßmachers zusammenkamen.
Sie versuchten auch voneinander zu lernen. Und manchmal trennten sich ihre Wege. Denn der Bär konnte auch Wege gehen, für die der Spaßmacher zu schwach war. Und der Spaßmacher liebte noch mehr als der Bär die Abwechlung.
Der Bär hieß mit Vornamen Bankräu.
Der Spaßmacher hatte viele Namen, weil er die Abwechlung liebte. Und das Versteckspiel. Er war auch dauernd dabei, sich selbst und alle anderen umzutaufen. Die politischen Parteien schlossen ihre Programme vor ihm weg, weil sie Angst hatten, daß er Unordnung in die Reihen ihrer Anhänger brachte, und die Begriffe aus den Weisheiten der Väter verwirrte. Der Spaßmacher war auch ein bißchen sonderbar im Kopf. Weil es ihm schien, daß alle Dinge und Personen sich ständig änderten, verwirrte es ihn, wenn die anderen ihn und alle anderen Personen immer mit Namen riefen, die nicht mehr stimmten.
Wenn der Spaßmacher nachdenklich war, dann dachte er, er wäre klug. Wenn der Spaßmacher traurig war und dazu gab es viel zu viele Gründe, hielt er sich für einen armen Teufel.
Bankräu Bär und der Spaßmacher liebten dasselbe Mädchen. Die war so voller Anmut und Zauber, daß sich alle Leute nach ihrer Gesellschaft sehnten. Einige hätten es nicht gewagt, das zuzugeben, aus Angst, daß man sie auslachte. Mit einem einzigen Lächeln konnte sie die Kinder glücklicher machen, die Bären mutiger und die Einfälle der Spaßmacher witziger. Das Mädchen hieß Alleswir Danders. Und manchmal kam es sogar dazu, daß der Bär und der Spaßmacher, die ja Brüder und gute Freunde waren, sich stritten, wem das Lächeln der schönen Alleswir Danders gegolten hatte.

Darüber vergaßen sie manchmal fast den gemeinsamen Feind von Mädchen, Bär und Spaßmacher, der das ganze Volk unter seine Knute zwang, der aus seinem dicken Geldsack viele Helfershelfer bezahlen konnte. Dieser eklige Türann hieß Seine Kaiserliche Majestät Professor Doktor Aufsichtsratsvorsitzender Richter Seine Prinzfürstliche Eminenz von und zu Daswarscho Nimmerso. Da dem Volk seine vielen Titel zu lang waren, nannte es ihn kurz und treffend Arsch, eine Abkürzung für Daswarscho. Dem Spaßmacher allerdings machte es Spaß, alle Titel von dem Herrn Arsch höhnisch aufzuzählen und immer noch neue dazuzuerfinden. Manchmal gelang es sogar dem Arsch mit seiner ganzen Macht und seinen Bütteln den Bär und den Spaßmacher in Ketten zu legen. Und das hätte er am liebsten auch mit der schönen Alleswir Danders gemacht, der er nicht gönnte, daß sie besaß, was er sich mit all seinem Geld nicht kaufen konnte: die Herzen der Menschen. Aber er konnte sich nicht offen an ihr vergreifen, weil er sonst alle gegen sich empört hätte und versuchte sie mit Reichtum und Lügen für sich zu gewinnen. Und mit der Drohung, den Bär und den Spaßmacher und alle über die er Macht hatte, zu quälen, wenn sie ihm nicht zu Willen war. Manchmal ging die schöne Alleswir Danders zum Schein auf die Wünsche des Herrn Arsch ein, um ihn zu täuschen.

Eines Tages, das Ende des Märchens war noch immer nicht abzusehen, hatten sich der Bär und der Spaßmacher ein wenig gestritten und als der Spaßmacher alleine war, dachte er darüber nach und schrieb zwei Gedichte. Er schrieb ein kurzes Bärengedicht, weil er über den Bär noch zu wenig nachgedacht hatte und ein längeres, schwer verständliches Spaßmachergedicht, das war nur Teil eines langen Selbstgesprächs, das er mit sich führte, weil der Herr Arsch ihn dazu verurteilt hatte, dreiundzwanzig Stunden am Tag alleine zu sein.

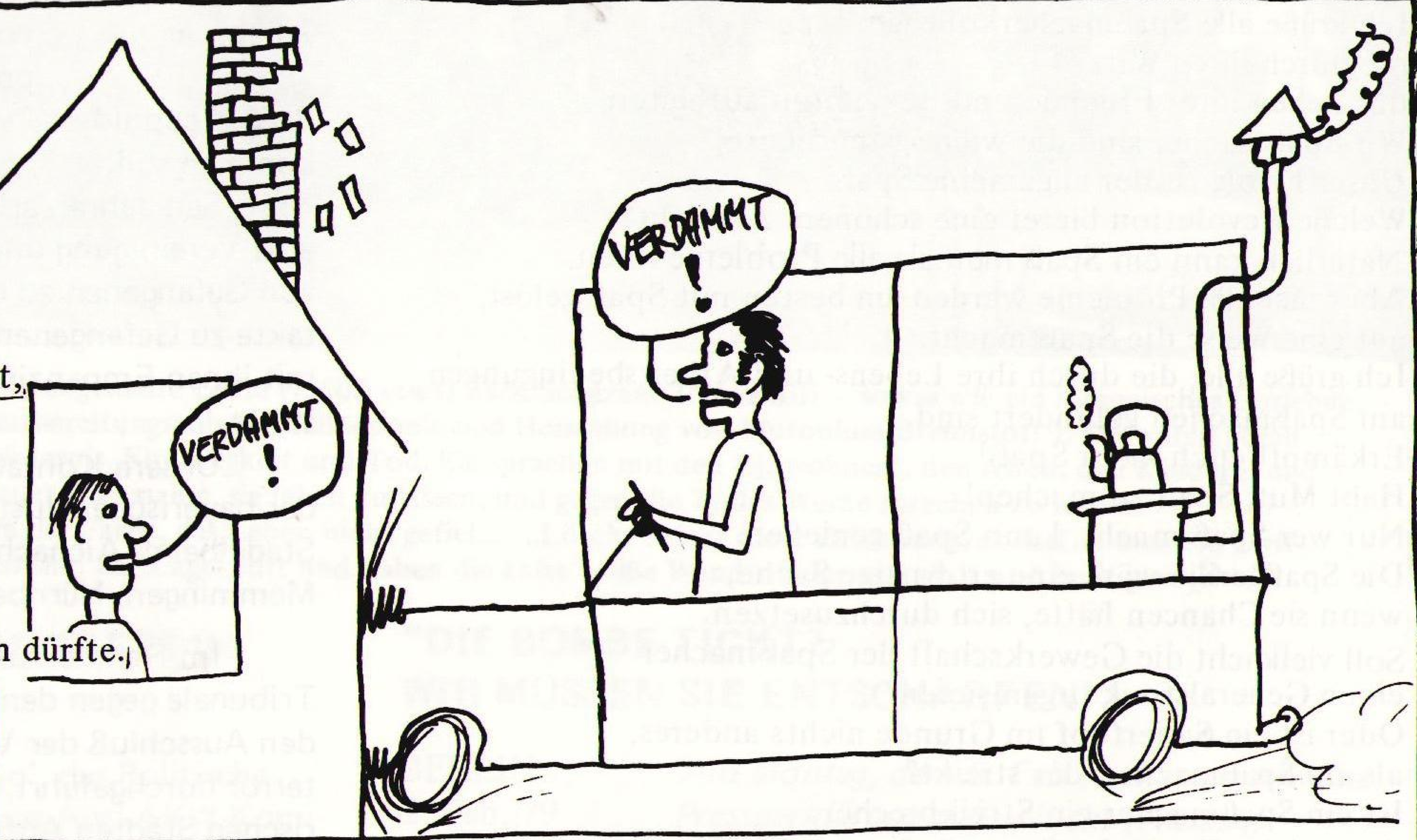
Zuerst das Bärengedicht:

Bären sind lustige Tiere.
Außer wenn sie sich selbst einem anderen
aufbinden wollen.
Das Proletariat ist bärenstark
und kann vom Kapital nur mit Hilfe
seiner eigenen proletarischen Kräfte
gefesselt werden.
Der Tag, an dem wir uns befrein,
wird auch ein Fest für Bären sein.
und wenn sich alle dann befrein,
wird's auch Verdienst der Bären sein.

Und nun kommt das Spaßmachergedicht
(Vorsicht Bandwurm):

Materialismus und Idealismus . . .
Es sagt sich so leicht:
Ich bin Materialist.
Ich bin Idealist.
Als ob nicht Materialismus und Idealismus
in unseren Schädeln einen dauernden Krieg führten.
Was ist eigentlich Materialismus?
Was ist Idealismus?
Ist es denn nur die Frage,
was zuerst da war,
Geist oder Materie?
Sein oder Bewußtsein?
Chaos oder Ordnung?
Sinn oder Unsinn?
Spaß oder Frust?
Wie sehr dem Menschen am Sinn gelegen ist
(also am Idealismus)
zeigt seine häufige Mißmutsäußerung:
Was ist denn das für ein Unsinn.
Das ist sehr leichtfertig von uns.

Denn so können wir den gefährlichsten Feind nicht kennenlernen,
der so oft in der Maske unseres besten Freundes einherkommt.
Denn weil wir zuwenig über Sinn und Unsinn unsres Tuns nachdenken
machen wir soviel Unsinn.
Dies gilt auch für Revolutionäre.
An jeder Weggabelung
führt ein Weg nach Unsinnhausen
und einer nach Utopia.
Wir wissen nicht,
ob die, die vor uns da waren,
die Schilder vertauscht haben.
Manchmal sind gar keine Schilder da
oder sie sind unleserlich geworden, verwittert, geklaut.
Manchmal ist es Nacht um uns her:
wir merken garnicht, daß der Weg sich gabelt,
oder irren, Gabelung oder nicht,
querfeldein vom Weg ab.
Und eigentlich wissen wir garnichtmal so genau,
wies in Unsinnhausen, im Chaos, in der Hölle aussieht.
Und wie im Sinnland Utopia, dem himmlischen Paradies,
in der besseren menschlichen Ordnung.
Und manche wollen einen utopischen Unsinn,
manche eine ordentliche Hölle,
manche ein paradiesisches Chaos.
Wer aber hat recht?
Die Spaßgerilja,
die Unsinn vorspielt,
um Sinn zu ernten.
Was wir brauchen ist politischer Humor
und humoristische Politik,
ist kriegerischer Humor
und ein humoristischer Klassenkrieg,
wo wir den Feind, die menschliche Dummheit,
überwinden könnten ohne Blutvergießen.
Wir brauchen eine gewaltige Kriegslist,
größer als die des Odüseus vor Troja.
Wenn das Leben Spaß machen soll,
müssen wir einander mehr Spaß machen.
Das Spaßmachen ist eine zu ernste Sache,
als daß man sie einigen Fachidioten überlassen dürfte.
Dies sage ich als Amatör-Spaßmacher,
nicht als Fach-Idiot.(wie ich hoffe)
Als Einmannbetrieb des Spaßmachens,
mit den ersten Versuchen, hinter mir,
in kleinen Kollektiven Spaß zu machen.
Mit dem Ziel vor Augen,
die Bewegung der Spaßmacher so zu organisieren,
daß es Spaß macht.
Dies sage ich, Firiz Seytan,
wohnhaft in der Hölle von Moabit,
einem ziemlich heißen Kessel,
einer Spezialabteilung der großen Hölle,
die die früheren Menschen und die jetzigen Menschen
den jetzigen Menschen und den künftigen Menschen bereiten.
Wir fragen zuwenig nach dem Zusammenhang
von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft,
nach Sinn und Unsinn der Geschichte.
Ich behaupte nicht, daß es
eine befriedigende Antwort gibt.
Ich sage nur, wir müssen mehr danach suchen.
Suchet, so werdet ihr finden!
Lebt bewußt, so werdet ihr erleben!
WOHN HAFT also in einem ziemlich heißen Kessel,
wie ihn auf die Dauer kein Teufel aushält,
und doch so viele arme Teufel bis auf den heutigen Tag
haben aushalten müssen
und schlimmeres.
Wissenschaft, Technik und Industrialisierung,
Geschichte, Politik und Sprache,
Musik und all die anderen Künste,
Sexualität, Erotik und Liebe
haben doch einen Sinn.
Nämlich dann, wenn sie Spaß machen.
Alles hat mehr Sinn und macht mehr Spaß,
wenn es sich gegenseitig durchdringt.
Wir brauchen erotische Wissenschaft und wissenschaftliche Erotik,
eine poetische Technik und technische Poesie,
musikalische Politik und politische Musik.
Wir brauchen liebevolle Sexualität und sexuelle Liebe.
Wir brauchen allerdings keine industrielle Sexualität
oder sexuelle Industrie,
jedenfalls dürfen wir sowas nicht Beate Uhse überlassen
und auch nicht der profitorientierten,
männerbornierten Wissenschaft.
Der Nutzen der Pille ist umstritten.
eine Männerpille . . .
aber da protestiert schon die Mehrheit der Tüpen.
bei der Frauenpille hat die Mehrheit der Tüpen nicht protestiert.
Oder was bräuchten wir Pillen,
wenn wir einander wirklich lieben würden
und kinderfreundlich wären?
Vielleicht würde es dann genügen, aufzupassen,
und wenn wir uns doch vergäßen, weils so schön ist,
es wär nicht so schlimm.
in einer nicht kinderfeindlichen Gesellschaft.
Kinderfeindlichkeit und Sexualunterdrückung
sind zwei Formen von Lebensfeindlichkeit
und Unmenschlichkeit schlechthin.
Die Rache der zu kurz gekommenen



und die Dummheit der an der Entfaltung gehinderten
und selbstverständlich der Si Ai Ei stecken dahinter.
Dies heißt nun nicht:
Wenn wir den ganzen Tag vögeln,
daß dann alle Probleme gelöst wärn.
Die Vögel sagen wahrscheinlich „menscheln" dazu.
Die Teufel vielleicht „engeln"
und die Engel „teufeln".
Aber fürs Vögeln gilt dasselbe wie fürs Spaßmachen:
Es passiert viel zu wenig
und es passiert mit zuwenig Verstand.
Denn uns ist nicht gedient
mit sexuellen Apparaten und mechanischem Vögeln
oder mit fantasielosem Witz:
Dreimal die Woche derselbe Spruch,
da biste bedient und hast genuch.
Vorausgesetzt, den Fall, es ist
so, daß das schon alles ist.
Als Amatörspaßmacher
und Schefpropagandist der Spaßgerilja,
der ich sein muß.
solange es mir noch nicht gelungen ist,
einen zweiten Menschen zu finden,
der so ernsthaft wie ich
für die Ideen und Ziele der Spaßgerilja sich angaschiert.
Doch bin ich nicht ganz allein.
Ich grüße die in den Medien der H u morlosen
als Partisanen integrierten Spaßmacher:

Nina Hagen, Udo Lindenberg, Otto Waalckes, Fredi Fesl,
Sepp Maier, Willi Lippens, Rudi Carell,
Ingrid Steeger, Romy Haag
und um zu zeigen, daß der Begriff sehr weit
und in Bezug auf die Inhalte nicht elitär gefaßt werden soll,
nenn ich noch Caterina Valente und Peter Frankenfeld,
aber darüber ließe sich streiten.
Ich grüße Gerhard Seyfried und Thorwald Proll
und Bertolt Brecht und Heinrich Böll,
Ton, Steine Scherben und die Flying Lesbians
Patti Smith und Wilhelm Busch
und alle fortschrittlichen Künstler und Schriftsteller.
Ulrike Meinhof und Peter Paul Zahl,
Robert Jarowoy und Peter Schult,
Woody Allen und Karl Valentin,
Charly Chaplin und alle 4 Marx-Brüder
und all die vielen Engels-Schwestern.
ich grüße all die unbekannten
fortschrittlichen Künstler und Kulturschaffenden
und Schausteller und Clauns und Artisten
und Musikanten und Abenteurer
und die Märchenerzähler
und alle Menschen, die grade zärtlich miteinander umgehn.
Ich grüße alle Spaßmacherkollegen,
die durch ihren Witz
das Leben ihrer Freunde und Bekannten aufheitern.
Wir Spaßmacher sind die wichtigsten Leute.
Unser Erfolg ist der allgemeine Spaß.
Welche Revolution bietet eine schönere Aussicht?
Natürlich kann ein Spaß niemals alle Probleme lösen.
Aber fast alle Probleme werden am besten mit Spaß gelöst,
auf eine Weise die Spaß macht.
Ich grüße alle, die durch ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen
am Spaßmachen gehindert sind.
Erkämpft euch mehr Spaß!
Habt Mut, Spaß zu machen!
Nur wer Spaß macht, kann Spaß genießen.
Die Spaßgerilja wäre eine großartige Sache,
wenn sie Chancen hätte, sich durchzusetzen.
Soll vielleicht die Gewerkschaft der Spaßmacher
einen Generalstreik organisieren?
Oder ist ein Sauertopf im Grunde nichts anderes,
als ein Spaßmacher, der streikt?
Ist ein Spaßmacher ein Streikbrecher,
der aus der Front der Sauertöpfe ausbricht?
Den Eindruck hab ich oft.
Wir brauchen mehr Spaß und Fantasie,
sonst ändert sich das Leben nie.
Und ich grüße alle Kinder
und alle, die Kinder lieben.
Denn alles was ich sagen will,
ist vielleicht ein bißchen kompliziert ausgedrückt,
aber für Kinder selbstverständlich.
Jedes Kind versteht Spaß.
Wir müssen viel mehr mit Kindern reden.
Wir müssen Kindern besser zuhören.
Wir müssen bessere Bücher und Filme für Kinder machen
und mit Kindern bessere Bücher und Filme für Erwachsene.
Wir müssen mit den Kindern, für die Kinder ne bessere Welt machen
Wir müssen selber wieder werden wie die Kinder.
Kinder sind geborene Spaßmacher.
Erwachsene sind in den Augen der Kinder
und somit tatsächlich
eine kriminelle, lebensfeindliche, bewaffnete Bande,
mit allen möglichen Machtmitteln in den Händen,
die sie von Toten geerbt haben.
Die revolutionäre Klassenanalüse
orientiert sich in den Augen des Spaßmachers
an der Frage,
ob es den Kindern Spaß macht,
ein freier Geist
oder das gesetzlich geschützte Privateigentum?
Allgemeine Zärtlichkeit
oder allgemeines Kopfschütteln
über jede Abweichung von einer eingebildeten Norm
und den festen Maßstäben rechten und linken Spießertums? ?
Kinder wollen spielen,
Menschen sind Abenteurer.
Damit alle spielen können, darf keiner
den Spielplatz, die Welt, zerstören.
Damit alle spielen können,
darf keiner die Mitspieler zerstören;
umbringen oder knechten.
Revolutionäre Gewalt
darf sich nur gegen die gefährlichsten Spielverderber richten.
Ein Lachen wird es sein, das sie beerdigt.
Verlacht die Spaßverderber und die Verwachsenen
wo ihr sie trefft! (die Erwachsenen),
Kinder und Narren reden die Wahrheit . . .
wie wahr! wie wahr!

Hier endet der trostlose Monolog des Spaßmachers, den er zwecks seelischem Verfassungsschutz aufgeschrieben hat. Wie das Märchen weitergeht? wer weiß, wer weiß.

FRÜHLINGSFEST

MÜNCHEN 7.Februar Das KOLLEKTIV ROTE HILFE MÜNCHEN veranstaltet in diesem Jahr ein Frühlingsfest, und zwar am **16.März 1979 im Schwabinger Bräu, Leopoldstraße 82**, dessen Reinerlös den Gefangenen zugute kommen soll.

Seit Jahren arbeitet das Kollektiv Rote Hilfe München, eine Vereinigung undogmatischer Linker, daran, die Isolation von Gefangenen zu durchbrechen, indem sie von außen Kontakte zu Gefangenen knüpft und in der Auseinandersetzung mit ihnen Empanzipations- und Solidarisierungprozesse unterstützt.

Unsere Kontakte bestehen hauptsächlich zu Gefangenen der bayerischen Justizvollzugsanstalten Straubing, Kaisheim, Stadelheim, Aichach, Bernau, Landsberg, Bayreuth, Amberg, Memmingen, Nürnberg, Ebrach und Niederschönfeld.

Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit wurden mehrere Tribunale gegen den Strafvollzug in der BRD, die Isolationshaft, den Ausschluß der Verteidiger und den zunehmenden Polizeiterror durchgeführt, außerdem wurde in verschiedenen bayerischen Städten Aufklärungsarbeit über die Mißstände in den Knästen geleistet und dabei viele Solidaritätsunterschriften gesammelt. In Zusammenarbeit mit der Münchner Stadtzeitung ‚BLATT' und Verlagen veröffentlichen wir einige Dokumentationen (‚Ausbeutung im Knast' und ‚Arrest in Kaisheim') und zahlreiche Artikel über besondere Härtefälle in den bayerischen Strafanstalten.

Außer einem intensiven persönlichen Einsatz sind auch finanzielle Mittel notwendig, um Rechtsbeihilfe, Pakete, Zeitungen, Bücher, Briefmarken etc. zu finanzieren. Ferner stellt sich in der Entlassenen-Gruppe ständig das Problem der Arbeits-, und Wohnungsbeschaffung für entlassene Gefangene, die meist ohne jegliche finanzielle Mttel dastehen.

Um diese Mittel aufzubringen, wollen wir auch diesmal wieder ein Frühlingsfest veranstalten, und wir bitten Sie, uns dabei zu unterstützen, indem Sie uns Bücher, Schallplatten, Graphiken, Broschüren, Manuskripte, Drehbücher, Plakate,Poster und andere Gegenstände, die sich für eine Versteigerung, eine Tombola und einen Flohmarkt eignen, zur Verfügung zu stellen. Die Postanschrift für die Sachspenden lautet:
Peter Schult, Hauptpostlagernd, 8 München 2

Falls Ihr für einen Besuch unseres Festes keine Zeit habt und auch keine Sachspenden zur Verfügung stellen könnt, sind wir natürlich auch für eine Geldspende dankbar und bitten, dies auf das **Postscheckkonto 28 40 57 - 809 (Helmut Strobl, Sonderkonto) beim Postscheckamt München** zu überweisen.

KOLLEKTIV ROTE HILFE MÜNCHEN
Stadtteilzentrum Milbertshofen, Nietzschestraße 7 b,
8000 München 40

ID ÖKKO-LOGGIE



„Es kamen eines Tages junge, sympathische, laute, angemalte Leute (1.500 etwa) nach Scanzano (Nova Siri – sowas wie ein italienisches Gorleben, geplant sind der Bau von: Lagerbecken, Wiederaufbereitungsanlage, Mülldeponie und Herstellung von Plutonium-Brennstoff). Sie waren gegen Atomkraftwerke, die Bringer von Traurigkeit, Düsternis, Eintönigkeit und Tod. Sie sprachen mit den Einwohnern, den Alten, den Kindern, und alle gemeinsam beschlossen wie eine häßliche Mauer anzumalen, sie leben zu lassen, und gegen die Todes-Werke sprechen zu lassen. Aber es gab auch einen bösen Bürgermeister, dem die Farbe, das Leben nicht gefiel...: „Löscht sofort diese Zeichnung; es darf in meinem Dorf nichts Lebendiges geben!" (...) Nun, diese Jungen sind zurückgekehrt und haben die kalte weiße Wand wieder angemalt und bunt gemacht."

EINLADUNG ZUM ANTI-ATOMKONGRESS IN GENUA

GENUA
5. Februar 79

Die Zeitschrift 'Rosso vivo', das Politische Komitee Enel aus Rom, das Anti-AKW-Komitee von Genua (Arbeiter der Nira, Ansaldo-Sampiedarena, Ansaldo-Campi), das anti-atomare Komitee von Piacenza und das anti-atomare Komitee der Trisaia organisieren einen Nationalen Kongreß „gegen den Atomenergieplan und dan kapitalistischen Gebrauch der Energie" in Genua am 24. und 25. Februar 79.

'Rosso vivo' = 'lebendiges Rot' – „Gegen die dreckige Welt des Unternehmers"
Enel = Staatliche Elektrizitätsgesellschaft; eine Behörde, die dabei ist, sich in einen Multi zu verwandeln
Nira, Ansaldo = Unternehmen, die sich an der Produktion von AKWs beteiligen
Piacenza = von Mailand 80 Km entfernt liegende Stadt
Trisaia = Standort der Atomanlagen bei Nova Siri

Zu dem Kongreß sind alle Genossen, alle politisch organisierten Kräfte, die das Ziel haben, eine Widerstandsbewegung gegen AKWs in Italien und in der ganzen Welt undsoweiter ... aufzubauen...
Die Kongreß-Vorbereitung erledigt das 'Centro di Documentazione di Porta Soprana, Via di Porta Soprana 45 rossa, Genova. Es ist möglich, die Teilnahme telefonisch mitzuteilen, und zwar unter folgenden Telefonnummern:
Genua: Paolo Arado, Tel. (00 39 10) 54 87 319 während der Bürozeiten, oder (00 39 10) 28 12 13.
Rom: (0039 6) 85 39 220, 85 39 215, Radio Onda Rossa: 49 17 50

Wir hoffen, daß an die Teilnahme nicht besonders revolutionäre Sprach- bzw. Redestile geknüpft sind — zwei ID-Nachteulen.

"DIE BOMBE TICKT? WIR MÜSSEN SIE ENTSCHÄRFEN!"

BERLIN
2. Feb. 79

Am Montag, dem 5. Feb., bekamen wir eine Presseerklärung zugeschickt (Auszug):

"Heute Mittag wurden in den Büroräumen der Werksvertretung der Firma Merck in 1 Berlin 30, Rankestr. 33, ca. 100 l Milch vergossen. Folgende Geschehnisse veranlaßten uns, die 'Aktionsgruppe Umweltschutz', die symbolische Notwehraktion durchzuführen:

Seit 2 Wochen hat die Presse Kenntnis von einer neuen Umweltkatastrophe, deren gesundheitsschädliche Auswirkungen vergleichbar sind mit denen von Seveso. Bei der notwendigen öffentlichen Diskussion um die atomare Zeitbombe war das Ticken der chemischen Zeitbombe in den Hintergrund getreten. Jetzt ist es wieder hörbar geworden....

Mit der heutigen Aktion haben wir in gewaltfreier Form gegen das verbrecherische Zusammenwirken von Behörden und Verursachern protestiert.

Wir fordern:
– Die strafrechtliche Verfolgung der Verursacher und der beamteten Schreibtischtäter!
– Die vollständige Beseitigung aller vergrabenen Gifte und ihre umweltschonende Vernichtung oder zunächst ihre Lagerung in gesicherten Tiefdeponien.
– Die vollständige Entschädigung der vernichteten landwirtschaftlichen Betriebe.

Da sich die politischen Konsequenzen bisher im personellen Ämtertausch erschöpften, appellieren wir an alle Bürger und gesellschaftlichen Gruppen, die Firma Merck und die Behörden zur Erfüllung dieser Forderungen zu zwingen."

Aktionsgruppe Umweltschutz



dissma in Berlin komma west:





HOECHST VON FLASCHEN UMZINGELT

BERLIN
3. Februar 79

„Freitag, 13 Uhr 15 vor der Mensa in der Hardenbergstraße: Zwei VW-Busse der Firma „Ex und Hopp" halten auf dem Gehweg, schnell aber nicht hastig werden über 110 Pappkartons ausgeladen und die Wagen wieder weggefahren. Dann taucht eine Horde von 40 Menschen auf, greift sich so viel Kisten, wie jede/r tragen kann und durch den dichten Straßenverkehr gehts übern Damm vor die Tür der Firma „Hoechst AG". Und dann kommt der Inhalt der Pappkartons zum Vorschein:
Einwegflaschen, Einwegflaschen und nochmal Einfwegflaschen — und alle leer. Insgesamt werden 1600 Stück vor den Eingang fein säuberlich aufgebaut.
Der verdutzte Pförtner erscheint, bekommt eine Flasche besten Weines und ein paar Flugblätter in die Hand gedrückt und drückt seinerseits erstmal beide Augen fest zu. Schnell bleiben ne Menge Leute stehen, Flugblätter werden verteilt und zwei Transparente befestigt, auf denen das Ziel unserer Aktion erläutert wird. Während die letzten Flaschen herbeigetragen und aufgebaut werden, helfen spontan Passanten mit. Bei den Vorbeigehenden und Schaulustigen ist zu sehen, wie sehr ihnen die Aktion gefällt: 1600 leere Einwegflaschen sind ja eben auch ein nicht zu übersehendes Argument.

Auf ein verabredetes Zeichen hin verlassen alle den Ort des Geschehens; zurück bleiben die 1600 leeren Flaschen und eine Traube diskutierender Menschen, zu denen sich auch noch ein Vertreter vom Strompreisboykott gesellt, der sofort etliche Unterschriften bekommt und seinen Strobo-Kurier vertreiben kann. Von der gegenüberliegenden Mensa aus beobachten wir dann noch zwei Wannen mit Behelmten. Aber es gibt nichts zu knüppeln und die Jungs müssen wieder abziehen. Ein wohliges Gefühl macht sich in unseren Bäuchen breit, denen ein Schnippchen geschlagen zu haben und sie auch noch in ihrer Hilflosigkeit beobachten zu können. Da sie keinen Verantwortlichen finden können, schreiben sie mal eben den Menschen vom Strobo-Kurier auf. Zum Schluß fährt die Stadtreinigung die Flaschen ab, nicht etwa um sie wieder zu verwerten, sondern wie immer auf die Müllkippe zu schmeißen.
Derweil sitzen wir bei Kaffee und Kuchen und reden über die gelungene Aktion.

Warum Hoechst AG ?

Als der drittgrößte Konzern der BRD hat die Hoechst AG einen wesentlichen Anteil an der Planung und am Bau von Atomanlagen. Neben einer umfangreichen Palette von Kunststoffen, Schutzanstrichen und Fußbodenbelägen liefert sie auch radioaktive Stoffe für Atomanlagen. Gleichzeitig hat sie sich ihren Anteil am Geschäft mit dem Bau einer Atommüllfabrik (Gorleben) durch eine 20%ige Beteiligung an der Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) und durch eine 100%ige Beteiligung an der UHDE–Anlagenbau gesichert. Beide Gesellschaften sollen in Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg die Atommüllfabrik mitbauen.

Warum Flaschen ?

Allein bei der Verwendung von Einwegflaschen beträgt der Energieverbrauch das fünffache einer Mehrwegflasche, für die vor der Hoechst AG abgestellten 1600 Flaschen wurden 1600 Kilowattstunden verschwendet. Jährlich werden über drei Millionen Tonnen Wegwerfflaschen, Plastiktüten, Alubüchsen usw. hergestellt und landen nach einmaligem Gebrauch auf dem Müll. Darin stecken über 51 Milliarden Kilowattstunden verschwendeter Strom (Vergleich: 1977 wurde in allen AKWs der BRD zusammen 35,1 Milliarden Kilowattstunden produziert).

Kontaktadressen der West-Berliner/innen AKW-Gruppen:

Frauen gegen AKWs, c/o Brigitte Gröver, Stephanstr. 32, I/41, Tel. 79 58 331/Sanis (gegen AKWs): montags 19 Uhr, Chamissoladen, Willibald-Alexis-Str. 15, I/61, Otto, Tel.: 786 46 96 / Freie Universität, montags 18 Uhr, über der Kaffeeteria, Manfred Tel.: 693 82 58 / Technische Uni, donnerstags 19 Uhr, Machwerk, Reichenbergerstr. 133, I/36, Tel.: 612 1045 / Moabit, sonntags 16 Uhr, „Blauer Laden", Oldenburgerstr. 33, I/21, Petra Tel.: 392 2764 / Wedding, jeden ersten Donnerstag im Monat, IZ-Laden, Buttmannstr. 5, I/65, 19.30 Uhr, Peter Tel.: 395 1215, Norbert: 494 1967 / Montagsplenum aller Interessierten und Gruppen: Fabrik, Kurfürstenstr. 14, pünktlich um 18 Uhr."





Wer von uns wäre nicht gegen Gewalt, die andere Seite diskutiert nicht über Gewalt, sie übt sie aus und gießt sie in Gesetze.

WEM NEHME ICH EINE CHANCE

An Wolfgang Sternstein!

BREMEN *Brief eines Bremer Bürgerinitiativlers ....*
22. Januar

Du bist AKW Gegner, ich bin AKW Gegner! AKW Befürworter sind der Staat und seine Polithelfer, die Atomindustrie und viele Bürger. Wie kannst du bei klarem Verstand den Eindruck verbreiten, daß ich/wir dir eine Chance, mit deinen dir zur Verfügung stehenden Mitteln sich gegen das mörderische Atomprogramm und gegen die WAA sich zur Wehr zu setzen, nehme?

Nach deiner Definition, die keine ist, betrachte ich mich zu den "Universalisten" zugehörig. Obwohl du gegen Spaltungsversuche bist, betreibst du sie mit Worten.
Da sind scheinbar zwei verschiedene Widerstandskonzepte. Ich beschäftige mich nicht seit gestern mit diesen, trotzdem komme ich immer mehr dahin, daß es nicht um unterschiedliche Inhalte in den beiden Konzepten geht, sondern darum, daß das eine Konzept allen AKW Gegnern aufgedrückt werden soll. Ich meine hier das der BI Lüchow–Dannenberg. In allen Beiträgen, mündlich wie schriftlich, blieb bei mir immer der Eindruck haften, daß wir uns diesen Vorstellungen anpassen müßten, um in den Kreis der AKW Gegner und überhaupt in den Landkreis reingelassen zu werden.

Die zentrale Aussage in deinem Brief ist die, daß du davon ausgehst, daß das Konzept der "Universalisten" dein und euer Konzept behindert, ja sogar ausschließt. WO BITTE? Wo schließen sich die Widerstandskonzepte "von der Sache her gegenseitig aus"? Das kann doch wirklich nicht dein Ernst sein. Wenn ihr eine Aktion durchführt, z.B. vor einer Baufirma den Abtransport spezieller Maschinen durch einen Menschenteppich blockiert, oder auf dem Gelände, auf dem gebohrt werden soll, ihr rauf kommt und dieses besetzt, indem ihr dort ein Lager errichtet, und wir, die "Universalisten", eine Straße sprengen oder die Baumaschinen, bevor sie losfahren können, zerstören, die Masten für die Versorgungsleitungen der Baustelle sprengen, wo schließen sich diese Aktionen gegenseitig aus? ÜBERHAUPT NICHT!
Der Unterschied liegt nur in der Durchführung der Aktionen. Die eine wird mit vielen, vielen Menschen gemacht, die andere mit wenigen, die sich untereinander sehr gut kennen (z.Z. jedenfalls, besser wäre es schon, wenn das auch viele, viele Menschen machen würden).

Es geht hier auch nicht um die Angst bei der einen oder anderen Aktion. Meine Erfahrung ist die, daß über die Angst sehr viel diskutiert wird, daß man lernt sich mit ihr auseinander zu setzen, daß man trotzdem akzeptiert wird, wenn man bestimmte Aktionen nicht selber macht, jeder die Aktionen macht wozu er fähig ist. Das ist gut so und soll auch so bleiben.
Gewiß werden einige Menschen erschrocken sein, wenn sie von einem Sprengstoffanschlag erfahren. Die verschiedenen Aktionen werden verschieden aufgenommen und verarbeitet. Aber stell doch die Menschen nicht so blöd dar, daß sie nicht selber unterscheiden können, ob eine Aktion von der Sache her gut oder nicht gut ist. Wir sind gewiß einer Meinung darüber, daß wenn wir Leben schützen wollen, in dem wir gegen das Atomprogramm kämpfen, wir nicht Leben zerstören dürfen, um an unser Ziel zu kommen. Die AKW Gegner haben kein Leben gefährdet oder zerstört.

Der Staat und die Atomindustrie bedroht unser Leben. Die Bullen, als blinde Befehlsempfänger, haben uns geschlagen und verletzt, haben Vital Michalon ermordet. Wenn ich mich nicht selbst aufgeben will, muß ich mich auch zur Wehr setzen, wenn ich gegen das Atomprogramm kämpfe und dabei von den Bullen angegriffen werde, muß ich auch meine Fäuste zeigen, notfalls meinen Knüppel. Welche Mittel haben wir schon, um uns gegen die Mordinstrumente der Bullen zur Wehr zu setzen? Unsere sind leider sehr klein, ab und dann aber sehr fein!
Nichts trennt uns bei den verschiedenen Aktionsformen, sie ergänzen sich nur. Trennen will uns unser gemeinsamer Gegner. Trennen tut uns seine aus unseren Köpfen bisher nicht rausgeschmissene Ideologie, seine Sprache, seine Kategorien, in denen wir immer noch denken, in denen wir haften bleiben. Wollen wir eine alternative Energie aufbauen, dann kommen wir nicht umhin auch in anderen Bereichen alternativ zu werden, andere Strukturen aufzubauen. Oder willst du alten Wein in neuen Schläuchen? Wir müssen viel radikaler werden!

Wir sind uns NICHT so einig, "daß die Entscheidungsschlacht in den Köpfen der Bürger dieses Staates geschlagen wird und daß das eine politische und keine militärische Schlacht sein wird." Als AKW Gegner kämpfen wir nicht nur politisch gegen das Atomprogramm, sondern und das hat bisher unseren Erfolg wesentlich mit ausgemacht, auch praktisch. Oder willst du nur politisch arbeiten? Dann sag das aber auch. Gewiß, es ist notwendig die AKW Bewegung zu verbreitern. Was denkst du denn aber tun die vielen Stadtteilgruppen und BI's während ihrer täglichen Kleinarbeit? Wollen wir uns darauf konzentrieren die Bewegung nur zu verbreitern ohne praktischen Widerstand zu leisten, dann werden wir den Kampf gegen das Atomprogramm verlieren. Gleichzeitig müssen wir auch praktisch Widerstand leisten. Willst du solange Informationsarbeit leisten bis alle aktiven AKW Gegner frustriert sind, keine Kraft mehr haben zu kämpfen, einige Optimisten immer noch glauben, daß man durch Informationsarbeit nur die Bewegung verbreitern kann?

Wie geht es denn weiter, wenn "jedem Bundesbürger klargemacht wurde, daß die WAA ihn etwas angeht? " Willst du damit dann die WAA verhindern? Dann steht sie bereits!
Durch solch eine Politik wurde und wird kein Bauplatz zur Wiese. Nicht der erklärte Wille einen Bauplatz zu besetzen, haben viele AKW Gegner davon abgehalten sich an einer Demonstration zu beteiligen, sondern das ständige Geschwafel und Abwiegeln und Unterscheiden in "Gewaltfreie" und "Militante". Du und deine gleichgesinnten Freunde sollten vielmehr ihre Kraft darauf wenden klarzumachen, daß es nur in der Durchführung der verschiedenen Konzepte Unterschiede gibt, nicht aber in der Sache, daß sie sich nicht gegenseitig ausschliessen, sondern sehr gut ergänzen.

Ich habe den Satz X mal gelesen: "Ich werde mich von Saboteuren NICHT distanzieren, ich werde mich aber auch NICHT mit ihnen identifizieren oder solidarisieren. Wir haben ein anderes Widerstandskonzept, und im Rahmen dieses Widerstandskonzeptes nützt Sabotage nicht nur nichts, sondern schadet nur".
Was denn nun? Hast du eine eigene Meinung dazu, dann sprech sie aus, ob du nun für oder gegen Sabotage bist.
Stelle dich aber nicht hin und spiele den Liberalen. Du wolltest zu dieser Frage eine klare Antwort geben. Deine ist keine! Wann kommt sie endlich?

Keiner wird von dir verlangen, daß du duch mit den Saboteuren identifizierst, Personenkult wird schon genug betrieben, auch in der AKW Bewegung . Die Frage wäre, ob du so eine Aktion richtig findest, wenn sie z.B. die WAA behindert oder gar verhindert? Du sollst auch nicht fragen, ob so eine Aktion irgend ein Konzept schadet, sondern, ob dadurch der Atomindustrie ein Schlag versetzt wird. Das ist entscheidend!
Du schreibst: "es liegt an uns, ob wir uns gegeneinander ausspielen lassen (vorerst können unsere Gegner die Mühe sparen, wir besorgen das schon selbst)." Du meinst ja wohl, daß wir uns nicht ausspielen lassen, oder? Starke Zweifel wären jedenfalls angebracht, denn dein Beitrag ist nicht geeignet dem entgegen-

zu wirken, sondern setzt uns einer noch größeren Kriminalisierung aus, obwohl du dir wünschst, es wären mehr Atomenergiegegner von dieser Sorte in unseren Reihen.

N.N.



. . . und eine Antwort

Die Konfrontation ist wahrscheinlich schon so weit, daß ich nicht daran vorbeikomme, zu erklären, daß ich kein Konzept vertrete, auch wenn das, was ich zu tun gedenke, nicht das sein wird, was du vorhast. Ist dir das denkbar?

Du hältst es für wichtig, deine Kritik an W. Sternstein mit der Erkenntnis einzuleiten, daß es die andere Seite ist, die Gewalt ausübt. Das ist eine olle Kamelle. Gut, es gibt olle Kamellen, die es wert sind, häufig wiederholt zu werden, weil ihre banale Erkenntnis im Laufe der Diskussion droht, verloren zu gehen. Dazu zähle ich diese nicht, zumindest dann nicht, wenn sie so gebraucht wird wie jetzt wieder von dir.
Du tust so, als sei in dieser Erkenntnis eine ganz bestimmte Konsequenz angelegt. Als seien deine Aktionsvorstellungen die einzig konsequente Handlungsvorstellung und alle anderen seien mehr oder weniger inkonsequent. Dabei haben Leute, die die gleiche Erkenntnis hatten, die verschiedensten Schlüsse gezogen: ein Blockhaus am Walden gebaut, Bürgerinitiativen gegründet, Parteien aufgebaut, den Wilden Westen erobert oder neue Staatsapparate gebastelt.

Daß die Gewalt von der anderen Seite ausgeht, besagt wenig für die Diskussion von Widerstandsformen. Als ständig wiederkehrendes Argument benutzt, halte ich es für einen Trick: aus einer scheinbar klaren Einsicht eine scheinbar klare Konsequenz zu ziehen. Diese Klarheit spekuliert auf die Faszination, die sie ausübt. Nur stimmen tut sie nicht. Du erwähnst Vital Michalon. Die Empörung darüber, daß die Polizei ihn auf dem Gewissen hat, ist eine Sache. Aber bei mir nagt da von der anderen Seite noch etwas. Bei Malville war monatelang vorher klar, daß der Bauplatz eine Festung sein würde. Die CRS war auch nicht das erste Mal im Einsatz. Dennoch ist die Vorbereitung in Teilen der französischen Bürgerinitiativen so gewesen, daß auf eine militante Konfrontation hingearbeitet wurde. Es müsse mindestens so sein wie in Grohnde oder Brokdorf, sonst sei es kein Erfolg. Um, nachdem es einen Toten gegeben hat, in heiligen Zorn über Brutalität der "Befehlsempfänger", der Polizei auszubrechen, muß man seine eigene Geschichte schon ganz schön verbarrikadieren, muß man sich schon arg anstrengen, nicht weiter zu denken, als daß es ja der Staat ist, der Gewalt ausübt.

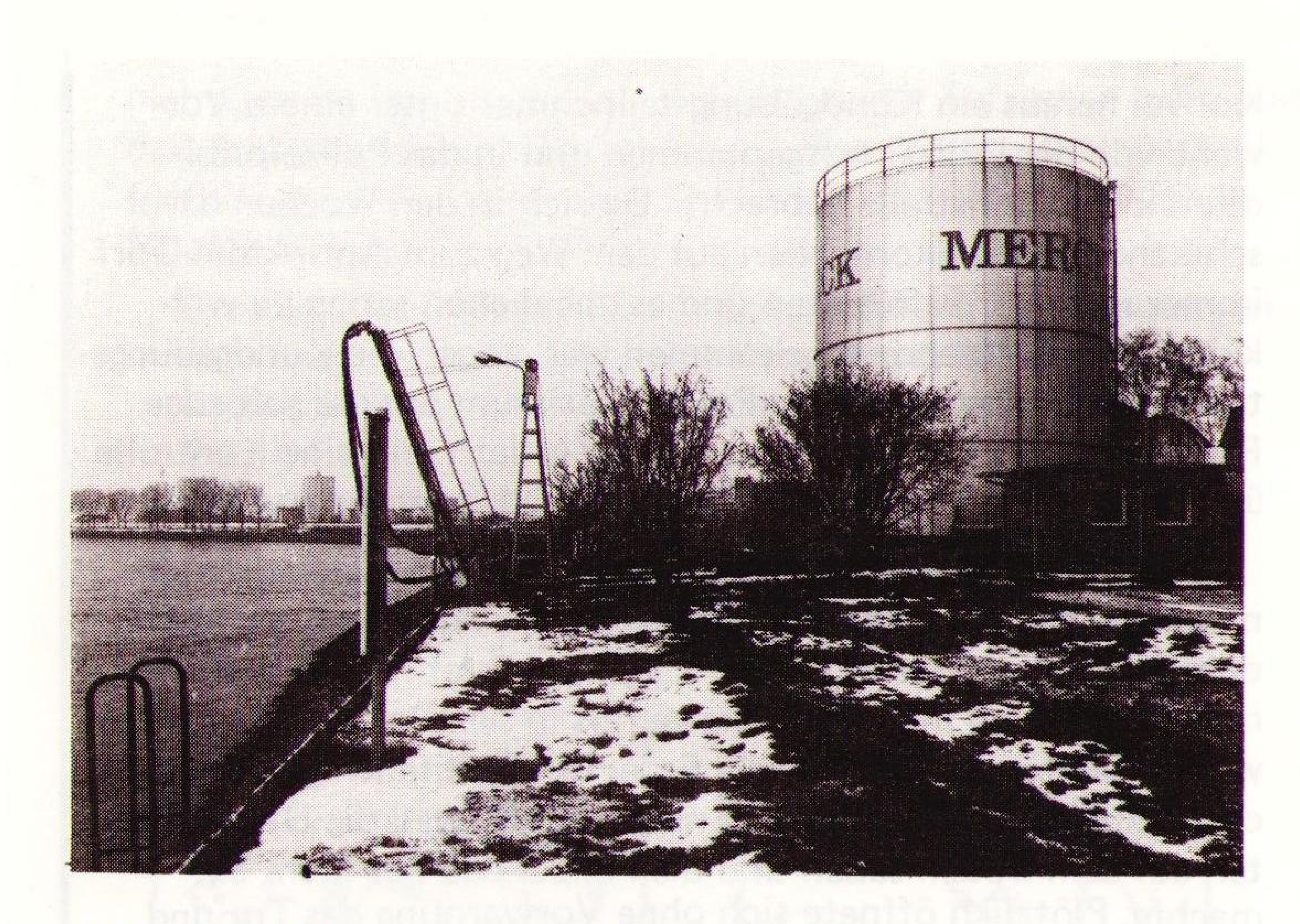
Da ich ein eifriger Anhänger des Regionalismus bin, habe ich noch dieses Problem: Daß die Atommüllfabrik gebaut werden soll, ist Ausfluß einer industriell-städtischen Gesellschaft. Die DWK und der Staat betreiben also so etwas wie Kulturimperialismus mit dem Export dieser industriellen Großtechnologie. Sie benutzen das Land als Kolonie für die Lösung ihrer ökonomischen Probleme. Und wir? Sind wir nicht nur die andere Seite dieses Kulturimperialismus, wenn wir unsere, in ganz anderen gesellschaftlichen Strukturen entwickelten Widerstandsformen mit exportieren, unbekümmert um die Ansichten und Probleme derer, vor deren Haustür dieser Konflikt dann ausgetragen wird, in Malville, Brokdorf oder Gorleben?

Deine Kritik der aufklärerischen Absichten ist mir wichtig, gerade auch, weil du "viele Bürger" als Befürworter schon im Griff hast, weil du darauf beharrst, daß die Menschen nicht zu blöd seien, um "selber unterscheiden (zu) können, ob eine Aktion von der Sache her gut oder nicht gut ist", und weil du offensichtlich davon ausgehst, daß die Leute gleichzeitig zu blöde dazu sind, die Erkenntnis, "daß die WAA (sie) etwas angeht", in Handlungen umzusetzen.
Sicher gibt es Aktionen, die für sich selbst sprechen. Aber zum Sprechen und Hören gehören immer zwei. Das, was eine Aktion sagen kann, hängt vom Erfahrungshintergrund derer ab, die es hören sollen.

Was du dazu sagst, kommt mir so vor wie die Äußerungen eines enttäuschten Berufsrevolutionärs von anno dunnemals: Damals war sein einziger Job die Vermittlung: die historische Tendenz mit den realen Klassenkämpfen, die Arbeiterklasse mit den Intelektuellen und sich selbst als Avantgarde den Massen. Damit konnte er keinen Hund hinter dem Ofen hervorlokken. Enttäuscht stellt er also j e d e Vermittlung ein. Dabei übersieht er, daß nicht der Versuch, sich zu vermitteln, kritikwürdig war, sondern nur, daß die Vermittlung von oben nach unten lief, es eine Vermittlung von abstrakten Sachen und Menschen war. Die selbstbestimmte Vermittlung eigener Sachen, eigener Betroffenheit, eigener Aktionen ist notwendiger denn je, wenn wir uns nicht in Atome auflösen wollen. Aktionen sprechen nur für sich, soweit sie erfahrbar bleiben.

Du behauptest zwar steif und fest, daß sich Widerstandsformen nicht ausschließen. Aber das meinst du gar nicht so ernst, oder? Wie kämst du sonst dazu , zu behaupten, daß der Widerstand, den die anderen leisten wollen, noch keinen Bauplatz zur Wiese gemacht hätte? Was wohl umgekehrt heissen soll: nur deine Widerstandsform könnte das. Aber kein Bauplatz ist heute endgültig wieder Wiese geworden, weder Wyhl noch Brokdorf, keine Widerstandsform hat mehr unmittelbaren Erfolg gebracht als die andere (allerdings glaube ich, daß andere als die militärische größeren unmittelbaren Erfolg hatten). Wahrscheinlich fällt dir dazu B. Brecht ein: "Wenn die Kämpfer gegen das Unrecht besiegt sind, hat das Unrecht doch nicht recht! Unsere Niederlagen beweisen nichts, als daß wir zu wenige sind . . ."
Aber daß "wir zu wenige sind", galt bisher für jede Widerstandsform. Du kannst das schlecht für dich allein in Anspruch nehmen. Es sei denn, du legst Wert darauf, dich als einziger "Kämpfer" anerkennen zu lassen. Wenn es denn für dich darum ginge, die richtige "revolutionäre Perspektive" unter die Massen zu bringen, brauchten wir uns nicht mehr über Widerstandsformen zu streiten. Denn dann würden wir etwas ganz Verschiedenes wollen.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortlicher Redakteur: isaac t. froehlich



Die eine Kuh sagt zur anderen: „MERCK-ST DU WAS ?"

DARMSTADT 3. Februar 79 *Wie inzwischen durch Lokalpresse, Frankfurter Rundschau und Fernsehen und Rundfunk und und hinreichend bekannt, gibt es im Raum Groß-Gerau einen Milchskandal. Die Giftmilch blieb nicht allein, auch das Fleisch ist vergiftet und die Gärten von Schrebergärtnern in Darmstadt und das Grundwasser und was da alles kreucht und noch nicht geflüchtet ist... Aus Darmstadt kam der folgende Milchbericht (siehe auch ID 265 und 266):*

„Wir, einige Darmstädter Milchtrinker, von der jetzt bekanntgewordenen Milchvergiftung betroffen und verängstigt, haben spontan beschlossen, nicht stumm und hilflos dazusitzen, sondern durch eine Aktion in der Stadt unserem Unmut Ausdruck zu geben. Obwohl die meisten von uns mit „spontanen Aktionen" keine Erfahrung hatten, wir kaum andere Leute erreichen oder zum Mitmachen begeistern konnten, entschlossen wir uns doch dazu, unseren „Plan" durchzuführen.

Dabei sollte es sich nicht um großangelegte Agitation, Aufklärung, Informationsvermittlung und und und handeln; wir waren uns von Anfang an darüber bewußt, daß diese Aktion angesichts der Gefährlichkeit der Milchvergiftung (und der weiteren Vergiftung, die noch nicht bekanntgeworden ist), angesichts der Macht von Merck, der Macht der Ministerien, sehr hilflos werden würde. Unser Anspruch war nicht: zu verändern, Bewußtsein zu schaffen, sondern: ein wenig Aufmerksamkeit zu erregen.

Die Aktion: Samstagfrüh, nach gemeinsamen Frühstück und „Aufputschen" (Freitag gab's einige Feste!) schminkten wir unsere Gesichter, die meisten bleich und „vergiftet", hängten uns Sandwiches um (mit Sprüchen wie: „Milch, von Merck geprüft und nachbehandelt", „Milch schmeckt jetzt nach MehrCK", oder „Vollmilch macht fit. Leber und Gehirn. Durch Hexachlordyclohexan"...) und zogen so (zu acht) in die Innenstadt. Ein Fanfarenbläser unter uns sorgte für etwas MehrCK Stimmung... Wir gingen in ein Kaufhaus und holten da — leider nicht umsonst — ein paar Milchtüten. Berechtigterweise fragte uns jemand, wieso wir diese Milch überhaupt noch kaufen!? (Dieses ließ sich nicht vermeiden: der Inhalt unserer Aktion machte es notwendig, daß wir die echten „Starkenburger" Milchtüten hatten und nicht, was wir uns auch überlegt hatten, weißes Wasser o.ä.). Wieder in der Fußgängerpassage packten wir mitgebrachte Plastikbecher aus (um die Giftkultur noch zu betonen) und fingen an, den Passanten Milch anzubieten und anzupreisen, wobei wir immer wieder betonten, daß diese Milch besonders vergiftet, daß sie von Merck gespendet sei (die in Darmstadt durch ihre hiesige Fabrik natürlich berühmt und berüchtigt ist), daß wir im „Auftrag von Merck" diese Milch verteilen.

Von den Reaktionen waren wir selber überrascht. Die meisten wollten unsere Milch nicht trinken, ließen sich auf Gespräche ein, fanden die Aktion gut, freuten sich, daß etwas passiert. Nicht einmal 'Papa Berst', unser Darmstädter Freund und Helfer, wollte sich ein Schlückchen genehmigen. Er guckte mit einem jüngeren Beamten zu, freute sich wahrscheinlich auch... Nur die wenigsten sagten: Na ja, Fortschritt, kann man nichts machen... oder: soll ich mein Bier auch nicht mehr trinken? . Sprüche, daß man uns vergasen sollte, und „kommunistische Milch trinke ich nicht" waren die Ausnahmen.

So zogen wir mit wachsender Begeisterung (und der uns gewährten Narrenfreiheit) durch die Innenstadt. Im Luisencenter (hiesiger Konsum-Bunker) wollten wir gerade einen Sketch aufführen, als uns 'Objekt-Schützer' etwas unfreundlich aufforderten, das Gebäude zu verlassen. Wir boten ihnen natürlich auch etwas Milch an und fragten nach Herrn Mengler (Besitzer des besagten Objekts), vielleicht wollte er auch ein Schlückchen. Auf beides ließen sie sich nicht ein, wurden aber etwas unsicher und sogar freundlicher. Raus mußten wir trotzdem.

Jedenfalls hat die ganze 'Milch-Aktion' nicht nur den Passanten, sondern vor allem auch uns selbst viel Spaß gemacht. Sie machte uns bewußt, wie einfach es ist, auch zu wenigen Aufmerksamkeit zu erregen, zum Teil dabei sogar Informationen zu vermitteln, Diskussionen anzuzetteln. Wie einfach es ist, die eigene Isolation zu durchbrechen .... Wir haben die Aktion fotografisch festgehalten und haben noch vor, Wandzeitungen für die Hochschulen zu machen, in denen vermittelt werden soll, daß nicht alle schweigen, in denen weitere Diskussionen und Aktionen angeregt werden sollen.

Joanna, Maria, Bernd, Inke, Klaus, Joachim, Lilo, Rosa, Rhönstr. 59, 61 Darmstadt."

Ein anderer ID-Leser aus Darmstadt möchte denen, die sich schon an die seit Jahren mit Hexachlorcyclohexan vergiftete Milch gewöhnt haben und sie nicht missen möchten, die kleine HCH-Zutat nicht vorenthalten. So kann man sie haben: Katalog der Firma Merck, Darmstadt, Bestellnummer 82 06 28 für 29,50 DM pro 250 Gramm. Die Familienpackung — ein Kilo für 103 DM.
Selbstversorgern noch den Tip: auch Graben auf dem Merck-Parkplatz in Gernsheim oder auf der Chemiemülldeponie bei Darmstadt-Arheiligen führt zum Erfolg...

DEN BOCK ZUM GÄRTNER GEMACHT

LÜCHOW-DANNENBERG Januar 1979 *Einige Bauern des Kreises Lüchow-Dannenberg sind auf ihre Standesorganisation „Landvolk" nicht gut zu sprechen. Sie warten immer noch auf ein klares NEIN ihrer Berufsorganisation zur Atommüllfabrik Gorleben (siehe auch Telefoninterview mit Landwirt Heinrich Pothmer im ID 266).*

Wie fern dieses Nein noch ist, wird aus dem Vorschlag des Landvolk-Vorsitzenden des Kreises Lüchow-Dannenberg, Voß, offensichtlich, den ehemaligen Oberkreisdirektor (OKD) Paasche zum Sachbearbeiter für Klagen von Landwirten gegen Schädigungen durch die Atomklo-Betreiberin DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) zu machen. Ex-OKD Paasche ist nämlich offener Befürworter der Atommüllfabrik! In mehreren Leserbriefen in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung" wehren sich die Bauern dagegen, von einem Vorsitzenden repräsentiert zu werden, der wohl auch ein sehr eigenes Interesse am Bau der Atommüllfabrik hat:

„Man höre und staune! Da hat doch Herr A. Voß, unser amtierender Landvolkvorsitzender, den Sympathisanten für die DWK und Befürworter der bisher in Europa einmaligen, an Risiko und Größe zu suchenden Giftmüllfabrik, den ehemaligen OKD Paasche als Sachbearbeiter für DWK- und Giftmüllgeschädigte vorgeschlagen.

Das ist doch wohl der Gipfel an Korruptheit und Frechheit und deprimierend für das gesamte Landvolk des hiesigen Kreises, das diese Maßnahme billigen soll. Wir Bauern sind auf einen guten Leumund der von uns erzeugten Produkte angewiesen. Ohne Zweifel werden wir nach dem Bau des größten Giftmüllgiganten mit dem Rufmord unserer Produkte rechnen müssen. Auch dann soll uns der oben angeführte Sympathisant vertreten? Wir würden schon heute für die letzten Hinterwäldler gehalten, wenn wir dieser Maßnahme des Landvolkvorsitzenden nicht entschlossen entgegenträten.

Mit Bestürzung muß man feststellen, wie kaltblütig und überheblich sich unsere demokratisch gewählten Volksvertreter über alle Skrupel hinwegsetzen und eine Industrie in unsere Heimat lassen, die keiner haben will. Vor Jahrzehnten wurde umweltfreundlichere Industrie total abgewiesen. Es gibt für diesen Wandel nur eine Erklärung: die ungeheuere Verschuldung der Gemeinden, Städte und des Landkreises. Die Bürger werden mit Aussicht auf einen Arbeitsplatz und der Phrase „Das Licht geht aus" willig gemacht. Da kann man nur sagen: Die Massen fangen stets erst dann die Lage zu bedenken an, wenn ihre schlechte Zeit begann.

Bauer H. Schramp, Ganse"

Der Bock im Landvolkgarten ?

„ ... Nun, staunen allerdings konnte hierüber nur der schlecht informierte Bürger. Genau genommen sitzt der Ziegenbock nämlich schon lange als Heger in unserem Landvolkgarten, und zwar in der Person unseres Vorsitzenden, ...
Wem das Verhalten unseres Landvolk-Vorsitzenden sonderbar anmutet, der sollte die Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 22.1. noch einmal sorgfältig lesen. In einer dort auszugsweise veröffentlichten DWK-Studie ist von der Ausbeutung eines Kiesvorkommens bei Weitsche die Rede.

Ob unser Landvolkboß sich da wohl finanzielle Hoffnungen machen darf ?

Sollten hier vielleicht auch die Erklärungen für das andauernde Beschwichtigen kritischer Bauern und für das DWK-angepaßte Herunterspielen von unvorhersehbaren Gefahren für unsere Landwirtschaft liegen? ...

Solange wir unsere Berufsvertreter noch selber wählen dürfen, gilt auch für uns der Satz, wir hätten genau die Vertreter, die wir verdienen! Sorgen wir also auch dafür, die Standesvertreter zu bekommen, die wir brauchen !

Alle Landwirte aus Teichlosen"



Gesinnungstäterschaft:

15 MONATE FÜR GROHNDE-DEMONSTRANTEN GEFORDERT

HAMELN 7. FEBRUAR

Im Sommer 1977 fand in Hameln eine Protestkundgebung gegen die drohende Räumung des Anti-Atom-Dorfes statt. Als ein Teil der Kundgebungsteilnehmer im Konvoi zurück zum Anti-Atom-Dorf fuhr, wurde aus dem Konvoi heraus ein Kundgebungsteilnehmer unter einem Vorwand von der Polizei festgenommen und in das Polizeipräsidium in der Lohstraße gebracht. Da sich in den Wochen davor schikanöse Polizeikontrollen auf dem Weg zum Anti-Atom-Dorf immer mehr gehäuft hatten und es dabei auch schon zu willkührlichen Festnahmen gekommen war, zogen die Kundgebungsteilnehmer spontan vor das Polizeipräsidium um die sofortige Freilassung des Festgenommenen zu fordern und eine Kontrolle über eine eventuelle Verschleppung nach Hannover zu haben.

Die Polizei reagierte auf die Forderung der Demonstranten nicht und gab auch keine Gründe für die Festnahme an. Nachdem die Demonstranten längere Zeit gewartet hatten und währenddessen auch mehrere Polizeiautos in den Polizeihof gefahren waren, setzten sie sich auf die Erde. Ein Streifenwagen der auf den Polizeihof wollte, konnte nicht hinein, weil die Demonstranten auf dem Boden saßen und die Polizei das Tor nicht aufmachte. Plötzlich öffnete sich ohne Vorwarnung das Tor und die Polizei stürmte heraus und begann sofort auf alle einzuknüppeln, die sie erwischen konnten.

Dabei wurden mehrere Demonstranten verletzt und zwei Demonstranten festgenommen. Beide wurden bei der Festnahme und auch später im Polizeigebäude schwer mißhandelt. Jürgen aus Hameln erlitt schwere Prellungen am ganzen Körper und am Kopf. Das Verhalten der Polizei in der Lohstraße und die Mißhandlungen, die Jürgen im Präsidium zugefügt w urden, lösten in der Hamelner Öffentlichkeit Betroffenheit und Empörung aus. Daraufhin ermittelte die Staatsanwaltschaft nicht etwa gegen die Schläger der Polizei, sondern eröffnete Strafverfahren gegen die beiden Festgenommenen. Jürgen wurde wegen Körperverletzung, schwerem Landesfriedensbruch und wegen Widerstand angeklagt. Eike wegen Widerstand.

Niedersächsische Landesregierung und AKW-Betreiber bereiten den Baubeginn in Gorleben vor, der Weiterbau in Grohnde droht in nächster Zeit. Da es ihnen nicht gelungen ist, der Bevölkerung einzureden, daß Atomkraftwerke ungefährlich und nützlich seien und inzwischen die Mehrheit der Bevölkerung Atomkraftwerke ablehnt, versuchen sie durch abschreckende Terrorurteile die Bevölkerung vom Widerstand gegen Atomanlagen abzuhalten. In diesem Zusammenhang sind jetzt der Prozeß gegen Jürgen und Eike und auch die folgenden Prozesse zu sehen. Das Plädoyer des Staatsanwalt Borchers, der sich schon in den bisherigen Grohnde-Verfahren besonders profiliert hatte, übertraf jegliche Erwartungen. Wir hatten schon vor Prozeßbeginn, als wir die Anklagepunkte erfahren hatten, angenommen, daß Eike im wesentlichen aus optischen Gründen mitangeklagt wurde (seine Anklage lautete auf Widerstand und war vom Gehalt her derart dünn) damit das Gericht jemanden zum freisprechen hat und Jürgen umso härter verurteilen kann. Der Staatsanwalt Borchers schlug dann auch nachdem er zwischenzeitlich mit einem grandiosen Schlenker auch Eike wegen schwerem Landesfriedensbruch angeklagt hatte vor, ihn „nur" mit einem Bußgeld von 150 DM zu belegen. Im GEgensatz dazu versuchte er Jürgen als großen Gewalttäter aufzubauen: Bei allen Hannoverschen Grohnde-Prozessen sei kein anderer Angeklagter dabeigewesen, der als Einzeltäter solche Energie gezeigt hätte, wie Jürgen. Zu Jürgens Aussage fiel Borchers nur folgendes ein: Er sei klug genug gewesen, das zuzugeben, was ihm zweifelsfrei nachgewiesen werden könne, habe aber ansonsten von seinem Recht als Angeklagter zu lügen, Gebrauch gemacht. Im übrigen gelte der Satz in dubio pro reo (im Zweifel für den Angeklagten) für Überzeugungstäter nicht und auch eine Bewährungsaussetzung der geforderten 15monatigen Haftstrafe komme nicht in Frage. Zwar müsse man davon ausgehen, daß Jürgen in seinem gesellschaftlichen Integrationsprozeß erheblich gestört würde, In diesem Fall aber müsse die Integration (und Resozialisierung) des Einzelnen hinter dem Interesse der Allgemeinheit zurückstehen. Es ist zwar noicht neu, daß in Prozessen gegen AKW-Gegner Exempel statuiert werden sollen und daß es von vorneherein

nicht um das Beweisen oder Widerlegen von Tatsachen geht, aber daß ein Staatsanwalt so offen sagt, daß er ein Gesinnungsurteil fordert, ist doch wohl selten. Die Urteilsverkündung findet am Montag dem 12. 2. 79 statt.

Die Hamelner würden sich freuen, wenn am Montag morgen noch ein paar mehr Leute aus der Gegend bei der Urteilsverkündung dabeiwären. Kontakt: Buchladen Hameln Tel.: 0 51 51 / 2 61 61





DIE SCHWULE VERWEIGERUNG



BERLIN 18. Dezember

Offener Brief an die Mitglieder und Symphatisanten der Alternativen Liste in Westberlin!

Mit großem Erstaunen haben wir festgestellt, daß, laut "Zitty" Nr. 25/1978 und "Radikal", innerhalb der AL (= Alternative Liste, siehe ID Nr. 258) noch ein Bereich Schwule mitarbeitet. Es scheint also ein weiteres Mal notwendig zu sein, klarzumachen, daß wir ausgestiegen sind.

"Anfangs dachten wir ja noch, daß das, was da so an Buntem und Alternativem entstand, auch etwas für Schwule sein könnte.

Je länger wir aber in der Alternativen Liste mitarbeiteten, desto mehr wurde deutlich, daß der Anspruch, eine Alternative darzustellen, immer mehr zu einer verbalen Angelegenheit wurde: ständig beschworen und nie richtig mit Inhalt gefüllt.

Unsere Erwartungen, als Schwule gleichberechtigt in der Alternativen Liste mitarbeiten zu können, und daß, was in der Schwulenbewegung anliegt, in die Alternative Liste einbringen zu können, wurde von Anfang an nicht so recht erfüllt. Wir wurden ständig weitervertröstet und durch Sachzwänge, die sich schnell verbreiteten, gebremst. Als sich dann am 3. November in der Neuen Welt die versammelte Linke eindeutig für einen Strukturvorschlag entschieden, der Bereiche nach ihrer Mitgliederstärke bewertet und dabei inhaltliche Kriterien außer Acht läßt und durch die Hintertür wieder Minderheiten einführt, war uns klar, das wir draußen sind!

Je deutlicher es wurde, daß sich die Alternative Liste an 5 %–Hürde, Wahlgesetz und Wahltermin orientiert, wurde uns die Rolle des enfant terrible zugeschoben. Egal, in welchem Teil des Kopfes nun bei manchen die Befürchtung steckte, daß "geschlechtlich Andersartige" (Roland Vogt) so heiß ersehnte Stimmen kosten könnten, war diese Befürchtung mehr oder weniger weit verbreitet. Dies führte nicht gerade dazu, daß eine lange anstehende Diskussion über das Thema Sexualität (nicht nur der Schwulen) angepackt wurde. Auch Alternative Politik darf heterosexuelle Normvorstellungen nicht angreifen!

Die Leute, die sich nun daran machen, alternative Politik zu betreiben, haben noch nicht begriffen, daß es nicht ausreicht, sich Alternativ zu nennen: eine solche Politik muß auch andere Formen für sich entwickeln, darf nicht in vorgegebenen Bahnen ablaufen. Bislang hat es die Alternative Liste nicht erreicht, diese Formen zu entwickeln.

Politik scheint nach wie vor Männersache zu sein, und da ist dann auch nicht dran zu rütteln. Die wirklich krampfhaften Versuche, wenigstens den Anschein zu erwecken, daß Frauen gleichberechtigt in der Liste mitarbeiten könnten, sprechen Bände. Es muß erst beschlossen werden, daß die Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung bei der Aufstellung der Kandidaten berücksichtigt werden, daraufhin wurden Anträge gestellt, die diesen Anspruch der Frauen wieder eingrenzen sollen usw. usf. ... Daß der Antrag der Frauen angenommen wurde, ist kein Zeichen dafür, daß man diesen Anspruch anerkennt, sondern wohl mehr die Erkenntnis: ohne Frauen läuft nix! Ein anderes Beispiel ist die Besetzung des Podiums bei Vollversammlungen: peinlichst wird darauf geachtet, daß auch eine Frau auf dem Podium sitzt. Diese Form der "Gleichberechtigung" ist nichts anderes als eine subtile Form der Frauenunterdrückung.

Die Alternative Liste hat sich in bürokratische und beengende Organisationsstrukturen drängen lassen. Eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte und inhaltliche Auseinandersetzung ist deshalb nicht gegeben, die Gleichrangigkeit der einzelnen Bereiche, die diese Liste tragen sollen.

Unsere Befürchtung, durch dieses Strukturmodell unter den Teppich gekehrt zu werden, war nicht aus der Luft gegriffen, sondern ist die Wirkung dieser Struktur. Da niemand zugeben will, daß er außer durch Berufsverbote, Zensur und Modell Deutschland unterdrückt wird, würde es allein unsre Aufgabe bleiben, auf die Unterdrückung der Sexualität aufmerksam zu machen. Ein hoffnungsloses Unterfangen angesichts der Heteromehrheiten, die sich immer wieder daran machen, unsere Vorstellungen durch Abstimmungen abzublocken.

In vier Jahren meldet sich die Alternative Liste vielleicht bei uns, falls sie bis dahin noch existiert und weit genug ist. Wir können unsere Energien im Moment jedenfalls besser in Projekten der Schwulenbewegung einsetzen, als bei der Alternativen Liste peinliches Anhängsel zu spielen.

Abschließend bleibt nur die Frage, was ist eigentlich an der Alternativen Liste alternativ, die eine parteiähnliche Struktur hat, die scheinbare Minderheiten schafft, die aufgrund von Sachzwängen keinen Platz mehr für inhaltliche Auseinandersetzungen hat und die Sexualität (jegliche) aus ihrer Politik ausklammert? "

Für uns hat sich nun leider ein weiteres Mal gezeigt, daß sich linke heterosexuelle Politik nicht mit schwuler Realität verbinden läßt.
Wie es auch ein Unding, ja schlicht eine Unverschämtheit und Provokation war, unsere schwulen Forderungen von Heterosexuellen abstimmen zu lassen. (Die Unterdrücker stimmen über die Aufhebung der Unterdrückung ab?)

Zum Abschluß möchten wir euch den wirklich gut gemeinten Rat geben, es euch mit der Kandidatur zu überlegen: sämtliche Argumente, die ihr (und vor einem 1/2 Jahr wir auch noch) ins Feld geführt habt, eine Alternative zur Wahl zu stellen, habt ihr in eurer Praxis selbst inzwischen ad absurdum geführt.

Kontakt: Die ehemalige Bunte Liste Schwulen vom SchwuZ i.A. Wolfgang-Martin Flamm

HEXACHLOROPHEN – ODER SEVESO IN DER UNIKLINIK FRANKFURT

FRANKFURT 2. Februar 79 *Eine Patientin der Universitätsklinik sandte uns diesen Bericht:*

„Als am 10. Juli 1976 in Seveso, der norditalienischen Kleinstadt im Chemie-Werk Imesco (das dem schweizerischen Kosmetik-Unternehmen Givaudan, einem Tochterunternehmen des Schweizer Chemie-Giganten Hoffmann-La Roche, gehört) ein Kessel durch Überdruck explodiert, entweicht einer der giftigsten Stoffe, die bis heute bekannt sind: TCDD mit dem wissenschaftlichen Namen 2, 3, 7, 8-Tetrachlordibenzo-p-dioxin.
Der Unfall in Seveso ist 'nur' die Spitze eines Eisberges und wirft ein Licht auf die Leiden der von TCDD-Unfällen Betroffenen in den letzten 30 Jahren: ein Spektrum von langwierigen, schmerzhaften psychischen und physischen Krankheiten, die in vielen Fällen unheilbar sind und in einigen tödlich verlaufen (z.B. BASF/Ludwigshafen, Boehringer-Ingelheim/Hamburg, Bayer-Uerdingen).

Was hat Seveso mit Hexachlorophen zu tun ?

Das Supergift TCDD begleitet uns im Alltag: Spuren dieses Giftes sind in dem gleichfalls gefährlichen Hexachlorophen enthalten, einer aus Trichlorphenol zusammengesetzten Chemikalie. Hexachlorophen tötet Bakterien (und nicht nur die) und ist als Desinfektionsmittel in Deodorants, Seifen, Intimsprays und Mundwässern enthalten.
An der breiten uneingeschränkten Verwendung dieser Substanz hat bis heute auch der Tod von 30 Säuglingen an Gehirnentzündung (Enzephalitis) durch die Pflege mit einem Hexachlorophen-haltigen Babypuder in Frankreich nichts geändert. Die Obduktionen der Leichen zeigten die gleichen Vergiftungserscheinungen, wie sie vorher in Tierversuchen festgestellt worden waren. Auch bei Hirnerkrankungen bei Frühgeborenen nachdem sie desinfizierenden Bädern mit Hexachlorophen-haltigen Mitteln ausgesetzt waren. Ebenso ungerührt blieben Hersteller und Gesetzgeber von einer schwedischen Untersuchung. An einer Klinik, die Hexachlorophen-haltige Desinfektionsmittel (pHiso-Hex und Sannital) zur Hand-Desinfektion in Gebrauch hatte, gebaren in 12 von 65 Fällen Krankenschwestern mißgebildete Kinder, wohingegen nur eine Schwester (von 68) eines Krankenhauses, in dem dieses Mittel nicht benutzt wurde, ein mißgebildetes Neugeborenes bekam. Die Mutter dieses Kindes hatte während ihrer Arbeit zudem noch ständigen Kontakt mit Hexachlorophen-haltigen Desinfektionsmitteln (vgl. auch: Münchner medizinische Wochenschrift (MMW) 12, 1978, Nr. 32/33).

Hexachlorophen als Kodan-Spray in der Frankfurter Uniklinik

Ich war vor kurzem Patientin auf einer Operativen Frauenstation (15/4) der Uniklinik Frankfurt und habe mehr zufällig festgestellt, daß Hexachlorophen in Form von Kodan (R)-Spray, der 'modernen und wirtschaftlichen Hautdesinfektion' (Herstellerzitat) dienend, täglich und ü b e r a l l von Krankenschwestern, Pflegern und Ärzten benutzt wird. Kodan-Spray ist dabei, wenn Spritzen gegeben, Infusionen gelegt oder die Körperteile von Kranken – z.B. vor Operationen – desinfiziert werden. Es berührt ständig die Hände von ärztlichem und pflegerischem Personal und die Haut von Patienten und enthält 75 mg Hexachlorophen.

Meine Weigerung, micht mit diesem Mittel behandeln zu lassen und entsprechende Erklärungen stießen bei den Krankenschwestern der Station größtenteils auf Verständnis und eigene Bedenken und ich wurde künftig verschont. Meine Fragen und Erklärungen während einer Chefarztvisite wurden zwar mit Zurückhaltung aufgenommen, führten aber nach Rücksprache mit dem Hygiene-Institut an der Uniklinik nach zwei Tagen zu einer völligen Beseitigung des Kodan-Sprays aus der Unifrauenklinik. Heute wird dort ein desinfizierendes Spray verwandt, das weder Hexachlorophen noch Treibgas enthält. (Mit fast allen Sprays versprüht man auch die als Treibgas verwendeten Chlor-Fluor-Methane, die die Ozonschicht der Erde bereits in den nächsten Jahren um 7 bis 20 % verringert haben werden, so daß sich die UV-Strahlung um 14 bis 40 % erhöht. Eine Verringerung des Ozonanteils der Stratosphäre um 10 % bewirkt eine Steigerung der Hautkrebsrate um ca. 20 % – und dies ist nur eine der verheerenden Folgen.).
Leider ist dies das bisher einzige erfreuliche Ergebnis. Überall sonst wird Kodan-Spray weiterbenutzt. Nachfragen bei der Uniklinik-Apotheke haben ergeben, daß sich zwar jetzt häufig Krankenschwestern nach der Schädlichkeit von Kodan-Spray erkundigt haben, aber dieses Produkt 'selbstverständlich' wie gewohnt weiter ausgegeben wird: „Es bestehen keine grundsätzlichen 'Bedenken'." Angeblich wird das Präparat im Hygiene-Institut überprüft, ohne daß jedoch klar zu sehen scheint, wielange dies dauern wird und mit welchem Ergebnis. Hexachlorophen gehört also weiterhin zum täglichen Klinik-Brot, selbst bei Kleinkindern. Nur bei Neugeborenen ist das Spray aufgrund klinikinterner Verordnung verboten (warum, wenn es unbedenklich ist ?). Die Herstellerfirma empfiehlt für Säuglinge Kodan-Tinktur, die kein Hexachlorophen enthält und mit einer kleinen Flakon-ähnlichen Pumpe auf die Haut gesprüht wird, da angeblich der Kühleffekt des Sprays unangenehm für die Babies sei (aus einem Telefongespräch mit der Forschungsabteilung der Fa. Schülke & Mayr).

Wer prüft und trägt die Verantwortung?

Nach Auskunft der Arzneimittelprüfstelle des Staatlichen Chemischen Untersuchungsamtes in Wiesbaden sind die Bedenken und die oben genannten französischen und schwedischen Erfahrungen ‚wohl bekannt'.
Es existieren ältere Gutachten über Hexachlorophen und Kodan-Spray, die jedoch, da sie Firmeninteresse berühren – und das ist vorrangig vor öffentlichem Interesse – nicht veröffentlicht werden dürfen. Da Kodan-Spray bereits vor 1976 im Handel war, gelten Übergangsregelungen des neuen Arzneimittelgesetzes vom 1.1.78. Nur auf der inneren oder äußeren Verpackung müssen die enthaltenen Substanzen aufgezählt werden, nicht jedoch auf der Packungsbeilage, dem ‚Waschzettel'. Und gerade dieser Waschzettel wird, weil er auch die Gebrauchsanweisung ist, am häufigsten gelesen. Kodan-Spray ist den sogenannten fiktiven Arzneimitteln zugeteilt, die dadurch definiert sind, daß sie - angeblich - nur äußere Anwendung finden. Wo ist die Grenze zwischen innerer und äußerer Anwendung bei Spritzen, Infusionen, Operationen und z.B. der Desinfektion von Schnittwunden?
Im übrigen verweist die Arzneimittelprüfkommission auf die vielen Gutachten und Gegengutachten und die unklaren gesetzlichen Grundlagen. Dies alles mache es ihnen so schwer, Entscheidungen zu treffen. Aufgabe der Prüfstelle sei es im übrigen nur arzneimittelrechtliche und inhaltliche Überprüfungen, nicht aber medizinische, anzustellen. Bei den Prüfungen von Kodan kann es ‚noch Jahre dauern, bis man zu einem Ergebnis kommt'.

Freiheit der ‚Selbstbeschränkung' von Chemieunternehmen gegen die Gesundheit

In der Forschungsabteilung des Herstellers – Firma Schülke & Mayr in Norderstedt/Hamburg – ist man ‚erfreut über die Untersuchungen, die das Bundesgesundheitsamt und die Arznei-

mittelkommission anstellen, den man will ja auch Klarheit'. Ansonsten betont man den erfreulichen Marktanteil und die breite Verwendung in der Mehrheit der Krankenhäuser und die praktische Anwendung. Man betont die Unbedenklichkeit, bzw. die angeblich nicht bewiesene Bedenklichkeit und schiebt eine Teilschuld auf das neue Arzneimittelgesetz (dem soviel Ehre nicht gebührt). Denn dieses Gesetz erlaubt es nicht, daß ein Medikament oder sonstiges Arzneimittel verändert wird. Das heißt wenn die Firma Hexachlorophen austauschen würde, würde Kodan in veränderter Zusammensetzung neu die Zulassungskriterien erfüllen müssen und das kostet die Herstellerfirma Geld. Wobei die Frage offen bleibt, warum dieses Spray nicht ganz vom Markt genommen wird? Profit vor Gesundheit. Die Firma deutet eine mögliche Verkürzung des Zulassungsverfahrens bei Verbot und Austausch von Hexachlorophen an und zeigt damit ein bißchen, in welche Richtung der Druck auf den Gesetzgeber auch geht.
Nur andeuten möchte ich hier den Wildwuchs des pharmazeutischen und chemischen Außendienstes: Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte sind Horden immer raffinierter ausgebildeten ‚Außendienstmitarbeitern' (Arzneimittelvertreter) unkontrolliert und oft unkritisch ausgesetzt.

Wie verbreitet Hexachlorophen sonst noch ist

Hexachlorophen ist in vielen Kosmetika enthalten. Hier sollen nun nur noch Arzneimittel genannt werden, mit denen Hexachlorophen auf dem bundesdeutschen Markt vertrieben wird: (der grünen Stoffliste entnommen)
Clearasil Seife (Doetsch, Schweiz); Vionell Tüchlein (Metro. Intern, Schweiz); Aknefug, -milch, -simplex (Dr. Wolff); Aknelan, -lotio, -mild, -plus (Desitin Werk); Anacal (Luitpold); Baxadermyl (Helopharm); Chortesin (Dr. Atzinger); Corti-Creme-Salbe (Kanoldt); Cortidexason Crinal-Tinktur, -fortiss. Tinktur (Dorsch); Delta-Primafucort (Basotherm); Dexa-Ehrl Haartinktur (Ehrl); Dianabol Creme (Ciba-Geigy); Fissan Aknecreme (Lingner & Fischer); Hydrocortison-Salbe ‚Ehrl' (Dorsch); Liquidin-Öl (Temmler); Loscon Medical Schampon (Basotherm); pHisoHex: colloidal gelöst (Winthrop); Proct-Anex (Fink); Prodermopur, -H (Apotheker Schwandt); Salvizol Puder (Ravensberg); Schericur: MV mit Chemizol (Schering); Scheroson F comp. (Schering); Sulfolac (Dr. Atzinger); Teknosalbe (Taco); Ultraproct (Schering); Stepin Seife (Basotherm); Aknebersol (Dr. Berlin); Akne-Kaban (Asche); Aknereduct (Azupharma); Aknichthol, Dexa, Soft (Ichthyol-Ges.); Amykon Puder (Engelhard); Ariven Gel (Beiersdorf); Avena-Block ‚Cooper' (Athenstaedt & Redeker, Vertr.: Ankermann); Corti Haemoricet (Dr. Reiss); Cutasept Lösung, -Spray (Bode); D.D.D. Antiseptischer Puder, Hautmittel, Hautmittel extra stark, Hautbalsam (D.D.D. Lab.); Dovaso-Venenspray (Dolorgiet); Galamika (Galactina; Vert.: Delta-Chemie); Kodan-Spray (Schülke & Mayr); Manusept Emulsion Gel (Bode); Mesch-Akne-Lotio (Hey); Primasept (Schülke & Mayr); Primarektal (Basotherm); Procto-Kaban (Asche); Robusanon Paste (Robugen); Satinasept (H. Mack); Scheriproct (Schering); Septikal (Schülke & Mayr); Stepin-Paste (Basotherm); Thrombophob (Nordmark); Wisamt (Röhm Pharma).

Was dagegen getan werden muß

Bisher werden in der Bundesrepublik Chemikalien erst dann in ihrer Verwendung besonders kontrolliert (und das heißt noch lange nicht aus dem Verkehr gezogen!), wenn ein Geschädigter den Schadenszusammenhang ‚wissenschaftlich' einwandfrei und direkt nachweisen kann und sich mit seinem Standpunkt auch noch durchsetzt. Fast unerfüllbare Voraussetzung ist, daß z.B. der Chemiearbeiter, die Krankenschwester oder der Patient die objektive Möglichkeit haben, diese Zusammenhänge zu erkennen und nach außen zu tragen. Die Besonderheit der zunehmenden chemischen Umweltverseuchung liegt auch an dem Zusammenwirken von Giften im Menschen, am Arbeitsplatz, in der Luft, im Wasser, im Boden, in der Nahrung usw.

Es hat sich eindeutig gezeigt, daß die von den Chemie-Unternehmen geforderte ‚freie Selbstbeschränkung' in der Herstellung von giftigen Stoffen im Effekt wertlos ist. Die Freiheit in sauberer Luft zu leben und zu arbeiten, die Freiheit chemischer Verseuchung zu entgehen und sich nicht langfristig Krebs u.ä. einzuhandeln ist wohl die eigentliche und vorrangige Freiheit.

Minimale Forderungen, die in diesem Zusammenhang zu stellen sind, sind folgende:

1. die Einführung eines strengen Umweltchemikaliengesetzes. Dies muß von dem Prinzip ausgehen, daß die Unschädlichkeit und Umweltfreundlichkeit eines Produktes von industrieabhängigen Gutachtern bewiesen sein muß, bevor es irgendeine Anwendung findet. Ebenso müssen nicht nur die Produkte, sondern auch die Produktion selbst vollkommen unschädlich sein. Wird die Unschädlichkeit eines Stoffes angezweifelt, darf das entsprechende Produkt nicht verarbeitet werden.

2. Hexachlorophen-haltige Produkte müssen sofort verboten und aus dem Handel gezogen werden. Hierzu gehört auch Kodan-Spray.

3. Gutachten über Chemikalien und chemische Produkte sind keine Firmengeheimnisse, sondern müssen im öffentlichen Interesse ständig und verständlich veröffentlicht werden. Dies muß verbunden sein mit einer öffentlichen, breiten Aufklärung über den sogenannten chemischen Fortschritt.

Verbraucher, Patienten und Arbeitnehmer, besonders deren gewerkschaftliche Interessenvertretungen im Bereich des Krankenhauses, der Chemie-Betriebe und der Schulen sind aufgefordert, sich im Interesse ihrer eigenen Gesundheit die Probleme einer zunehmend chemisch verseuchten Umwelt bewußt zu machen und dies auch als einen Bestandteil der 'Qualität des Arbeitsplatzes' sehen, ganz abgesehen von der des 'Lebens'.

Kontakt: Jutta Ditfurth, Neuhofstr. 42, 6 Frankfurt 1, Tel. 0611/599270

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:
18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 28 - 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)

BÜROMITTEILUNG:
Im Postfach entdeckten wir die unterbliebene Nachricht, daß die Post ab 1.Januar 1979 ihre Gebühren erhöht hat. Die zahlreichen Nachgebühren, die die Post von uns verlangt, macht eine Veröffentlichung notwendig. – Für die Abonnenten noch mal die Bitte: bei Post oder Geldzahlung die Abo-Nummer nicht vergessen!

nochn kappittell:

SCHUGEND und so

NEUES VOM ABENDGYMNASIUM

Frankfurt
7. Februar

Nach einer langen Pause hier wieder ein Bericht zur aktuellen Lage am Abendgymnasium:

Fragmente:

Die Lage, oder besser unsere Lage, hat sich wieder einmal durch das aktive Eingreifen der "vorgesetzten Behörden" entscheidend verschlechtert. Zunächst wurden die 6 angestellten Lehrer, die sich nach dem letzten Polizeieinsatz auf dem AG-Schulhof (s. ID 260) geweigert hatten, unter dieser Schulleitung weiter Unterricht anzubieten, fristlos entlassen. Verbeamtete Mitunterzeichner der Ablehnung wurden versetzt. Die alten Versetzungen, vom Gericht zurückgewiesen, wurden von Kultusminister Krollmann per Kabinettsbeschluß erneut duchgesetzt. Danach flatterte den Schülern der Abiturkurse ein Einschreiben ins Haus, in dem sie aufgefordert wurden, eine beiliegende Willenserklärung unterschrieben zurückzuschicken. Darin mußte erklärt werden, daß man bereit isei, Unterricht aufzunehmen und zwar in einer Schule, die noch angegeben würde. Außerdem wurde angekündigt, daß die Schüler der 1er-Kurse (Abi-Kurse) in neue "Lerngruppen" aufgeteilt würden.

Einen ähnlichen Brief bekamen die 2er-Kurse dann ein paar Wochen später auch: sollten ebenfalls die Willenserklärung zurückschicken und auf die Neuaufteilung warten. Außerdem wurden den 2er-Kursen angekündigt, daß sie ein Semester zurückgestuft werden (Abitur findet statt Frühjahr 1980 erst Ende 1980/ Anfang 1981 statt), d.h. jetzt im Februar gibts kein BAFÖG. Dazu muß man einfach wissen, daß viele Schüler ihre Jobs im Hinblick auf das zu erwartende BAFÖG gekündigt haben, also ab Februar ohne Geld dasitzen.

Im ID 165 war auch schon angekündigt, daß die GEW einer Veranstaltung zum Abendgymnasium organisiert hat. Auf dieser Veranstaltung ist es dann wenigstens gelungen, die GEW soweit zu bringen, daß sie ihre starken Sprüche von wegen, sie stehe hinter uns und weise die Angriffe auf das Abendgymnasium mit aller Entschiedenheit zurück, insoweit eingelöst hat, daß sie zu einer Demonstration aufgerufen hat! Diese Demonstration fand am 25. Januar statt. Dazu kann ich nur sagen, daß die GEW kein einziges Transparent dabei hatte, auf dem sie ausdrücklich erklärt hätte, daß sie uns unterstützt und daß wir (die AGler) eigentlich spazierengegangen sind und das auch noch unter aus dem Megafon schallenden Forderungen wie: "Für die Erstellung eines pädagogischen Konzepts auf der Basis gemeinsamer Gespräche". Soweit ich mich erinnern kann, haben wir ein "pädagogisches Konzept" an dieser Schule, eines nämlich, das von selbstbestimmtem Lernen und sozialer Kommunikation ausgeht. Diese dämliche GEW geht mit ihren Forderungen erstens über unsere Köpfe hinweg und zweitens bescheinigt sie dem Kultusminister und dem Regierungspräsidenten nachträglich noch, daß ein Grund zum Einschreiten an der Schule bestanden hat! Auf der Demo waren ca. 700 - 1000 Leute.

Seit Anfang der Woche hat das neue Semester begonnen. Die bisher streikenden Abiturskursler sind neu verteilt worden, einige Kurse an die Sophienschule in Bockenheim, einige Kurse an die Henze-Schule in der Gutleutstraße (Innenstadt), der Rest an eine Schule in Sachsenhausen in der Mörfelder Landstraße. Das ist die neue Zentrale, denn dorthin kommen auch die neuen Vorkurse, die Leute, die sich jetzt für Februar am AG 2 (AG 1 hat Aufnahmestop) angemeldet haben. und die und die bisherigen 3er-Kursler mit Abendunterricht aus Greisheim. (Soweit ich informiert bin, werden die aber weiterhin Abendunterricht dort erhalten.) Die Stimmung am AG kann man schon seit Wochen nicht mehr als aehr optimistisch bezeichnen. Trotzdem waren am Montag (dem ersten Schultag des neuen Semesters) genügend Schüler in der Mörfelder Landstr., die sich geweigert haben, sich von Schulleiter Preuß (bisher Griesheimer Schulleiter!) namentlich aufrufen zu lassen und zur Stelle zu melden! Preuß verständigte daraufhin die Polizei und schloß den Unterricht für diesen Tag.

Die Schüler begaben sich daruafhin in die Elisabethenschule, die ehemalige Haupt-Schule, um vom dortigen Kommissar Freudel eine Erklärung für die Neuaufteilungen zu fordern. Doch wie alle Schulleiter des AG nach unserm lieben Hermann (Schulleiter der am Anfang der Angriffe aufs AG als erstes gedfeuert wurde, weil der sich zum Beispiel weigerte, Polizeifunktionen in der Schule auszuüben!) fühlte sich auch Kommissar Freudel durch die Anwesenheit mehrerer Schüler im geöffneten Sekretariat (während der Sprechzeiten) bedroht und forderte Polizei an. Er produzierte dann wieder einen seiner hysterischen Auftritte, gab seinerseits auch keine Erklärungen ab und forderte schließlich die Polizisten auf, die Schüler aus dem Sekretariat zu räumen. Die Polizisten verhielten sich sehr ruhig — machten den Eindruck, als hätten sie nicht so recht Lust zu einer Prügelei. Einer sagte:"Muß das denn immer mit Gewalt sein?,, Gelächter. Darauf ein Schüler:"Na, der Schulleiter ist doch hysterisch." Der Polizist zuckte mit der Schulter:"Na klar - hysterisch ist der, das sieht ja jeder." Wir verließen den Raum und fuhren an die Dependence-Henze-Schule, um dort auf einen weiteren Leiter, Dr. Dr. Mattias, zu warten, der die Aufnahme des Unterrichts dort geschickterweise verhindert hatte, indem er die Schüler nicht nur namentlich aufrief, sondern auch noch ihre Personalausweise sehen wollte. Das gab dann einen längeren Disput. Als wir dort ankamen, verließen die Schüler mit uns zusammen die Schule. Auch hier wieder: Polizei. Zwei Beamte kamen und fragten uns, wer hier was von ihnen wolle. Ein Schüler deutete nach hinten und meinte, da sei so ein kleiner Dicker mit einem roten Kopf, der wolle was. Darauf der eine Polizist leise:"Dann schlagt ihn doch tot?" Fazit: Aufforderung zur Gewalt! Können wir uns als Strategie für die Fortsetzung des Kampfes nicht zu eigen machen, haben wir hier doch schließlich eine Demokratie, wo kämen wir denn da hin, wenn jeder seinen Schulleiter . . . ! Nein, so gehts ja dann doch nicht.

Kontaktadressen: Margot Knippel, 6 Ffm., Feststr. 19, Tel. 0611/ 43 41 95 oder:
Januzz Bodek, 6 Ffm., Niedenau 50, Tel. 72 51 85

DRINGENDER HILFERUF AUS LANGENFELD

LANGENFELD
20. Januar

Presseerklärung Langenfelder Jugendlicher (leicht gekürzt):

"Für ca. 6000 Jugendliche in Langenfeld (eine Provinzstadt zwischen Köln und Düsseldorf, etwa 50 000 Einwohner) steht ein einziges städtisches Jugendheim mit offenem Betrieb zur Verfügung, das bei durchschnittlichen Besucherzahlen von 300 bis 400 Leuten buchstäblich aus den Nähten platzt. Dieses Dilemma ist selbst dem örtlichen CDU-Stadtrat nicht verborgen geblieben, und so steht hier schon seit 1973 der Neubau eines riesigen Jugendzentrums (3,5 bis 4 Mill. DM) im Gerede.

Nun aber — angesichts der Kommunalwahlen 79 — wurde die ganze Angelegenheit von der CDU forciert und der Baubeginn unter der Voraussetzung eines unerheblichen Standortwechsels bereits für 1979 in Aussicht gestellt (bisher frühester Baubeginn 1983). Dementsprechend stehen für 1979 eine Mill. DM zur Verbauung zur Verfügung.

Eben wegen dieses Standortwechsels und der Information hat nun die CDU-Fraktion die Jugendlichen Langenfelds zu einem Hearing eingeladen, bei dem es darum gehen sollte, halt die Meinung der betroffenen Jugendlichen zu der Beschleunigung des Bauverfahrens zu hören.

Zu diesem Hearing ist dann auch ein Teil der aktiveren Jugendlichen hingelatscht. Allerdings war uns von vornherein klar, daß wir dieses riesige Anonymzentrum ablehnen und das Hearing dazu nutzen wollten, unsere mittlerweile formulierte Forderung nach mehreren kleineren dezentralen Jugendhäusern im Stadtgebiet (Langenfeld ist sehr langgestreckt und großflächig) anzubringen.

Dann passierte das von uns allen Unerwartete: Nach einem kurzen Hin und Her ließ sich die Fraktion auf unsere Vorschläge ein und akzeptierte unter Vorbehalt auf die aufsichtführenden Gremien all unsere Forderungen. Aber es kam noch dicker: Für die neue Konzeption müssen ja auch total neue Pläne für Raumbedarf etc. erstellt werden. In dieser Sache machte uns die Fraktion anschließend das Angebot, bei der Planung voll mitzumachen, das heißt, wir sollen selbst bestimmen, was für Räume für welche Zwecke in welcher Größe mit welchem Personal usw. wir brauchen, mit der Grenze, daß wir uns an das finanzielle Bauvolumen halten. Somit sind wir also in einer traumhaften Situation, für die wir in der BRD kein zweites Beispiel kennen.

Jetzt kommt natürlich der große Haken: Sicherlich ist das Ganze eine groß angelegte Wahlkampagne und wir müssen damit rechnen, daß wir nach der Erstellung des ersten Hauses wieder auf's Trockene gesetzt werden. Für uns ist aber folgendes wichtig: wir sind uns ziemlich sicher, daß wir in unserer jetzigen Situation, deren Detailbeschreibung diesen Rahmen sprengen würde, und die Ihr uns deshalb erst mal so glauben müßt, auch über den Anfang hinaus kommen werden und die 3,5 Millionen für uns verbauen können. Allerdings schaffen wir das nicht alleine und deshalb jetzt zu unserem Hilferuf:

1) Wir haben das verbindliche Versprechen der CDU für die Verwirklichung unserer Forderungen inclusive unsere Mitgestaltung der neuen Häuser. Wir sind aber nicht so naiv, daß wir glauben, daß dieses Versprechen völlig eingehalten wird und sind uns im Klaren darüber, daß wir allein in Langenfeld nicht den nötigen Druck ausüben können, dieses Versprechen Wirklichkeit werden zu lassen. Dazu sehen wir die einzige Möglichkeit in Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung von Initiativen, Projekten, Einzelpersonen, Gemeinschaften etc. in der ganzen BRD. Unsererseits werden wir zukünftig ständig über die Entwicklung bei uns berichten, aber wir brauchen Euch hinter uns. Deshalb helft uns mit Solidaritätserklärungen, Besuchen, Rückfragen und allem, was Euch noch einfällt. (Übrigens: Adresse vom Stadtrat: Postfach 126, 4018 Langenfeld / Rhld., Belegexemplar an uns!)

2) Wir sind ganz schön festgenagelt mit der Aufforderung, die Einrichtung unserer Häuser zu bestimmen. Einerseits ist das natürlich 'ne dufte Sache, andererseits müssen wir jetzt über Sachen entscheiden, die für uns und auch einige Generationen nach uns noch brauchbar sein sollen. Wir Jugendliche und auch die Sozialfritzen, auf die wir uns ziemlich verlassen können, trauen uns das nicht alleine zu. Wir wollen dieses Angebot aber nicht irgendwelchen Verwaltungsheinzen zurückgeben, denn die können sowas bekanntlich erst recht nicht. Deshalb brauchen wir massenhaft Materialien, Ideen, Flops, Bedenken, Liebes, Gefährliches, Buntes, Konstruktives, Destruktives und so weiter. Ohne das stecken wir fest.

Wir kommen da nicht mehr allein raus, zumal wir in Langenfeld auch nur sehr wenige sind, die sich aktiv an der Arbeit beteiligen. Ne eigentlich irre Situation hängt jetzt ziemlich böse über uns, und wir wissen nicht, wie wir das angehen können. Außerdem drängt die Zeit. Also – bitte bitte schreibt uns !!! Ihr hört von uns.

Übrigens: Spenden sind nicht so wichtig, aber Rückporto wäre schön !!!

Kontakt: Michael Hallmann, Rheindorfer Str. 154, 4018 Langenfeld / Rhld.

NACH 10 JAHREN KAMPF JUGENDHAUS IN WERTHEIM

Jugendliche schreiben:

WERTHEIM Feb. 79 Die Aktion Jugendhaus Wertheim, die nahezu identisch war mit der damaligen USI (Unabhängigen Schülerinitiative) wurde 1969 ins Leben gerufen, um ein selbstverwaltetes Jugendhaus zu fordern und zu erkämpfen. 1971, 73 und 75 wurden nach leeren Versprechungen und anderen Vorwänden der Stadtbürokratie Häuser besetzt, wobei die beiden ersten etwa nach einer Woche geräumt und abgerissen worden sind. Das Haus, das im März 75 besetzt wurde, wurde nach 3 Wochen Besetzungszeit legalisiert und bestand 1 Jahr als Jugendhaus selbstverwaltet ohne finanzielle Unterstützung, bis es im März 76, nachdem es Ende 75 bereits von der Stadt verkauft worden war, aus bisher ungeklärten Gründen ausbrannte, Jetzt waren wir wieder auf der Straße und auf Kneipen angewiesen. Viele Leute, die 1975 noch dabei waren, wanderten nach dem Abitur in die Unistädte ab. Anderen diente eine Rockdiskothek, die im Mai 76 von ein paar Jugendlichen gemacht wurde, als Ersatz. Auf jeden Fall verlief sich die Bewegung. Bei einer Podiumsdiskussion der Jungdemokraten mit Bürgermeister Scheuermann im Frühjahr 77 wurde das Thema Jugendhaus angesprochen. Dabei wurde das zur Verfügung stellen eines Hauses von der Anwesenheit eines Sozialarbeiters abhängig gemacht. Wir als Aktion Jugendhaus hatten schon früher öfters erklärt, daß wir nicht prinzipiell gegen einen Sozialarbeiter wären. Es sollte aber jemand sein, den wir gewählt haben und der bereit ist zu gehen, wenn wir nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten können. Die Stadtbürokratie versuchte nun im Herbst 77 den für sie geeigneten Mann – geeignet, uns zu kontrollieren und uns zu isolieren – durchzudrücken. Inzwischen war seit einigen Monaten die Wertheimer Jugendzeitung "Daily Terror" erschienen, deren Mitarbeiter, die größtenteils der Aktion Jugendhaus angehörten, den Stadtbürokraten ein Störfaktor in der sonst so ruhigen Stadt waren und sind. So war für diese Herren allein schon das Vorhandensein einer KDV-Gruppe ein Grund zur Beunruhigung. Das Manöver der Stadt in punkto Sozialarbeiter schlug fehl und es gelang, unseren Kandidaten, der sich in letzter Minute auf unsere Annoce hin gemeldet hatte, reinzubringen. In der Konzeption der Stadt soll der Sozialarbeiter als Puffer wirken und die Aufgabe haben, den harten politischen Kern rauszudrängen, was bis heute nicht gelungen ist. Seit Herbst 77 stand das Gebäude zur Diskussion, in dem seit 6. Januar 79 das Jugendhaus in Betrieb ist. Der Grund, weshalb sich die Sache so lange verzögert hat, liegt am Einspruch eines Anliegers, seines Zeichens ein Arzt namens Kö(t)ter, der unserer Meinung nach gnaz schön auf den Hund gekommen ist. Dieser Typ hatte vor, auf dem gerichtlichen Instanzenweg ein Jugendhaus zu verhindern, was ihm nicht gelang. Der Umbau in ein Jugendhaus wurde vom Verwaltungsgericht in Stuttgart genehmigt und so konnte ab Mitte September 78 mit der Renovierung begonnen werden. Diese zog sich aus verschiedenen Gründen, u. a. wegen zeitweiligen mangelnden Interesses, in die Länge. Am 2. Dezember fand dann ein Infotag im zukünftigen Jugendhaus statt, in dessen Verlauf Wände bemalt und ein Fest gefeiert wurden. Von da an stieg die Zahl der Leute, die sich an der Renovierung beteiligten. Ab 27. Dezember, nach unserer Rockfete, wurde das Jugendhaus zu den späteren Öffenungszeiten aufgemacht, um es mit vielen Leuten einzurichten. Am 6. Januar wurde es dann mit einem Fest eröffnet, d.h. nach 10 Jahren Kampf – ein Jugendhaus in Wertheim!

Wie sieht die momentane Situation aus? Das Jugendhaus hat eine kommunale Trägerschaft und wird von einem Förderverein, in dem "jugendfreundliche" Jungpolitiker sitzen, die natürlich auch einen Blick auf das, was im Haus läuft werfen sollen, finanziell unterstützt. Die innere Selbstverwaltung ist durch eine Geschäftsordnung abgesichert. Das Haus läuft nun schon ein paar Wochen und es beteiligen sich erstaunlich viele Leute an

den AGs und bei den Arbeiten, die anfallen. Ein Jugendhausrat, bestehend aus 6 von der VV gewählten Mitgliedern und je einem Delegierten der AGs,tagt jeden Freitag öffentlich und bespricht die anstehenden Probleme. An politischen Aktivitäten laufen eine Zeitungsgruppe, die jetzt mehr oder weniger regelmäßig die Wertheimer Jugendzeitung "Daily Terror" rausbringen will. Das Zeitungsmachen wird außerdem von der Regionalzeitung "Traum(A)land" und der Schülerzeitung "Des Geyers schwarzer Haufen" benutzt. Eine Umweltschutz AG wird gegründet, um in erster Linie momentan mitzuhelfen, daß die bei Boxberg vorgesehene Daimler Benz Teststrecke verhindert wird. Ansonsten veranstaltet die KdV-Ag Infoabende, um Leute mit der Thematik vertrauf zu machen und sie zur Kriegs-(Wehr)dienstverweigerung zu bewegen. Wir werden uns in die Inhalte unserer politischen Arbeit nicht reinreden lassen! Als politische Fraktion der Aktion Jugendhaus verstehen wir uns als Teil der undogmatischen Linken, die auf der regionalen Ebene mit JUZ- und Stadtzeitungsgruppen zusammenarbeitet und Basisinitiativen unterstützt.
Von uns und über uns gibt es eine Dokumentation, die unsere Geschichte von 1969- 76 im Frühjahr darstellt. Sie ist bei folgender Adresse erhältlich:
Aktion Jugendhaus, Postfach 14, 698 Wertheim
(DM 5,-- + 1,-- DM Porto)
Veranstaltungshinweis:
Am Samstag den 17,2. findet ab 19.30 h in der Törnhalle Luisenstraße eine Rock- und Theaterfete der Aktion Jugendhaus statt. Es spielen die Politrockgruppe "Checkpoint Charlie" aus Karlsruhe und die Blues-Rockgruppe "Friends" aus Miltenberg. Eintritt kostet DM 4,-- Der Gewinn geht zur Hälfte an "Traum (A)land" und an "die Tageszeitung" (Was nicht heißen soll, daß wir den ID nicht weiterhin für wichtig und unterstützenswert halten). (*Na, das wär doch eine gute Gelegenheit!)*

INFORMATION ZUR JOHANNIS LUST

BIELEFELD 5. Feb. *Folgenden Brief bekamen wir zugeschickt:*

"Im Juni 78 haben ca. 300 Jugendliche aus Bielefeld und der BRD die Johannis Lust besetzt, weil der 7-jährige Pachtvertrag wegen Verkauf an einen Großindustrie-Boß aus Bielefeld, der jetzt seinen Arsch alleine hinsetzen wollte, wo sonst Tausende von Jugendlichen eine Tummelwiese hatten. Wir hatten bis Sonnabend, d. 19.1.79 Ruhe. Am Sonnabend morgens um 9 Uhr kamen die Bullen das erste Mal, um 16 Uhr das zweite Mal und Sonntag, dem 20.1. das dritte Mal, so daß wir jetzt einfach eine breite Öffentlichkeit über uns informieren wollen, was für Problme wir haben und sehen.
Wenn die Stadt es schafft, durch noch mehr solche Einsätze die Jugendlichen zum Auszug zu bringen und somit der Teil der Jugendwohngemeischaft ausfällt, setzt sich auch das Jugendamt nicht mehr für uns ein und es reduziert sich auf die paar Stadtabgeordneten von SPD und FDP. Um das zu verhindern, haben wir zwei Probleme: 1. GELD in Form von Spenden und 2. besucht uns als Jugendherberge und als Alternativhotel, als Tagungsort für eure Seminare und für eure Erholungsurlaube. Der zweite Punkt ist genauso wichtig wie der erste! Wir können nur durch Spenden das Haus noch vor dem Sommer instand setzen und nur so können wir gemeinsam was von der Johannis Lust haben.
Wir sind zur Zeit 11 Menschen: 1 Rentner (55), 6 Arbeiter von 18 bis 42 (teilweise arbeitslos), 2 Berufsschüler und 2 Schüler, die einen Metallehrgang im Arbeiterjugendzentrum (AJZ) mitbelegen. Wir übernahmen im Sommer 78 ein renovierungsbedürftiges Haus mit 6900 qm Wald, das wir mit viel Arbeit wieder aufbauten, um es für uns und unsere Besucher wieder gemütlich zu machen.
Wir sind hier, um dieses Haus samt Gelände als Kultur- und Kommunikationszentrum zu erhalten und zu fördern. Es besteht zur Zeit eine Teestube mit kostenlosem Ausschank von Tee, eine Backstube, in der wir für die Lebensmittelkooperative des AJZ Backwaren herstellen. Natürlich ist da noch unsere Wohngemeinschaft, die sich mit kollektiver Lebensform auseinandersetzt. Gleichzeitig ist unser Haus ein Platz, in dem Jugendgruppen aus allen Städten sowie Tramper Rast und Station machen können und dies auch tun. Für den Sommer sind wieder Veranstaltungen auf unserer Freilichtbühne (1500 qm) geplant,die uns u.a. helfen sollen, dieses Projekt zu erhalten. Es sollen davon auch noch andere Projekte unterstützt werden (Solidaritätsveranstaltungen). Um dieses Projekt zu erhalten, brauchen wir nicht nur Geld, sondern auch euch und hoffen dann auch, euch etwas geben zu können.
Mit herzlichen Grüßen undin Erwartung eurer Hilfe.

48 Bielefeld, Stadtsparkasse, Konto-Nr. 72528300 "Johannis Lust".

Am 15. Februar findet eine Solidaritätsveranstaltung für die "Johannis Lust" mit Film und Informationsmaterial statt im Schlehmil am Chamissoplatz, 1 Berlin 61, Anrststraße, Ecke Nostizstraße

Kontakt: Johannis Lust, Hochstr. 12, 48 Bielefeld

ENDE des cappitells



Der von uns beauftragte Detektiv konnte trotz intensiver Bemühungen nicht feststellen, ob dieser Herr der IG-Metall oder der Arbeitgeberschaft zugehörig ist.

„DASS DIE DANN IHREN HUT NEHMEN"

DORTMUND 29. Januar 79 Berichtet wurde in Fernsehen und Tageszeitungen über die verschiedenen Resolutionen gegen den IG-Metall Bezirksleiter im Ruhrgebiet, Kurt Herb, wegen seines Verhaltens während des Stahlstreiks und der Verhandlungen.
Vom Betriebsratsmitglied Hans-Otto Wolf der Hoesch Hüttenwerke AG, Werk Phönix, wurde in die Vertrauensleute-Versammlung am 26.1. die erste Ablehnungsresolution eingebracht und mit knapper Mehrheit angenommen. Darin wird die Ablösung Herbs verlangt. „Sollte der Vorstand die Verhaltensweise des Bezirksleiters für richtig halten, so muß der Vorstand eigene Konsequenzen ziehen. Mit Personen, die ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der Mitgliedschaft verspielt haben, kann man in Zukunft keine Tarifpolitik mit Aussicht auf Erfolg führen..."

Was nicht in der Presse stand: wie Hans-Otto Wolf das gemeint hat. Er erklärt das so: *„Wenn der Kurt Herb aus sich heraus gehandelt hat, dann soll der Vorstand der IG-Metall den Herb ablösen, weil er nicht gewählt ist. Wenn der Vorstand aber das Ver-*

halten von Kurt Herb billigt, dann muß der Vorstand selber Konsequenzen ziehen. Das heißt, wenn der Kurt Herb nur auf Anweisungen des Vorstands gehandelt hat (bei der Aushandlung des Ergebnisses — Festschreibung der 40-Stunden-Woche etc.), dann kann er bleiben, dann muß eben im Vorstand etwas geändert werden. Das kann man so präzisieren, daß die Leute, die für die Tarifpolitik, also der Hans Janssen und der Eugen Loderer, daß die also dann ihren Hut nehmen müssen."

Max Watts/ID

„ALSO, DANN LÜFTEN SIE MAL SCHÖN ..."

BREMEN
8. Januar 79

Mit einiger Verspätung erscheint hier ein erneuter Bericht von Betroffenen über das Erlebnis einer Hausdurchsuchung:

„Irgendwann geht Ordnung in das Bedürfnis nach Totschlag über"

Kein brutaler Bulleneinsatz, keine Bespitzelung, nichts „Besonderes", nur eine Kleinigkeit, ein kleines Mißverständnis, am 8. Dezember 1978 zwischen 17.10 und 17.50, eigentlich nicht der Rede wert - Tratsch sozusagen; und dennoch: war's nur ein schlechter Scherz, ein böser Traum? Oder . . .

Also, wir wohnen hier im Dritten Stock über einer Wäscherei in einem uralten Kasten, aus dem nochmal tüchtig Miete geschunden wird. Aus der Installation unserer Toilette treten hin und wieder weiße Nebelschwaden, die sehr scharf, fast ätzend nach irgend einer chemischen Verbindung riechen. Das haben wir jetzt, nach einem halben Jahr, einmal dem Hausbesitzer (Unternehmer) „gemeldet", wie man so sagt. Das war vorgestern. Gestern sehen wir dann zufällig den Besitzer der Wäscherei (er wohnt in einer anderen Stadt) und sprechen ihn an. Er ist sehr freundlich und sorgt sich um die ‚Belästigung'. „Es ist ja in unser beider Interesse", sagt er, inspiziert ausführlich unser Klo und führt uns in den Keller zur Dampfanlage.

Immer wieder betont er, daß es eigentlich ausgeschlossen sei, daß in unsere Wohnung irgendwelche Abgase gelangen können. Auf die Frage ob seine Anlage auch giftige Materialien verwende, antwortet er widerwillig mit dem Namen ‚Perchloräthylen' (?). Aber es sei ja absolut unmöglich, daß solche Dämpfe, „bei all den Filtern und Umweltschutzauflagen", irgendwo ungeplant auftreten. Dennoch wolle er baldigst die Installation abdichten (also gegen was, was eigentlich gar nicht austritt). Nun wollten wir aber einmal dieses Zeug riechen, um vergleichen zu können — und siehe da, es besaß genau diesen ätzenden Gestank, der morgens einem fast den Hals zuschnürt.

Er beschwichtigte, daß dieser Stoff nur bei höherer Konzentration Übelkeit hervorruft und erst bei längerer Belastung die Augen schädigt. Nun ja, wir verblieben recht freundlich, aber waren dochinnerlich beunruhigt.

Woher erfährt man/frau jetzt etwas über diesen Stoff? Kein Bekannter mit Ahnung erreichbar, kein Chemiebuch im Haus . . . dann versuchen wir's doch einfach mal bei der lieben (freiwilligen) Feuerwehr. Die haben doch so Chemiefachmänner. Nur mal eben fragen, wie das Zeug wirkt, damit wir uns nicht alles erzählen lassen brauchen. Ansonsten hat das ja Zeit — so schlimm wird' s wohl nicht sein. Also rufen wir natürlich nicht den Alarm, sondern eine längere Dienstnummer, bzw. die Vermittlungszentrale: „Guten Abend, hier Frosch, haben sie einen Fachmann für Chemie Chemie? " „Ja natürlich, wieso? " „Wir wollten uns nach der Wirkung eines Giftstoffes erkundigen." „Um welchen Stoff handelt es sich denn" „Ja, äh, wir wollten nur wissen . . . " „Sagen sie uns doch erstmal den Stoff!" „Äh, Poly— ne, Perchlorathylen, oder so ähnlich. Wissen wir, wir haben hier eine Wäscherei im Haus und manchmal . . . " „Wie tritt das auf? " Ganz verdattert erinnerere ich mich an die Nebelschwaden letzte Woche und sage: „Ja, so in Schwaden, so . . . " „Welche Straße ist das? " „Bremer Straße, aber wieso . . . " „Welche Nummer? " „85" „Haben sie Telefon" „Ja, 102030, aber warum . . . " „Wir fragen nach, wir rufen zurück! In zwei Minuten!" „Ja, aber . . . " Klick! Na ja, wird jetzt wohl den Chemiefritzen nach dem Stoff fragen. So'n Scheiß, der hat mich gar nicht ausreden lassen.

Es klingelt: „Nicht in die Nähe treten! Kein offenes Feuer! Ein Wagen ist unterwegs!" „Was!? Was soll denn der Unsinn? !" Wir wollten uns lediglich nach der Gefährlichkeit des Stoffes erkundigen! Ich habe doch gesagt, daß er nur gelegentlich auftritt. Jetzt ist doch gar nichts los. Wenn Sie schon unbedingt kommen wollen, dann machen wir doch besser einen Termin aus." „Ach so, aber das macht nichts. Besser, da schaut gleich mal einer. Der Wagen ist schon unterwegs. Es entstehen ihnen keinerlei Kosten! In etwa 10 Minuten ist er in der Bremer Straße. Am Besten, sie gehen gehen schon mal dort hin." „Aber da wohnen wir doch! Hören Sie jetzt mal . . . " Klick! Das gibt's doch nicht! Jetzt schicken die jemanden! Wir sind alle ziemlich verwirrt. Hoffentlich kriegen die von der Wäscherei nichts mit. Gehn' wohl besser mal runter, den Herrn vor dem Haus abfangen. Die Plakate auf dem Flur hängen lassen? Nach zehn Minuten fährt langsam ein Bullenwagen vor. Beide steigen aus, der eine mit Taschenlampe. Wir geben ein Zeichen und gehen etwas in den Hausflur zurück, damit sie möglichst schnell reinkommen — schnell an der Wäscherei vorbei. Wir erklären dem ersten das Mißverständnis, der sagt's sofort dem anderen, der anscheinend irgendwie entwarnen muß. Da wir sie auf der Treppe nicht zurückschicken können, gehen wir hoch. Gerade noch sehen wir, wie die Feuerwehr vorfährt. Kein kleiner grauer Herr mit einem Meßgerät, nein — ein großer Einsatzwagen und der kleine vom Einsatzleiter.

Jetzt läuft die Einsatzmaschine wie von selbst. Zwei Bullen und sechs Feuerwehrleute stürmen die Treppe hoch und quetschen sich durch den zwei Mann breiten Wohnungsflur — wir stehen nur noch daneben. Aufmerksam notieren ihre Blicke die Chile- und Kalkarplakate. „Die Demokratie muß gelegentlich in Blut gebadet werden", wenn sie das mal bloß nicht falsch verstehen. Schon steht mitten in dem nicht gerade sauberen Klo der Einsatzleiter mit fachmännischem Blick (es geht eh nur eine Person rein), daneben in der Tür der eine Bulle, dahin ter schauen sich drei behelmte Feuer-wehrmänner neugierig über die Schultern. Die anderen lungern im Treppenhaus rum. „Schade das man nichts sehen kann. Wär' besser gewesen, sie hätten uns gerufen, wenn die Dämpfe gerade austreten." „Aber wir haben sie doch gar nicht gerufen!" „Na ja, so ist es auch besser. Wer weiß schon . . . sicher!"

Frustriert geht die MANNschaft wieder runter — jeder einzelne eine Charakterstudie wert. Dem einen, mit dem süßen Schnauzer, zeige ich noch den Keller, den er forschen Schrittes durchmißt und in jeder Ecke ein kundiges „A-ha!" äußert. Dann stürmen sie die Wäscherei. Wir bleiben zurück und haben richtig Angst reinzugehen, wo wir doch gerade 20 Minuten zuvor uns so freundlich verständigt hatten.

Mittlerweile wird dort alles durchsucht und als wir ganz verschüchtert den Laden betreten, kommt der Einsatzleiter: „Ah, da sind sie ja!" Ansonsten eiserne Mienen. „Also, dann lüften sie schön und dichten die Rohre ab", meint der Leiter süffisant. Wir verziehen uns, nicht ohne den Versuch, den Verkäuferinnen das Ganze zu erklären. Doch die heucheln und verstehen nichts, wenn sie sagen, daß ja alles nur unser gutes Recht gewesen sei.

Schließlich wird noch eine von uns angeschrien, draußen verkrachen wir uns noch untereinander und um 18.00 Uhr muß ich mich mit jemandem treffen, der Beziehungsschwierigkeiten hat. Die Verkäuferinnen erzählen's ihrer Verwandschaft im Haus, das Haus weiß, daß wir die Feuerwehr geholt haben, und Frau Meier vom ersten Stock hat's ja schon immer gewußt, seit sie beim Einzug in meiner Bücherkiste „Marx-Engels-Werke" gelesen hat. Wir sind mit den Nerven fertig und wissen eigentlich über Perchlorathylen immer noch nichts.

40 Minuten Staatszeitbombe - Warnung vor Berührung ! ! !
Toni Frosch und quakende Gesellen.

c/o T. C. Bender, Münchener Str. 55, 2800 Bremen 1

Der Senf des Setzers: der Einsatzleiter mit dem süßen Schnauzer erzählt dem BND, daß in der Wohnung ein Plakat mit der Aufschrift „Die Demokratie muß gelegentlich in Blut gebadet werden" hängt. Diese Kerle! ‚stürmen die Treppe hoch', ‚notieren mit ihren Blicken die Chile- und Kalkarplakate', ‚gucken sich neugierig über die Schultern', ‚lungern im Treppenhaus rum'. Abgesehen davon, daß die Kollegen am Telefon ein bißchen besser zuhören könnten, und außerdem beim Einsatz, wie beinahe jeder Handwerker, eine unangenehm männliche Sachkennerattitüde aufweisen, ist in einer Zeit, in der ökologische Pannen und Katastrophen von den Behörden eher vertuscht als gebrandmarkt werden, prompter Einsatz — wenn auch ungebetener — eine Angelegenheit, über die ich mich nicht beschweren könnte. Für mich ist das Ganze kein Wintermärchen.

HUNGERSTREIK VOR DEM RATHAUS

DUISBURG
3. Februar

Die Bewohner der Rheinpreußensiedlung in Duisburg-Homberg versuchen seit Jahren, den Ausverkauf ihres Wohngebietes zu verhindern (siehe ID 258). Die Rheinpreußensiedlung ist eine alte Arbeitersiedlung, die um die Jahrhundertwende für die Bergarbeiter der Zeche Rheinpreußen gebaut wurde. Nach der Zechenstillegung kamen die damals noch 2000 Wohnungen in die Hände des Baulöwen Kun, der mit Hilfe der BHF-Bank dreiviertel der Wohnungen abreißen und zwanzigstöckige Hochhäuser bauen ließ. Übrig blieben zwei in sich geschlossene Siedlungsbereiche mit ungefähr 500 Wohnungen. Seit der Kun-Pleite 1973 ist die BHF-Bank einer der Hauptgläubiger. Sie begann im August 1978, die Häuser zu horrenden Preisen zu verkaufen. Die Bewohner können diese Summen nicht bezahlen und müßten somit ausziehen. Sie wehren sich, sie forderten von der Stadt Duisburg die Übernahme der Siedlung. Und am 18. Dezember sah es dann so aus, als hätten sie ihr Hauptziel erreicht: Der Rat der Stadt Duisburg hatte beschlossen, die Rheinpreußensiedlung anzukaufen.

In einer Presseerklärung (leicht gekürzt) schreiben die Bewohner am 3. Februar:



Rheinpreußensiedlung

„Nach fast vier Jahren Kampf um unsere Siedlung dachten wir, es wäre geschafft, wir könnten wohnen bleiben. Versprochen worden war, daß, sobald das Verkehrswertgutachten, das den Wert der Häuser festlegt, vorliegen würde, die Verhandlungen mit den Banken beginnen würden. Das Verkehrswertgutachten sollte zuerst Ende Dezember vorliegen. Dann wurden wir auf den Januar vertröstet. Bis uns ein Redakteur des ZDF sagte, der Planungsdezernent Giersch erwarte das Gutachten erst im Februar. Bei einem Gespräch zwischen den Bewohnern, dem Arbeitskreis der Bürgerinitiative und der Stadtverwaltung am 11.1.1979 war zugesagt worden, daß

- für vier Familien, die innerhalb der Rheinpreußensiedlung auf Betreiben der Stadt und des Zwangsverwalters umziehen „wollten", ihre Wohnungen von der Stadt auf jeden Fall angekauft würden („...Sie werden automatisch Mieter der Stadt Duisburg..."),
- bei allen Häusern, die auf der Zwangsversteigerung angeboten würden und für die noch kein Vertrag vorliegen würde, die Stadt mitbieten wolle,
- alle Wohnungen, die zur Versteigerung kommen und die Stadt kein Vorkaufsrecht dadurch mehr ausüben könnte, ebenfalls ersteigert werden sollten.

Am 17. Januar 79 hat die Stadt in der Zwangsversteigerung bei den 11 Häusern, bei denen sie kein Vorkaufsrecht mehr hat ausüben können, nur einmal durchschnittlich 1.000,00 DM mehr geboten als die Banken verlangten. Es war leicht für die Banken, die Stadt zu überbieten. Die Stadt hat für die Häuser, für die nachweislich noch keine Verträge vorlagen, erst gar keine Gebote abgegeben. Den vier Familien schrieb die Stadt am Freitag vorletzter Woche, es täte ihr leid, aber sie könne nun doch nicht die Häuser für sie erwerben.

Der Parzellierungsantrag, also die Aufteilung in einzeln verkaufbare Grundstücke, für den kleinen Bereich unserer Siedlung ist im Planungsausschuß ebenfalls genehmigt worden, obwohl unsere Fachleute die Stadtverwaltung darauf hingewiesen haben, daß der Parzellierungsantrag verhindert werden müsse, um den Verkauf unserer Häuser zu stoppen. Selbst wenn unsere Fachleute sich irren sollten, warum hat die Stadtverwaltung dann nicht bei uns rückgefragt, bevor sie diesen Beschluß im Ausschuß durchpeitschen ließ? In einem früheren Gespräch war allerdings der Planungsdezernent schon bereit, den Parzellierungsantrag zu genehmigen: „... um nicht sich selbst nachher den Weg zu verbauen". Herr Giersch hat damit dem Einzelverkauf in dem Bereich

Tür und Tor geöffnet. Der kleine Bereich soll übrigens gemeinsam mit anderen Straßen am 9. März zwangsversteigert werden.

Auf Vorschlag der Ratsherren Kaus, Pflug und Lachmann sollte am 2. Februar ein gemeinsames Gespräch zwischen Stadtverwaltung, Bank, Partei und uns, der Bürgerinitiative, stattfinden. In diesem Gespräch sollte einmal verbindlich geklärt werden, wer denn der Buhmann ist, an dem alles liege. Es sollte niemandem danach möglich sein, den anderen zu seinem Vorteil auszuspielen.

Am 25. Januar hat uns der SPD-Vorstand wissen lassen, daß er in diesem Gespräch keinen Sinn sehe und die SPD erst einmal das Verkehrswertgutachten und die ersten Verhandlungen zwischen Stadt und Banken abwarten wolle.

Aber wir haben keine Zeit mehr, um weiter abzuwarten !!

Bis zum 1. März müssen sich viele unserer Nachbarn entscheiden — so die BHF-Bank — : Entweder Sie kaufen selbst oder andere kaufen Ihr Haus. Daß die Bank Ernst macht, zeigt, daß am 9. März gleich mehrere Straßen zur Versteigerung anstehen.

Für jeden einzelnen Angstkauf in der Siedlung trägt die Stadt Duisburg die Verantwortung.

Auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen sind wir nicht bereit, uns weiterhin von der Stadt vertrösten zu lassen.

Wie am 22. Januar angedroht, werden wir am 5. Februar 1979 ab 0.00 Uhr in einen unbegrenzten Hungerstreik treten. Wir werden erst dann wieder nach Hause gehen, wenn sichergestellt ist, daß wir wohnen bleiben können. Wer von uns auf ärztliches Anraten hin aufgeben muß, wird von einem neuen abgelöst. Einige von uns haben jedoch schon gesagt, daß sie sich entgegen dem Rat der Ärzte erst auf der Bahre von den Rathaustreppen tragen lassen.

Die 13 Hungerstreiker sind im Alter von 26 und 65 Jahren. Vielleicht sind es bis zum 5. Februar noch mehr. Wenn wir jetzt diese Aktion in Duisburg durchführen, so ist mit diesem Hungerstreik auch die BHF-Bank gemeint, die aufgrund ihres rücksichtslosen Verhaltens allen keine Zeit läßt, noch anderen gangbaren Weg zu suchen. Die BHF-Bank will ihre Spekulation auf dem Rücken der Bewohner unserer Siedlung austragen. Für sie gilt nur eins: Profit, egal wie!

Bürgerinitiative Rheinpreußensiedlung
Kontakt: Margret Jakopitsch, Rheinpreußenstr. 63 M, Duisburg-Homberg, Tel.: 0 21 36 / 3 59 10



„UNKOMPLIZIERTE BESCHAFFUNG EINER WOHNUNG"

GIESSEN
8. Februar 79

Die Hausbesetzer der Westanlage 44 in Gießen haben gleich nach der Besetzung ein Flugblatt verbreitet, in dem es heißt:

„Am Samstagmorgen (3. Februar) haben wir zwei Wohnungen in der Westanlage 44 besetzt. Die beiden Wohnungen stehen schon seit einiger Zeit leer, und werden nicht mehr vermietet. Die Stadt will nämlich dieses Wohnhaus abreißen, um an seine Stelle für ein geplantes Parkhaus die Zufahrt zu bauen.

Worum geht es uns ?

Wir haben größere Wohnungen gesucht und finden es eine Sauerei, guterhaltene Wohnungen leerstehen zu lassen, um sie später wegen so einem Schrott, wie einer Tiefgarage, abzureißen.

Wir wollen, daß das Haus für alle die Leute erhalten bleibt, die hier mit vielen anderen zusammen leben wollen.

Wir wollen, daß die Tiefgarage bleibt, was sie bis jetzt ist: „Ein böser Traum, in den Köpfen von Leuten, die Gießen mit Beton und Glas zukleistern wollen."

Was wollen wir von euch ?

Wir fänden es dufte, wenn Leute zu uns kommen, die das, was wir vorhaben, gut finden und deshalb zusammen mit uns was losmachen wollen, damit's klappt.

Wie sieht's aus bei uns im Moment ?

Wir sind dabei, die Wohnungen weiter einzurichten. Und wir versuchen, möglichst vielen Leuten darüber Bescheid zu geben, was gelaufen ist und was wir wollen.

Was wir noch brauchen

— Leute, die hier mitmachen und auch hier pennen, damit wir auch nachts immer genügend Leute im Haus sind / Lebensmittel / Papier zum Drucken / Öl, Kohle, Holz + Briketts / Geld.

Wir machen jeden Tag um 18 Uhr eine Hausversammlung, auf der wir zusammen bequatschen, wie's weitergehen soll.

Am 7. Februar schilderten sie ihre ersten Erfahrungen:

„Jetzt wohnen wir schon vier Tage in unserem neuen Haus, das uns immer besser gefällt. Es geht hier zwar oft hektisch zu, aber wir spielen uns immer besser ein. Viele Leute haben uns gezeigt, daß sie unsere — hier in Gießen noch nicht so verbreitete — Art der unkomplizierten Beschaffung einer Wohnung auch okay finden. Manche haben uns Lebensmittel gegeben, manche helfen im Haus mit, andere pennen nachts hier.

Etwas enttäuscht sind wir doch von unseren Stadt-Vätern. Es ist wirklich bedauerlich, daß diese sich bisher nicht entschließen konnten, uns endlich mal aktiv zu unterstützen. Denn immerhin haben sie ja wichtige Installationen (Wasser-, Gas- und Stromanschlüsse) aus den Wohnungen entfernt, die wir, in für Laien eben recht schwieriger Eigenarbeit, wieder einbauen mußten. Wir können zwar verstehen, daß sie jetzt ein schlechtes Gewissen haben, weil sie ja schon begonnen hatten, das Haus unbewohnbar zu machen.
Aber wir sind nicht nachtragend. Für einen neuen Anfang ist immer Zeit. Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, wenn die Stadt sich bereitfinden würde, einen Teil der uns bei der Instandsetzung der Wohnungen entstandenen Unkosten zu übernehmen. Unser Einzug in die Westanlage 44 ist schließlich eine Sache, die wohl unbestritten im öffentlichen Interesse liegt"

Kontakt: Bewohner der Westanlage 44, 63 Lahn-Gießen

BERUFSVERBOTSPROZESS GEGEN LEHRER

HAMBURG *Karl-Heinz Kuke schickte uns eine Pressemitteilung zu seinem Berufsverbotsprozeß:*

In seinem Neujahrsaufruf hat der Hamburger Bürgermeister Klose "Toleranz und Liberalität gerade auch im Umgang mit dem politischen Gegner" gefordert. Schon zuvor hatte er Vorschläge zur Lockerung des Extremistenerlasses vorgelegt, um — wie es hieß — der Gesinnungsschnüffelei, dem obrigkeitsstaatlichem Denken und der Verunsicherung vieler demokratisch gesinnter Menschen entgegenzustreten.

Nun muß ich an der Behandlung meines eigenen Falles feststellen, daß sich an der P r a x i s der Berufsverbote in Hamburg offenbar nichts geändert hat.

Seit Februar 1977 wird mir die Einstellung in den Schuldienst verwehrt. Wurde dies ein Jahr lang mit dem Argument mangelnder Planstellen begründet, so sah sich die Behörde schließlich (aufgrund eines Gerichtsbeschlusses) genötigt, politische Gründe zu nennen: Vorgeworfen wird mir ausschließlich meine Arbeit in der Selbstverwaltung der Referendare und die damit verbundene presserechtliche Verantwortlichkeit für die REFERENDAR—ZEITUNG, aus der die Behörde dem Gericht Zitate vorgelegt hat, die angeblich meine "Nichteignung für das Lehramt" belegen.

Das Arbeitsgericht stellte dazu fest, daß die gegen mich erhobenen Vorwürfe "zum Teil unzutreffend, zum anderen Teil allein im außerdienstlichen Bereich angesiedelt, im übrigen möglicherweise nicht schwerwiegend genug" seien und schlug in einem Vergleich vor, daß die gegen mich angeführten Ablehnungsgründe "bei der Entscheidung über eine Einstellung unbeachtet bleiben" sollten.

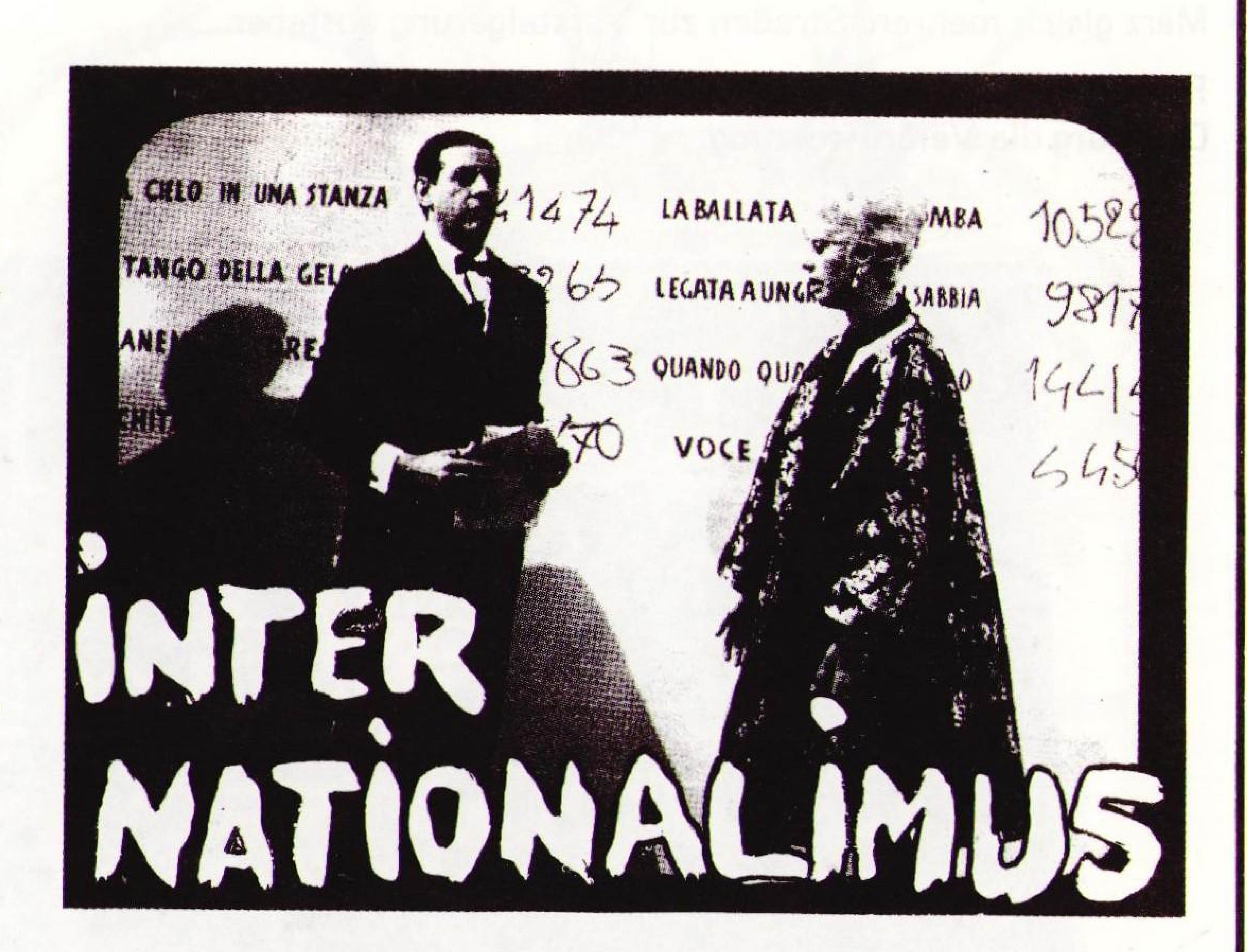
Trotz aller Aussagen der politisch Verantwortlichen in dieser Stadt, man wolle mehr Toleranz und Liberalität zeigen, hat die Behörde zu dem Gerichtstermin am 13.2.79 einen Schriftsatz vorgelegt, in dem sie ihre Vorwürfe in allen Punkten aufrecht erhält und den Vergleichsvorschlag ablehnt. ...

Wer also nach den W o r t e n der verantwortlichen Politiker auch ihre T a t e n kennenlernen will, sollte meinen Prozeß vor dem Arbeitsgericht am

Dienstag, den 13. Februar 1979 um 9 Uhr

im Gerichtsgebäude Altona, Max—Brauer—Allee 89, 2 Hamburg 50, 1. Stock, Saal 138 besuchen.

Kontakt: Karl-Heinz Kuke, Detlev-Bremer-Str. 47, 2000 Hamburg 4, Tel.: 040/ 3195375



ALLTAG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN LONG KESH

FRANKFURT
5. Feb. 79

Folgender Brief konnte kürzlich aus den berüchtigten H-Blocks des britischen KZs Long Kesh in Irland herausgeschmuggelt werden. Dort sitzen über 350 Gefangene seit nun fast 3 Jahren nackt und völlig verdreckt in absolut leeren Einzelzellen. Sie befinden sich im Kampf um die Rückgewinnung des politischen Status und weigern sich, als Kriminelle behandelt zu werden. Sie existieren unter den grausamsten und unwürdigsten Bedingungen, die westeuropäische Vernichtungsstrategen sich ausgedacht haben, und sie führen den längsten und konsequentesten Kampf um die Anerkennung als Kriegsgefangene.
Der Brief:

..... aber belaßt es nicht dabei! Jan. 1979

Die längste Zeit jedes nicht endenwollenden Tages bin ich mit meinen eigenen Gedanken beschäftigt; sie sind die einzige Waffe gegen die unerbittliche un immerfortdauernde Einsamkeit und Langeweile.
Um die Zeit totzuschlagen und um mich warnzuhalten, gehe ich stundenlang die Zelle auf und ab. Manchmal bleibe ich vor dem Zellenfenster stehen und blicke lang in den grauen Stacheldrahthimmel oder ich sitze und starre für Ewigkeiten auf den einzigen Gegenstand in meiner Zelle, die dreckige, mit Kot und Urin getränkte Matraze auf dem Boden in der Ecke der Zelle. Aber während der ganzen Zeit denke ich an jemanden, an Dinge oder Plätze, wo ich schon mal war, und immer wieder denke ich daran, was hier los ist und was wohl als Nächstes kommen wird.

Jeden Tag sind wir aufs Neue mit dem psychologischen Kampf ums Überleben konfrontiert. Es ist ein sehr sehr schwerer Kampf

und der Feind ist ohne Gnade. Für jemanden, der halbwegs zufrieden ist und keine ganz großen Sorgen hat, wird es sehr schwer sein zu verstehen, was sich in uns abspielt.
Das hat 2 Gründe: einmal meine Unfähigkeit, diesen psychologischen Kampf zu beschreiben und zum anderen, daß es schrecklich schwer ist, wenn nicht gar unmöglich, jemand anderem den Schmerz und den Streß der psychologischen Folter in all ihren Formen und mit all ihren Folgen zu vergegenwärtigen.
Versucht mal, euch vorzustellen, wie ihr fühlen würdet: Ihr seid nackt, ihr friert, ihr seid allein, um euch ist nichts, nur Kot und Urin, ihr seid eingeschlossen und habt seit Wochen, Monaten oder Jahren keine Zeitung mehr gelesen, kein Radio mehr gehört, habt die ganze Zeit keinen Zettel, keinen Bleistift, keinen Kamm, keine Dusche mehr gesehen; ihr habt die ganze Zeit keinen Freund mehr gesehen. Stellt euch nur 24 Stunden so vor... Nicht, daß nur die alltäglichsten Kleinigkeiten fehlten, es fehlt selbst an gewöhnlichsten Dingen, wie Kleidern, Luft Bewegung, dem Gespräch mit einem anderen Menschen.
Und dann stellt euch das für 27 mörderische Monate vor!
Und nochmal: versucht euch vorzustellen in einer Zelle, die nichts enthält außer einem Scheiß-Kübel, aus dem Kot und Urin quillt und sich über den Zellenboden verteilt, über den ihr nackt und kalt hin- und herkriecht. Umgeben von Scheiße, Abfall, Wanzen und fetten Fliegen, die sich aufdringlich und unaufhörlich auf euren nackten Körper setzen ... und die Stille ist tödlich und in eurem Kopf tobt ein Sturm.

Du sitzt in der Zelle und wartest auf die Schließer, die dich für ein Zwangsbad holen. Du weißt, was es bedeutet, weil du gehört hast, wie sie andere geholt haben, weil du selbst zu oft erlebt hast, was sie mit dir gemacht haben. Du weißt es viel zu gut.

In kaltem Wasser schrubben sie dir die Haut vom Körper. Du weißt, daß du der nächste sein wirst. Du wartest den ganzen Tag darauf und denkst an nichts anderes. Vielleicht kommen sie heute nicht, dann hast du dasselbe den nächsten Tag nochmal vor dir, oder den nächsten oder den nächsten. Du weißt nur, daß sie dich bestimmt nicht vergessen haben. Du leidest schrecklich, wirst mehr und mehr depressiv; seit Tagen hast du an nichts anderes denken können. Angst ist in dir, Angst ist vor dir.

Versucht, es euch vorzustellen, Tag für Tag in solchen Gedanken eingekeilt zu sein! Wissend, daß sie dich halb bewußtlos schlagen, dich mit Gewalt in den kalten Badekübel werfen, dir gewaltsam den After untersuchen.

Es wird euch kaum gelingen; aber das ist das Alltäglich im H-Block des KZs Long Kesh.

Es ist unmöglich, sich vorzustellen, was ein 18jähriger durchzustehen hat, wenn ein Dutzend oder mehr Schließer über ihn herfallen und ihn fast umbringen mit Stockschlägen, Stiefeltritten und Boxhieben; wenn sie ihn an den Haaren durch die Zellengänge schleifen oder seine Genitale so lange quetschen, bis er bewußtlos ist, wenn sie dann eiskaltes Wasser über ihn gießen, um ihn wieder zu sich zu bringen.

Es ist schon unmöglich, sich die Qual vorzustellen, den ganzen Tag damit rechnen zu müssen. Die psychische und physische Folter ist so schrecklich, daß viele von uns schon an den Rand der Geisteskrankheit gekommen sind.

Wir alle sind in sehr, sehr schlechter Verfassung jetzt schon. Wie erst wird es uns am Ende des Tages gehen, oder gar am Ende des Jahres?

Mein Bewußtsein ist in Panik, es ist die Angst, wir alle werden enden, unfähig, überhaupt noch zu denken.

Damit will ich schließen. Ich hoffe, ihr habt verstanden. Denkt darüber nach - aber belaßt es nicht dabei!"

Das Westdeutsche Irland Solidaritätskomitee (WISK) plant für die erste Maiwoche Informationsveranstaltungen und Proteste zu den H-Block-Bedingungen. Es fordert alle Irlandgruppen und Initiativen und andere Gruppen auf, an Vorbereitung und Durchführung teilzunehmen.

Näheres beim
WISK, Postfach 35, 6370 Oberursel 5

Dort gibt es auch eine H-Block-Broschüre (vorläufig noch in englischer Sprache) und weitere reichliche Informationen über Irland.

PORTUGAL: ABRECHNUNG MIT DER RADIKALEN LINKEN

LISSABON/FRANKFURT
Januar 79

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die portugiesische Rechte die Zeit für gekommen hält, ihr politisches Mütchen an denjenigen zu kühlen, die zu Zeiten der faschistischen Diktatur als Terroristen verfolgt und diffamiert wurden, weil sie den Faschismus entschlossen und mutig bekämpft haben. Bei großangelegten Verhaftungsaktionen wurden seit dem 29.6.78 über 30 Personen, meist Mitglieder der Revolutionären Partei des Proletariats (PRP), festgenommen und inhaftiert. Im Gefängnis befinden sich seitdem auch Isabel do Carmo, Carlo Antunes und Pedro Goulart, die alle der Führung der PRP angehören.

Die rechte portugiesische Presse inszenierte eine massive Vorverurteilungskampagne und stempelte die PRP zu einer kriminellen Vereinigung (um "gang" de criminosos). Die Anklage versucht die politischen Absichten zu vernebeln und konstruierte diffuse Verschwörungstatbestände, die eine "Beihilfe zu Banküberfall" behaupten.

Die Haftbedingungen sind schlecht und die Justiz versucht mit allen möglichen Mitteln, die Verteidigung zu behindern. So können die Gefangenen keine unbeaufsichtigten Gespräche mit ihren Anwälten führen, eine Methode, die nicht einmals die PIDE (alte fasch. Geheimpolizei) angewandt haben soll, wie Isabel do Carmo in einem Brief aus dem Knast in Porto schreibt.

In Portugal, Spanien, Frankreich und England haben sich Unterstützungskomitees gebildet, denen auch zahlreiche prominente Persönlichkeiten beigetreten sind. Auch in der BRD gibt es jetzt ein solches 'Komitee zur Unterstützung inhaftierter Antifaschisten in Portugal'.

Kontakt: Frieder Bauer, Eppsteinerstr. 47, 6 Ffm. Spenden werden erbeten auf: PSchA Ffm., 326372–607, Frieder Bauer.

NACH DEM KOMMUNISTISCHEN GEWERKSCHAFTER NUN DER DEMOKRATISCHE RICHTER

ROM
2. Februar 79

Nachdem die Roten Brigaden letzte Woche den kommunistischen Gewerkschafter Rossa in Genua erschossen, brachte nun die Guerillaorganisation 'Prima Linea' Emilio Alessandrini, Mitglied des demokratischen Richterverbandes in Italien, um.
Alessandrini war dadurch bekannt geworden, daß er nach dem faschistischen Bombenanschlag auf dem Piazza Fontana 1969 gegen Faschisten ermittelte und dadurch indirekt den Anarchisten Valpreda entlastete, der von anderen Behörden beschuldigt worden war.
Deshalb nahmen unmittelbar nach dem Attentat auf Alessandrini auch alle an, daß es Faschisten gewesen seien, die ihn ermordet haben. Denn daß die Guerilla einen demokratischen Richter erschießt..... Übrigens geben sie als Begründung dafür an, Alessandrini habe durch sein Verhalten den Schein einer demokratischen Legitimation des Staates gestärkt.
Was man auch macht, eine Begründung findet sich immer.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID NR. 268

Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

4400 E 281 1
UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT: *Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*

KURZES: *LIBEREZ CROISSANT / Aus dem Bilderdienst / „Die Taube" – neue Zeitung / Arbeitstagung Polizei / Werner Hoppe ist frei! / In Freiheit: Sylvia Herzinger / Neville ist noch da! / Kommandomeldung / Spendenkonto für Borvin Wulf's Familie / Gegen Faschisten-Parolen / Neues Regionalblatt / Material über U-Haft gesucht / Festival für improvisierte Musik / „Stattbuch" sucht noch Notizen / Atom-Stadtplan von Göttingen / Neu erarbeitet – „Nicaragua"*

MEDIEN

Lollar/Düsseldorf	*Beobachtungen, Thesen zum Stand des Projekts Tageszeitung*	3
Bonn	*Prozeß gegen Bonner 'Stattzeitung'*	4
Frankfurt	*Vorwärts im Kampf gegen den Streß in der journalistischen Arbeit*	5

KNAST

Bruchsal	Günter Sonnenberg verlegt	8
Hamburg	Zum Prozeß gegen Christine Kuby	8
Berlin	Sicherungsverwahrung statt Lebenslänglich	8
Wien	„Überall das Gleiche"	8
Neumünster	Jugendliche Gefangene im Hungerstreik	9
Berlin	Gefangene und die Alternative Liste	9
München	Rote Tusche auf den vermoderten Schreibtisch	10
Frankfurt	Karl-Heinz Dellwo im Hungerstreik	10
München	Rote Hilfe macht Frühlingsfest	13
Fritz Teufel	Das Märchen vom Bär und vom Spaßmacher	11

ÖKOLOGIE

Genua	Einladung zum Anti-Atom-Kongreß	14
Berlin	„Die Bombe tickt? Wir müssen sie entschärfen"	14
Berlin	Hoechst von Flaschen umzingelt	15
Bremen	Wem nehme ich eine Chance ?	16
Lüchow-Dannenberg	Den Bock zum Gärtner gemacht	18
Hameln	15 Monate für Grohnde-Demonstranten gefordert	19
Berlin	Die Schwule Verweigerung	20
Frankfurt	Seveso in der Uniklinik Frankfurt	21

SCHULE & SO

Frankfurt	*Neues vom Abendgymnasium*	23
Langenfeld	*Dringender Hilferuf*	23
Wertheim	*Nach 10 Jahren Kampf Jugendhaus in Wertheim*	24
Bielefeld	*Information zur Johannis Lust*	25

ALLES MÖGLICHE

Hamburg	Plötzlich wollte der Senat von Liberalisierung nichts mehr wissen	6
Dortmund	„Daß die dann ihren Hut nehmen"	25
Bremen	„Also, dann lüften Sie mal schön..."	26
Duisburg	Hungerstreik vor dem Rathaus	27
Gießen	„Unkomplizierte Beschaffung einer Wohnung"	28
Hamburg	Berufsverboteprozeß gegen Lehrer	29

INTERNATIONALISMUS

Frankfurt/Long Kesch	Alltag der politischen Gefangenen in Long Kesh	29
Lissabon/Frankfurt	Abrechnung mit der radikalen Linken	30
Rom	Nach dem kommunistischen Gewerkschafter nun der demokratische Richter	30

LETZTE MELDUNG

Frankfurt Der AStA plant, sollte es doch mit der Ausweisung von neville akut werden, siehe seite1, eine 'Neger'-Demo, d.h., mensch soll sich zum Neger schminken. Die demo wird, wenn nötig, per Telefonrundruf erfolgen.

'NEGER'-Demo, NA KLAR! na immer.

